

ANLAGEN

Referate und Präsentationen

- 1 Eröffnung
 - 1.1 Dr. Josef Moser, Präsident des österreichischen Rechnungshofes, Generalsekretär der INTOSAI, Österreich
 - 1.2 Sha Zukang, Untergeneralsekretär, Wirtschaft und Soziales, VN



21st UN/INTOSAI Symposium
21^e Symposium ONU/INTOSAI
21. VN/INTOSAI Symposium
21^o Simposio NU/INTOSAI
الندوة ٢١ للأمم المتحدة والإنتوساي

13 – 15 July 2011, Vienna, Austria / 13 – 15 juillet 2011, Vienne, Autriche
13. – 15. Juli 2011, Wien, Österreich / 13 al 15 de julio de 2011, Viena, Austria

Topic/Thème/Thema/Tema/ الموضوع

- Effective practices of cooperation between SAIs and citizens to enhance public accountability •
- Pratiques efficaces de coopération entre les ISC et les citoyens afin d'améliorer la reddition des comptes publics •
- Wirksame Praktiken der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern zur Förderung der öffentlichen Rechenschaftspflicht •
- Prácticas efectivas de la cooperación entre las EFS y los ciudadanos para aumentar la rendición de cuentas pública •

الممارسات الفعالة للتعاون بين الأجهزة العليا للرقابة المالية والمواطنين لتعزيز المساءلة الحكومية

Eröffnungsrede

BASIC PAPER / RAPPORT DE BASE / GRUNDLAGENPAPIER / PONENCIA BASE

prepared by/préparé par/verfasst von/elaborado por

INTOSAI GENERALSEKRETÄR

1. Die externe öffentliche Finanzkontrolle im Wandel

Die staatliche Finanzkontrolle hat eine lange Tradition, die auf dem Grundgedanken beruht, dass überall dort, wo öffentliche Geldmittel verwendet werden - egal in welchem Staatssystem -, das Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach Kontrolle besteht.

Der Ursprung der staatlichen Finanzkontrolle leitet sich somit von den Bürgerinnen und Bürgern ab und besteht darin, die Verwendung der öffentlichen Geldmittel zu prüfen.

Diese Kontrolle obliegt in einem demokratischen System den Parlamenten, sprich der Volksvertretung. Die Parlamente üben diese Kontrollfunktion im operativen Bereich nicht selbst aus, sondern sind vielmehr auf die Prüfungs- und Beratungstätigkeit der Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB) und deren Berichte angewiesen. Daraus ist ersichtlich, dass zwischen dem Parlament als oberstem Träger der Kontrollhoheit und den Einrichtungen der öffentlichen Finanzkontrolle eine natürliche Partnerschaft besteht.

Es ist daher unsere Aufgabe als ORKB, gegenüber der Öffentlichkeit, dem öffentlichen Management und der Politik als eine vom exekutiven Bereich unabhängige Einrichtung, Fakten darzustellen und so auf Entwicklungen hinzuweisen und der öffentlichen Verwaltung und der Regierung durch unsere Empfehlungen Handlungsanleitungen zu geben, um Fehlentwicklungen entgegenzutreten. Wir sorgen mit unserer Kontrollfunktion für Transparenz und liefern mit unseren Berichten unabhängige, objektive und verlässliche Informationen an die nationalen Parlamente, um damit die Regierung und Verwaltung zur Rechenschaft zu ziehen. Die ORKB unterstützen damit die nationalen Parlamente bei ihrer Aufgabenwahrnehmung.

Gleichzeitig aber agieren ORKB durch ihre Kontrollfunktion als Partner und Beauftragte der Bürgerinnen und Bürger zur Sicherstellung, dass das an Regierende treuhändisch anvertraute Geld sparsam, wirtschaftlich und wirksam sowie rechtmäßig und ordnungsgemäß zum Wohle der Bevölkerung eingesetzt wird.

ORKB spielen damit als Eckpfeiler jeden demokratischen Systems eine tragende Rolle bei der Hervorhebung der Bedeutung der Prinzipien der guten Verwaltungsführung, der Transparenz und der Rechenschaftspflicht und insbesondere bei der Förderung der Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Sektors.

Doch gerade die neue Verwaltungsführung und die damit verbundenen Veränderungen, insbesondere die Entwicklungen im Zusammenhang mit der jüngsten Finanz-, Wirtschafts- und Budgetkrise, haben uns vor Augen geführt, dass unsere Prüfungen nur eine Seite der Medaille ist. Wir werden als ORKB für unsere Arbeit nur dann

Anerkennung finden können, wenn es uns gelingt, unsere Arbeit und unseren Mehrwert für Staat und Gesellschaft den Bürgerinnen und Bürgern klar zu kommunizieren und somit bei den Bürgerinnen und Bürgern als unentbehrliche, notwendige und ihren Interessen entsprechende Institution wahrgenommen werden.

Dies erfordert, dass ORKB die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in ihrer Arbeit aufgreifen und diesen auch kommunizieren. Es erfordert auch, dass die Prüfungen und Ergebnisse unserer Arbeit der Öffentlichkeit kommuniziert werden und schließlich dadurch die Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt werden, die Umsetzung der Prüfungsergebnisse einzufordern. Dazu ist es notwendig, dass Bürger und Bürgerinnen sich aktiv an der politischen Diskussion beteiligen und an der Umsetzung der Prüfungsergebnisse mitarbeiten. Entscheidend ist, den Bürgerinnen und Bürgern eine geeignete Plattform für dieses Engagement zu bieten. Wer erkennt, dass er nicht ohnmächtig ist, sondern sich aktiv einbringen und seine Interessen verteidigen kann, ist bereit, sich mit aller Kraft zu engagieren.

Um dies zu erreichen, gibt es verschiedenste Methoden, Praktiken und Modelle, die im Rahmen dieses Symposiums diskutiert, ausgetauscht und als konkrete, umsetzbare sowie praxisorientierte Best Practices erarbeitet werden sollen.

Dieser Zugang, der die Bürgerinnen und Bürger in die Arbeit der ORKB und somit in den Prozess der öffentlichen Rechenschaftspflicht einbinden soll, ist besonders bedeutend, da es auch Aufgabe der ORKB ist, im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft, durch ihre Prüfungen zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen beizutragen.

Ich freue mich daher, dass die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der INTOSAI mit der nunmehr 21. gemeinsamen Veranstaltung fortgesetzt wird. Das diesjährige VN/INTOSAI Symposium soll mit seiner Themenwahl „Wirksame Praktiken der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern zur Förderung der öffentlichen Rechenschaftspflicht“ die aktuellen Entwicklungen und die damit verbundene Notwendigkeit, die Bürger und Bürgerinnen in den Prozess der öffentlichen Rechenschaftspflicht einzubeziehen, ansprechen. In den kommenden drei Tagen sollen dafür gemeinsame Lösungsansätze gefunden werden und letztendlich damit ein maßgeblicher Beitrag zur Förderung von Transparenz und Rechenschaftspflicht sowie zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen geleistet werden.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Vereinten Nationen bedanken, dass sie mit uns dieses Thema aufgreifen und gemeinsam mit der INTOSAI an der Verwirklichung unserer Ziele arbeiten. Besonders bedanken darf ich mich bei Under-Secretary General Sha Zukang für seine Teilnahme am Symposium sowie seinem Team für die geleisteten

Vorbereitungsarbeiten. Dies ist ein Zeichen der gegenseitigen Wertschätzung und des gegenseitigen Respekts, was auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-Moon, in seinem Vorwort zur 250-Jahr-Festschrift des österreichischen Rechnungshofs zum Ausdruck gebracht hat: „Die Vereinten Nationen haben sich ebenso wie die externe öffentliche Finanzkontrolle zur Förderung einer ordentlichen öffentlichen Verwaltung und weiteren Umsetzung der internationalen Entwicklungsagenda verpflichtet. Wir sind natürliche Partner und ich begrüße unsere langjährige Zusammenarbeit mit der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI), insbesondere im Zusammenhang mit der Veranstaltung eine Reihe wertvoller gemeinsamer Seminare.“

In diesem Zusammenhang möchte ich auch der Hauptabteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten des UN-Sekretariats, UNDESA, für die Unterstützung unsere Bemühungen zur weltweiten Stärkung der Unabhängigkeit der ORKB und dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) für die Annahme der Resolution, in der auf die Deklarationen der INTOSAI von Lima und Mexiko ausdrücklich Bezug genommen und deren allgemeine Verbreitung befürwortet wird, danken. Die ECOSOC Resolution trägt grundlegend dazu bei, geeignete Rahmenbedingungen für die wirksame Tätigkeit der ORKB zu schaffen. Ich hoffe, dass dieses Symposium ein weiterer Schritt ist, damit auf dieser Grundlage unsere Deklarationen von Lima und Mexiko Eingang in eine Resolution der VN-Generalversammlung finden können.

2. Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern zur Förderung der öffentlichen Rechenschaftspflicht

2.1 Bisherige Tätigkeiten der INTOSAI zur Förderung der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern

Gerade die Bemühungen der INTOSAI zur Stärkung der Unabhängigkeit der ORKB durch eine Resolution der Vereinten Nationen zeigen, dass in der INTOSAI insbesondere in den letzten Jahren das Thema der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern von besonderer Bedeutung ist. Denn nur die Unabhängigkeit von ORKB ermöglicht eine neutrale, objektive und verlässliche Berichterstattung, was schließlich eine Grundvoraussetzung für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern ist.

Das Bestreben der INTOSAI, die Öffentlichkeit über die Prüfungsfeststellungen und Empfehlungen der ORKB zu informieren, ist auch in den Grundsatzdokumenten der INTOSAI festgehalten. Die Deklaration von Lima schrieb 1977 das Prinzip der eigenverantwortlichen Berichterstattung über die Ergebnisse der Tätigkeiten von ORKB an die Parlamente und an die Öffentlichkeit fest. 30 Jahre später konkretisierte der

XIX. Kongress der INTOSAI in der Deklaration von Mexiko das Recht und die Pflicht von ORKB zur Berichterstattung sowie die Grundsätze über den Inhalt und Zeitpunkt von Prüfungsberichten frei zu entscheiden, diese zu veröffentlichen und zu verbreiten. Diese Grundsätze heben auch die verantwortliche, vom Rechnungsprüfer des öffentlichen Sektors ausgeübte Rolle hervor, indem er durch seine Rechnungs-kontrollmaßnahmen und Berichterstattung darüber das Vertrauen der Öffentlichkeit stärkt und auf die effiziente und wirksame Erhebung und Verwendung der öffentlichen Mittel zum Wohle der Bevölkerung hinarbeitet.

Dieses Verantwortungsgefühl, das der Deklaration von Lima und Mexiko entstammt, ist ebenfalls im Strategischen Plan der INTOSAI ersichtlich. Der neue Strategische Plan hebt die Bedeutung der Bürger zur Förderung der Transparenz im Prozess der öffentlichen Rechenschaftspflicht hervor und legt die Ziele der Förderung guter Verwaltungsführung, der Erhöhung der Transparenz und das Vorantreiben der Korruptionsbekämpfung fest. Eine wohl wesentliche Voraussetzung für das Erreichen dieser Ziele ist eine zeitgerechte, präzise und transparente Kommunikation mit den Bürgern und das Schaffen von Bewusstsein für den Wert und Nutzen der ORKB.

Aber auch angesichts des zunehmenden Interesses nicht nur einzelner Bürgerinnen und Bürger, sondern der Öffentlichkeit und den Medien insgesamt an den Leistungen der öffentlichen Finanzkontrolle, hat die INTOSAI den Bedarf, Wert und Nutzen der ORKB zunehmend aufzuzeigen, erkannt und in zahlreichen INTOSAI Gremien und Veranstaltungen behandelt. Dies stets mit dem Ziel, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die ORKB zu stärken.

2009 wurde im Rahmen des 20. VN/INTOSAI Symposiums die Rolle der ORKB bei der Korruptionsbekämpfung diskutiert, um den Herausforderungen im Kampf gegen die Korruption effektiv entgegenzutreten. Das 20. Symposium konnte nicht nur einen weiteren Schritt zur Festigung der Position der ORKB im jeweiligen Staatsgefüge setzen, sondern auch einen großen Beitrag zur Vernetzung im Kampf gegen Korruption, zur Verhinderung des Missbrauchs von öffentlichen Geldern und zur Schaffung von Transparenz in der staatlichen Verwaltung leisten.

Insbesondere das 19. VN/INTOSAI Symposium im Jahr 2007 hat mit seinem Schwerpunkt auf dem Wert und Nutzen der öffentlichen Finanzkontrolle in einem globalisierten Umfeld einen wesentlichen Beitrag zur Fortentwicklung der INTOSAI und ihrer Mitglieder im Hinblick auf eine bessere Erfüllung der öffentlichen Rechenschaftspflicht geleistet. Ziel dieses Symposiums war die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen, um den Wert und Nutzen der öffentlichen Finanzkontrolle besser erfassen zu können.

Als Ergebnis wurde im Anschluss an das Symposium eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich dieser Aufgabenstellung angenommen und für ihre Tätigkeit zwei wesentliche Ziele festgelegt hat: Ziel jeder ORKB sollte es sein, (1) als unabhängige Modell-Organisation zu fungieren und (2) als Institution anerkannt werden, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger entscheidend verändert. Dieses Thema wurde schließlich 2010 als Schwerpunktthema beim XX. INCOSAI in Südafrika intensiv behandelt. In der Deklaration von Südafrika haben alle INTOSAI-Mitglieder bekräftigt, dass die Rolle von ORKB in erster Linie darin besteht, die Demokratie und die parlamentarische Aufsicht zu unterstützen, um sicherzustellen, dass Mittel, die für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger und der Zivilgesellschaft bestimmt sind, sinnvoll ausgegeben werden.

Es wurde außerdem befürwortet, dass die Arbeitsgruppe Wert und Nutzen von ORKB zur weiteren Beratung beim XXI. INCOSAI 2013 geeignete Instrumente und Werkzeuge für die Kommunikation und Förderung von Wert und Nutzen der ORKB gegenüber allen ORKB-Stakeholdern, der Zivilgesellschaft und den Bürgerinnen und Bürgern, entwickeln soll.

Die INTOSAI hat damit einen weiteren Schritt gesetzt, dass die ORKB ihre Arbeit und den Mehrwert, den sie für Staat und Gesellschaft leisten, der Verwaltung, der Regierung, dem Parlament und der Öffentlichkeit gezielt darstellen.

2.2 Zukünftige Verantwortung der INTOSAI zur Förderung der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern

Das diesjährige 21. VN/INTOSAI Symposium ist der bislang jüngste Meilenstein in der langen Entwicklung zur Optimierung der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern zur Förderung von Transparenz und Rechenschaftspflicht.

An dieser Stelle möchte ich insbesondere Terence Nombembe, dem Vorsitzenden der INTOSAI und Vorsitzenden der einschlägigen Arbeitsgruppe Wert und Nutzen von ORKB sowie Vorsitzenden der AFROSAI-E, danken, dass er uns diesmal als technischer Vorsitzender zur Verfügung steht. Er ist ein guter Garant dafür, dass die INTOSAI den Anforderungen einer stärkeren Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern auch in Zukunft gerecht werden wird

Mein Dank gilt auch der ORKB China, dass sie mit der voraussichtlichen Wahl des Kongressthemas 2013 „Staatliche Finanzkontrolle und Governance auf nationaler Ebene“ diese wichtige Diskussion auf weltweitem Niveau fortführen und – auf Basis der Diskussionen und Ergebnisse des diesjährigen 21. VN/INTOSAI Symposiums – zu maßgebenden Schlussfolgerungen und Empfehlungen gelangen wird.

Dem Symposium kommt daher als logische Vorbereitung bis zum XXI. INCOSAI 2013 besondere Bedeutung zu, was durch die Anwesenheit höchstangesehener Vertreter der Vereinten Nationen, des Generalsekretärs der interparlamentarischen Union sowie der INTOSAI unterstrichen wird.

Noch einmal danke ich Under-Secretary General Sha Zukang, den Vertretern des Expertenausschusses der Vereinten Nationen für öffentliche Verwaltung Frau Edwards und Frau Oyhanarte, dem Leiter der VN Abteilung DPADM Herrn Villarreal und dem Generalsekretär der interparlamentarischen Union Herrn Anders B. Johnsson für ihren Beitrag zu diesem Symposium.

Auch die hohe Rücklaufquote des Fragebogens über die Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern hat das Interesse an diesem Thema verdeutlicht und ich möchte mich bei all jenen bedanken, die den Fragebogen beantwortet haben und damit bereits im Vorfeld einen sehr wertvollen Beitrag zu diesem Symposium geleistet haben. Aus den zahlreichen Antworten lassen sich einer Reihe interessanter Beispiele für eine wirksame Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern gewinnen, von denen ich ein paar an dieser Stelle anführen möchte:

- Zur Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger für die Arbeit von ORKB, veröffentlicht der Großteil der ORKB Broschüren, Bücher oder Videos über ihre Arbeit. Andere wiederum stellen Schulen und Universitäten Lehrmaterial bzw. Präsentationen über ihre Aufgaben und Tätigkeiten zur Verfügung. Manche bedienen sich sozialer Netzwerke wie Facebook, Twitter oder Youtube, andere betreiben sogar eigene Road Shows oder andere öffentliche Kampagnen, um den Bürgerinnen und Bürgern ihre Arbeit sowie den Wert und Nutzen ihrer ORKB darzustellen;
- Zur Kommunikation von Prüfungsergebnissen und prüfungsspezifischen Informationen bedienen sich fast alle ORKB ihrer Webseiten, arbeiten eng mit dem Medien zusammen, veröffentlichen Pressemitteilungen und organisieren Pressekonferenzen zu besonders bedeutenden und brisanten Prüfungen. Einige Leiter von ORKB geben auch Rundfunk- oder Fernsehinterviews, um die Öffentlichkeit über die Ergebnisse und Empfehlungen ihrer Prüfungen zu unterrichten;
- Zur Förderung der Bürgerbeteiligung an der staatlichen Finanzkontrolle haben einige ORKB eigene Beschwerdemechanismen eingerichtet, damit die Anliegen der Bürger in die Prüfungsprogrammplanung bzw. in den Prüfungsprozess eingebunden werden können. Die Bürgerinnen und Bürger können bei den meisten ORKB ihre Anliegen telefonisch oder schriftlich, manchmal sogar in Sprechstunden persönlich, vorbringen. Diese Beschwerden werden teilweise von

eigenen Abteilungen bearbeitet und können in manchen Ländern auch zu Ad-hoc Prüfungen führen;

- Ebenso zur Förderung der Bürgerbeteiligung an der Arbeit der ORKB, führen ORKB Bürgerbefragungen, Fokusgruppen oder Expertengespräche durch, um wichtige Informationen und Know-how von Außenstehenden im Vorfeld einer Prüfung zu bekommen und diese in ihre Arbeit mit aufzunehmen.

Dies sind nur einige wenige Beispiele von bereits vorhandenen wirksamen Praktiken zur Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern. Viele ORKB haben angegeben, dass diese Zusammenarbeit nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger von Vorteil ist, sondern vor allem auch für die ORKB und ihre Arbeit von großem Nutzen sein kann.

Für mich persönlich und für die INTOSAI Gemeinschaft wäre es daher ein großer Erfolg, wenn es uns mit diesem Symposium gelingt, weitere Lösungsansätze für die wechselseitige Kommunikation zwischen Bürgern und ORKB darzulegen, und Schlussfolgerungen gemeinsam zu entwickeln und zu verabschieden, die insbesondere:

- erfolgreiche Praktiken der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern identifizieren,
- neue und innovative Wege für diese Zusammenarbeit sichtbar machen und damit
- die externe öffentliche Finanzkontrolle stärken, damit sich diese für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger vermehrt engagieren kann.

Getreu dem Motto der INTOSAI „Experientia mutua omnibus prodest“ ist es unsere zentrale Aufgabe, weiterhin international vernetzt und wirksam zusammenzuarbeiten, um die Position der ORKB weltweit zu stärken und die angesprochenen Ergebnisse konsequent zu verfolgen und zu erreichen. Denn nur wenn wir in der Lage sind, unsere staatspolitischen Aufgaben und damit die an uns gestellten Erwartungen zu erfüllen, werden wir uns das Vertrauen der Institutionen und der Bevölkerung dauerhaft sichern können. Jenes Vertrauen, das die Grundlage für unsere Arbeit, für die Akzeptanz unserer Institution und damit für unsere Unabhängigkeit ist.

3. Ausblick und Dank

Voraussetzung dafür ist aber, dass wir als ORKB mit gutem Beispiel vorangehend auf die gesellschaftlichen Herausforderungen, das sich verändernde Umfeld, in dem Prüfungen durchgeführt werden, und auf die Bedürfnisse verschiedener Stakeholder im demokratischen Prozess richtig reagieren.

Wenn wir den Bürgerinnen und Bürgern die Qualität, den Wert und den Nutzen unserer Arbeit kommunizieren und im Bewusstsein der Öffentlichkeit verankern, sind wir in der Lage, Transparenz zu schaffen, Korruption zu bekämpfen, unsere Glaubwürdigkeit zu demonstrieren und somit durch den Rückhalt der Bürgerinnen und Bürger unsere Position als unabhängige Finanzkontrolle zu stärken.

Die Bürgerinnen und Bürger sind natürliche Partner von ORKB, um die Transparenz im Prozess der öffentlichen Rechenschaftspflicht zu fördern. Gemeinsame Bemühungen zur Stärkung von Rechenschaftspflicht und Transparenz sowie zur Abstimmung der öffentlichen Verwaltung auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger sind ein erster grundlegender Schritt, um die Korruption zu verhindern und einen Beitrag zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen zu leisten.

Auch ORKB sind auf Grund ihrer unabhängigen Position natürliche Partner der Bürger. Sie haben durch diese Position die besondere Pflicht, lebendigen Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern aufrecht zu erhalten, um Transparenz sicherzustellen und zu gewährleisten, dass die Umsetzung der internationalen Entwicklungsziele wirksam vorangetrieben wird. Vor dem Hintergrund der steigenden Bedeutung der Transparenz und öffentlichen Rechenschaftspflicht sind gerade ORKB als unabhängige, kompetente und glaubwürdige Einrichtungen immer mehr im Blickfeld der Öffentlichkeit. ORKB haben den Auftrag, als Garant für Rechenschaftspflicht und Transparenz zu handeln, um das öffentliche Vertrauen und den Einsatz für eine effiziente Verwendung der öffentlichen Mittel zum Wohle der Bevölkerung zu gewährleisten. Schließlich ist eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren der staatlichen Tätigkeiten, dass alle, die öffentliche Steuergelder verwalten, den Bürgerinnen und Bürgern Rechenschaft für den Umgang mit diesen öffentlichen Mitteln und für den Erfolg ihrer Regierungs- und Entwicklungsprogramme leisten und gegenüber den Parlamenten verantwortlich bleiben. Dort, wo staatliches Handeln stattfindet, muss Transparenz bestehen.

Wie in jeder echten Partnerschaft ist Zusammenarbeit von gegenseitigem Nutzen. Durch wechselseitige Kommunikation werden Bürger in die Lage versetzt, aktiv am politischen Leben teilzuhaben. Wenn es den ORKB gelingt, sich als unabhängige und objektive Prüfungsinstanzen fest im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu verankern, wird durch die Rückendeckung der Bürger ihre unabhängige Position im staatlichen Gefüge gestärkt.

Im Sinne der Worte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Ban Ki-Moon, soll dieses Symposium daher ein Beitrag dazu sein, in Erfüllung unseres Auftrags am Aufbau einer besseren, sichereren und gerechteren Welt für alle mitzuwirken.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

Mein Dank gilt Ihnen allen, für das durch Ihre Teilnahme bekundete Interesse. Mein Dank gilt aber insbesondere auch den Vortragenden, die durch ihre Beiträge die Grundlage für den Erfolg dieses Symposiums schaffen. Die zahlreiche Teilnahme am Symposium zeigt, dass die INTOSAI auch in den kommenden Jahren als zukunftsorientierte, richtungsweisende Organisation agieren und stets aktuelle Herausforderungen ansprechen kann und damit einen maßgeblichen Beitrag zur Fortentwicklung der externen öffentlichen Finanzkontrolle leisten wird.

Ich ersuche Sie, so wie bisher mitzuhelfen, dass ORKB weiterhin, so wie in den Diskussionspapieren ausgeführt, ihre einzigartige Stellung zur Sicherung und Stärkung der Rechenschaftspflicht und Transparenz beibehalten bzw. ausbauen können und damit auch in Zukunft einen funktionierenden Grundpfeiler des staatlichen Handelns darstellen.

Lassen Sie uns daher mit der Arbeit beginnen oder wie es Nelson Mandela gesagt hat: „Yesterday is history, tomorrow an opportunity.... Today is all we have, let's build together now.“

Mr. Terence Nombembe [Chairman of the Governing Board of INTOSAI and Auditor General of South Africa],

Mr. Joseph Moser [President of the Court of Audit of Austria and Secretary General of INTOSAI],

Mr. Wolfgang Waldner [Secretary of State of the Ministry of Foreign Affairs of Austria],

Mr. Anders Johnson [Secretary General of the Inter-Parliamentary Union],

Excellencies,

Colleagues,

Ladies and Gentlemen,

It is a great pleasure to attend the UN/INTOSAI Symposium.

I am told that I am the first Under-Secretary-General for Economic and Social Affairs to attend the Symposium.

For several years, I have been trying to join you and share my thoughts. I have profound respect for supreme audit institutions (SAIs) and for the work you do.

You help make our world a better one, cleaner, healthier and stronger.

So, I wish to start by thanking INTOSAI for collaborating with the United Nations and for working with the Department of Economic and Social Affairs in convening this 21st UN-INTOSAI Symposium.

Our two organizations have had a long history of collaboration.

It is a collaboration that has yielded concrete benefits for our Member States, by enhancing public awareness of the role and contributions of supreme audit institutions and by disseminating the message of clean government, accountability and anti-corruption.

Excellencies,

While we celebrate our achievements, we are also keenly aware that we can, and should do more.

Amid continuing waves of globalization, our world is undergoing historic change.

Right now, humanity stands at a crossroads.

Some signs point in the right direction. Growth in a number of developing countries has contributed to poverty reductions. Thanks to social development, we have also witnessed improved child health and education, including for girls. Before the global financial crisis, the world was largely on track to meet the MDGs by 2015. Given political will, we can redouble our efforts and we can be back on track to achieving the MDGs, as shown at the MDG Summit last September.

Yet, other signs point in the wrong direction. Our ecosystems are under unprecedented stresses. Recently, a new report on the world's oceans found that accelerated environmental changes are causing much more serious damage than previously thought. We see food, oil and other commodity prices at historic highs. More and more countries are water stressed.

These crises are interlinked. Our dependence on fossil fuels worsens climate change, which in turn is threatening food production, leading to social unrest.

How can we tackle these inter-linked crises? How does this have to do with INTOSAI?

The answer is simple - Everything!

It has everything to do with INTOSAI, its members and your work.

Supreme audit institutions play a major role in auditing government accounts and operations and in promoting sound financial management and overall accountability.

You promote good governance by enhancing transparency, accountability, by fighting corruption and by fostering the efficient and effective use of public resources for the benefit of the public.

All of this work contributes to strengthening the three pillars of sustainable development.

The simple truth is – without good governance, sustainable development will not be sustained.

Excellencies,

I come before you today to appeal to you – join us in our shared pursuit of global sustainable development – an environmentally sustainable, socially just, equitable and economically prosperous world.

It is time we re-energize and reinforce our collaboration toward this goal.

It is time we bring our historic partnership to new heights.

We are ready to open a new Chapter in our collaboration.

Dear Colleagues,

Our discussions at this Symposium will focus on how supreme audit institutions can promote citizen engagement in accountability and how we can communicate the very relevant work of these institutions to the public.

The United Nations is ready to help disseminate your role and your tremendous contributions.

In doing so, we are highlighting our shared messages on accountability, anti-corruption and good governance.

During the three days of this 21st Symposium, I hope we will manage to identify ways in which our future cooperation can promote these shared objectives.

In this context, I would like to elaborate on anti-corruption.

Corruption continues to be endemic in many countries, developed and developing. This is not a developing world problem. As well as morally reprehensible, corruption affects overall economic performance, damages people's trust in public institutions and threatens the Rule of Law.

From a development perspective, corruption undermines the allocation of resources, leads to wastes and adds to business costs.

It weakens the institutional foundation on which sustainable development depends.

Sadly, corruption hurts the poor more, who already bear the brunt of economic decline, are more dependent on the provision of public services, and are least capable of paying the extra costs associated with all forms of corruption.

Clearly, good governance must start with and end with fight against corruption.

For several years, I have told my UN colleagues – public administration must accord priority attention to fighting corruption.

There will be no efficient and effective public administration so long as the scourge of corruption continues to poison public services to citizens. Only by fostering accountability, transparency and anti-corruption can we create an enabling environment to achieve the vision of sustainable development.

At my request, DESA has undertaken several initiatives.

The Department is actively engaged with the United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC), based here in Vienna, in implementing the provisions of the United Nations Convention against Corruption (UNCAC).

Through our Division of Public Administration and Development Management, DESA and UNODC have created a new category within the United Nations Public Service Awards. This award acknowledges those practices pursued by public administration to prevent and fight corruption.

Three weeks ago in Dar Es Salaam, Tanzania, the UN recognized innovative practices in this category for the first time, at the UN Public Service Awards. Local governments and public institutions in Egypt, Mexico, Oman, Republic of Korea, Romania, Slovakia and South Africa won the awards. The awards were given to initiatives that are considered both effective and replicable in other countries in fighting corruption, in areas such as transparent public procurement, transparent recruitment of civil servants and fair elections.

Also, together with UNODC, we have initiated capacity-building activities, such as training workshops and expert group meetings, to improve public sector institutions, enhance accountability and prevent corruption.

Excellencies,

We are ready to broaden and deepen our collaboration with INTOSAI and its members in this area. We need your expertise in audit and your knowledge of accountability.

In this regard, allow me to raise one question – how can this biennial forum be used to advance sustainable development by sharing lessons learned and best practices in strengthening public institutions, including audit institutions? How can we use this Symposium and other collaborative activities, including capacity building activities, in order to help Member States attain the best possible performance in public administration, and thereby serve the needs of all people?

I hope this 21st session of UN-INTOSAI Symposium will provide us with concrete ideas for action and for the way forward.

On our side, I have instructed DESA and its Division for Public Administration and Development Management to start building up our capacity in accountability, good governance and anti-corruption, working in conjunction with UNODC and INTOSAI.

Together, we can do more than we can do alone.

Ladies and Gentlemen,

Before I conclude, I want to bring to your attention the UN Conference on Sustainable Development, also known as Rio+20.

Rio+20 will focus on two themes, a green economy in the context of sustainable development and poverty eradication and the institutional framework for sustainable development, which is the UN speak for governance for sustainable development.

Good governance at all levels is essential for sustainable development.

There is a lot INTOSAI and its members can do in support of good governance for sustainable development.

Member States are looking at various options to strengthen institutions for sustainable development at the national, regional and international levels.

In my capacity as the Secretary-General of Rio+20, I invite you to examine this theme, assess gaps and obstacles and put forward your proposals for action and solutions.

Let INTOSAI and its members be our partner in our journey toward sustainable development.

Rio+20 is about tomorrow, about the future. And sustainable development should be our common future.

History has given all of us an opportunity to make a difference. You can contribute, by helping Member States build better institutions for sustainable development.

Let us do it, together, in partnership.

I thank you.

ANLAGEN

Referate und Präsentationen

- 2 Fachbeiträge
 - 2.1 Kommunikation zwischen ORKB und Bürgern zur Förderung der öffentlichen Rechenschaftspflicht
Jacek Jezierski, ORKB Polen
 - 2.2 Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Arbeit von ORKB
Ahmed El Midaoui, ORKB Marokko
 - 2.3 Kommunikation prüfungsspezifischer Informationen an Bürgerinnen und Bürger
Sergey Vadimovich Stepashin, ORKB Russische Föderation
 - 2.4 Kommunikation bei Prüfungen, die die ORKB auf Anregung der Bürger initiiert haben, ORKB Indien
 - 2.5 Grundsatzreferat
Meredith Edwards, VN CEPA
 - 2.6 Länderpapiere und Fallstudien
Aroldo Cedraz, ORKB Brasilien
Sandra Morelli Rico, ORKB Kolumbien
Hadi Poernomo, ORKB Indonesien
Ellen van Schoten, ORKB Niederlande
 - 2.7 Wege und grundlegende Voraussetzungen, um die Bürgerinnen und Bürger in den Prüfungsprozess der ORKB einzubinden
Dasheng Dong, ORKB China
 - 2.8 Länderpapiere und Fallstudien
Nancy Torreblanca, ORKB Paraguay
Patricia A. Dalton, ORKB USA
 - 2.9 Wert, Nutzen und Herausforderungen der Zusammenarbeit zwischen ORKB und Parlamenten aus Sicht der Parlamente
Anders B. Johnsson, IPU
 - 2.10 Wert, Nutzen und Herausforderungen der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern aus Sicht der Bürger
Marta Oyhanarte, VN CEPA

- 2.11 Wert, Nutzen und Herausforderungen der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern aus Sicht der ORKB
Kyuhoo Jo, ORKB Korea
Terence Nombembe, ORKB Südafrika

- 2.12 Länderpapiere und Fallstudien
Rocio Acosta Zuniga, ORKB Costa Rica
Vibeke R. Von Stemann, ORKB Dänemark
Raoul Robles Segura, ORKB Mexiko
Adelina Gonzalez, ORKB Venezuela
Enrique Peruzzotti, VN DESA

- 2.13 Innovative Formen der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgerinnen und Bürgern im Kontext der Millenniumsentwicklungsziele der VN
Roberto Villarreal, VN DESA



21st UN/INTOSAI Symposium
21^e Symposium ONU/INTOSAI
21. VN/INTOSAI Symposium
21^o Simposio NU/INTOSAI
الندوة ٢١ للأمم المتحدة والانتوساي

13 – 15 July 2011, Vienna, Austria / 13 – 15 juillet 2011, Vienne, Autriche
13. – 15. Juli 2011, Wien, Österreich / 13 al 15 de julio de 2011, Viena, Austria

Topic/Thème/Thema/Tema/الموضوع

- Effective practices of cooperation between SAIs and citizens to enhance public accountability •
- Pratiques efficaces de coopération entre les ISC et les citoyens afin d'améliorer la reddition des comptes publics •
- Wirksame Praktiken der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern zur Förderung der öffentlichen Rechenschaftspflicht •
- Prácticas efectivas de la cooperación entre las EFS y los ciudadanos para aumentar la rendición de cuentas pública •

الممارسات الفعالة للتعاون بين الأجهزة العليا للرقابة المالية والمواطنين لتعزيز المساءلة الحكومية

Kommunikation zwischen der ORKB und den Bürgern zur Verbesserung der staatlichen Rechenschaftspflicht

BASIC PAPER / RAPPORT DE BASE / GRUNDLAGENPAPIER / PONENCIA BASE

prepared by/préparé par/verfasst von/elaborado por

POLEN

Zusammenfassung der Präsentation von Jacek Jezierski,
Leiter der ORKB Polens (NIK)

Kommunikation ist zum Um und Auf der Welt von heute geworden, nicht nur für Oberste Rechnungskontrollbehörden (ORKB), deren Aufgabe es ist, die Öffentlichkeit über die Lage des Staates zu informieren. ORKB leisten einen Beitrag zur öffentlichen Rechenschaftspflicht, indem sie die Ergebnisse ihrer Tätigkeit über die Medien an die Bürger kommunizieren. Die Rolle der Medien in diesem Prozess ist freilich nicht zu unterschätzen, sind diese schließlich die Hauptinformationsquelle für den Bürger. Die INTOSAI trägt der Bedeutung von Kommunikation Rechnung, nicht zuletzt im Rahmen eines langjährigen Schwerpunkts innerhalb der Organisation. Kommunikation ist ein ebenso zentrales Anliegen für ihre regionalen Arbeitsgruppen. Im Mai 2011 fand ein vom EUROSAI-Vorsitz veranstaltetes Seminar statt, welches die Thematik konkret in kleineren Kreis erörterte. Dabei ging es um die Kommunikation zwischen den ORKB und der Öffentlichkeit über die Medien. Die Veranstaltung richtete sich an Kommunikationsverantwortliche in europäischen ORKB (zB Medienbeauftragte und Pressesprecher) und hatte zum Ziel, den Themenkomplex Kommunikation aus dem speziellen Blickwinkel einer ORKB zu behandeln (kurze Zusammenfassung des Inhalts und der wesentlichen Schlussfolgerungen des Seminars).

Zwei Kommunikationsphilosophien lassen sich in der globalen Gemeinschaft der ORKB feststellen: die "traditionelle" Schule, welche die Besonderheiten der ORKB wahrt, und den Fachjargon der Berichte pflegt ohne sich darum zu kümmern, dass Informationen attraktiv aufbereitet werden müssen. ORKB, die sich diesem Ansatz verschreiben, streben nicht nach Medienpräsenz, sondern betrachten Information über die Ergebnisse ihrer Tätigkeit als eine Holschuld aller Interessierten. Die Verfechter der zweiten Schule erkennen die Wichtigkeit der medialen Kommunikation der Feststellungen der OKRB. ORKB, welche sich dem zweiten Ansatz verschreiben, sind der Überzeugung, durch Zusammenarbeit mit Medienvertretern, professionelle Medienarbeit und durch die Präsentation ihrer Tätigkeit in allgemein zugänglicher Form die Öffentlichkeit gezielter ansprechen zu können.

Letzterem Ansatz wäre der Vorzug zu geben, da Kommunikation mit den Bürgern durch die Medien zahlreiche Vorteile mit sich bringt, zB die Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten und möglichen Risiken (als Präventivmaßnahme), die Stärkung der öffentlichen Rechenschaftspflicht, und ein Angebot an die Zivilgesellschaft, das es ihr erlaubt, informierte Entscheidungen in einem demokratischen Staat treffen zu können.

Die Zusammenarbeit mit den Medien erweist sich oft als problembehaftet. In einer Demokratie gilt für Medien das Gebot der Unabhängigkeit. Sie können nicht auf die Bedürfnisse der ORKB "zurechgebogen" werden. Seitens der ORKB bedarf es einer geänderten Denkhaltung und vermehrter Flexibilität, um die Zusammenarbeit mit den Medien effektiver zu gestalten. Die von den Medienvertretern bei diesem Seminar dargelegten Erfahrungen und die daraus resultierenden Schlußfolgerungen könnten sich als nutzbringend erweisen.

Die ORKB sind aufgerufen, den Medienvertretern qualitative hochwertige und für die Öffentlichkeit attraktive Informationen zu liefern, um das Interesse der Medien an ihrer Tätigkeit zu stärken. Darin liegt neben der Prüfung aktueller Themen und der Vorlage qualitativ ansprechender Prüfberichte eine weitere Herausforderung für ORKB.



21st UN/INTOSAI Symposium
21^e Symposium ONU/INTOSAI
21. VN/INTOSAI Symposium
21^o Simposio NU/INTOSAI
الندوة ٢١ للأمم المتحدة والانتوساي

13 – 15 July 2011, Vienna, Austria / 13 – 15 juillet 2011, Vienne, Autriche
13. – 15. Juli 2011, Wien, Österreich / 13 al 15 de julio de 2011, Viena, Austria

الموضوع / Thema / Thème / Topic

- Effective practices of cooperation between SAIs and citizens to enhance public accountability •
 - Pratiques efficaces de coopération entre les ISC et les citoyens afin d'améliorer la reddition des comptes publics •
- Wirksame Praktiken der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern zur Förderung der öffentlichen Rechenschaftspflicht •
- Prácticas efectivas de la cooperación entre las EFS y los ciudadanos para aumentar la rendición de cuentas pública •

الممارسات الفعالة للتعاون بين الأجهزة العليا للرقابة المالية والمواطنين لتعزيز المساءلة الحكومية

Raising citizens' awareness for the work of SAIs

BASIC PAPER / RAPPORT DE BASE / GRUNDLAGENPAPIER / PONENCIA BASE

prepared by/préparé par/verfasst von/elaborado por

MOROCCO

RAISING THE CITIZENS' AWARENESS OF THE WORK OF SAIS

By: Dr. Ahmed El Midaoui

First President of the Court of Accounts of the Kingdom of Morocco
Chairman of the INTOSAI Capacity Building Committee

21st UN-INTOSAI Symposium, Vienna, 13-15 July 2011

Introduction

In all countries across the world, public action is going through a process of continued expansion and diversification. Meanwhile, citizens tend to express an increasing demand of information and transparency.

In fact, democracy can never be achieved only through providing citizens with the right to vote and choose their government, but also through giving them the right to get ahold of information and ask for accounts.

The obligation for public funds managers to report on their spending is now considered a fundamental of democracy. Each actor, regardless of his/her position, must shoulder his/her responsibility towards the achievement of a transparent, democratic, efficient and equitable public affairs' management. A constant concern of citizens is to have a means to express themselves and learn about the way public affairs are managed. The citizen also requires sanctions on the mismanagement and irregularities that occur in the use of public funds.

In this regard, Supreme Audit Institutions (SAIs), whose main attribute is to satisfy both the State and citizens, must meet this demand by intervening in a growing number of areas, wherever is a risk threatening the appropriate management of public funds.

How can an SAI build a relation of trust with citizens and efficiently respond to their concerns? What are the required conditions for SAIs to fully play their assigned role?

To respond to these questions, the present issue is tackled in two parts: the first one deals with the means to engage in view of increasing the citizens' interest in the work of SAIs, while the second addresses the requirements of SAIs to meet the expectations of citizens.

Part One: Ways to increase the citizens' interest in the work of SAIs:

The existence of an SAI derives its meaning from its usefulness to both the State and citizens through the proper public service auditing it provides. Since the majority of citizens does not have the needed skills and abilities to assess the management of public funds entrusted to the various entities and inform decision-makers, legislators and citizens about it, this task was entrusted to the SAI, whose mission is to audit the accounts, assess and analyze the actions of the government and provide citizens with appropriate information about that. In doing so, the SAI should address the concerns of these latter through good communication, accessible and readable reports, as well as more effective and efficient actions.

1- The importance of the Role of SAIs:

Through their efficient intervention, SAIs enhance the separation of powers at the state level and help their exertion in conditions of balanced relationships. The values of transparency, credibility and trust in good governance depend mainly on the existence of a real balance of power in carrying out financial transactions of the State, and that is with the objective of meeting the basic needs of public services and the aspirations of all citizens.

If the 19th century has experienced consecration in the democratic practice of the modern State through an effective and balanced coordination between the three branches (legislative, executive and judicial), and if the 20th century has witnessed the advent of a fourth power, that of the press and the media, the 21st century is now experiencing the coming on of a fifth power which is auditing. Auditing in this sense is very crucial in moralizing public life, making of the public finance management a more transparent one, restoring trust between the rulers and the ruled and allowing, through objective analysis, the constant improvement of public affairs management in general.

Throughout history, the modes of public finance management and the modalities of its control have always undergone continuous changes and adaptations as they are more closely tied to the constantly changing economic, political and social environment in which they operate.

In fact, in the 19th century, audit performed by the SAI has essentially focused on the regularity of financial and accounting operations and their compliance with the laws and regulations.

As the economic role of the state is getting broader, the SAI has adopted a more holistic approach that takes into account the regularity, the reality and the conformity of financial and accounting operations, as well as the management efficiency. Similarly, SAI's work and investigation methods are also experiencing a constant adaptation to the changes occurring in the public sector management.

In view of the reality and dynamics of this evolution, the SAI becomes gradually equipped to play its full role as a key actor in ensuring the proper management of public services in a constantly changing environment, its compliance with the applicable standards, laws and regulations, as well as in verifying if the resources afforded to public managers are used in an economic, efficient, and profitable manner.

In such a way, it would be easier for the SAI to better inform public authorities and citizens on the use of public funds and act for this management to become the most effective and economic possible by providing the needed expertise in assessment and recommending corrective actions. This is not only a requirement of efficiency, but is mainly a prerequisite of both democracy and performance.

2- The adoption of an adequate communication strategy:

Through its reports, the SAI has a duty to keep citizens informed about the management of public funds and services. This is mainly a way to have the citizen as a witness and gain his/her support in order for the SAI's recommendations to be taken into account.

In some cases, the non-awareness of the public of the SAI's work may limit its effectiveness. This can be a result of either the lack of the SAI's autonomy, its reluctance to communicate about its actions, or the inadequacy of its communication policy.

Also, it is necessary for SAIs to inform the public about their work and adopt an active communication strategy to get the best coverage of their work and highlight the main conclusions. To assure a good assimilation of the reports' content, the language used has to be plain and accessible and combines accuracy and precision on the one hand, and accessibility and readability on the other.

Yet, a proper dissemination of information requires a diversification of communication media. Thereby, the SAI can disseminate the results of its audits through the use of the new information and communication technologies.

This would make information about its activities and operations more accessible to the public on a wider scale.

The SAI should also interact with the public through the Parliament as it is the representative of the people. In like a manner, there becomes easier to create a dialogue between the rulers and ruled. Indeed, the members of the Parliaments enjoy legitimacy under their mandate, following their election by the citizens, and also have the right to raise issues on behalf of the citizens they represent. To reach the masses, the SAI can also have recourse to the help of the media and civil society organizations to disseminate information and reports.

3- Make the reports accessible, readable and impactful:

The SAI should work to increase the readability and accessibility of its reports. Indeed, reporting has become one of the main pillars on which the public finance auditing is built. Quality reporting is likely to contribute to the building of a culture of responsibility, accountability and transparency.

It is evident that the efficiency of communication is closely linked to both the quality of audits and their impact. Otherwise, the citizens would not show any interest in the SAI, nor react to its achievements. Therefore, it becomes necessary to engage SAIs in a process of continuous improvement, namely with regard to building the professional capacities of their human resources.

a- The characteristics of reporting :

According to the practices approved at the international level, SAIs' reporting should be characterized by the following attributes:

- Regularity of publication :

Regularity in the publication of audit reports is indispensable to the independence of the institution, as well as to the establishment of the principle of responsibility and accountability.

- Objectivity:

The attribute of objectivity is the culmination of a process both internally and externally.

Regarding the internal dimension, the SAI's independence includes the impartiality of auditors who must assess the quality of the audited entities' management and performance in accordance with objective and agreed criteria.

The objectivity of reports is further strengthened when the audited organizations are given the right of reply and express their points of view which must also figure in these reports.

- Accuracy:

The public nature of the reports is an advantage, but is also a real constraint as the findings must be truthful and properly presented. The reader should indeed be assured about the credibility and reliability of what is stated, as any misstatement could call into question the validity and credibility of the report as a whole.

b- The impact of reporting:

The publication of the SAI's reports is likely to trigger a dynamic of public management reform by correcting the observed dysfunctions. In addition, this publication is an opportunity for the institution to review its working methods so as to adapt them to the data of the institutional and administrative environment, as well as to the reality and the imperatives of the public sector management.

c- The contribution of the reports to the improvement of public management:

The publication of the SAI's reports induces a public debate within the political sphere and the media, as well as among citizens, professionals, intellectuals and academics. In this respect, we can say that these reports help the correction of dysfunctions, play a preventive role as to the mismanagement of public funds and services, and enhance debate and reflection that would help achieve better progress and performance.

- An improvement function

As part of the SAI's reports, the focus is put on the deficiencies observed at the management level. The SAI also suggests ways of improving this management and a follow up on the published recommendations is often introduced. This follow up can allow the correction of many deficiencies and thus help improve management practices.

- A preventive function

The SAI's reports have a deterrent effect, as they make public managers more concerned about the possibility for their work to be subject to criticism and brought into the knowledge of both citizens and stakeholders. In this way, the published remarks and observations become a sort of educational tool and

source of learning for certain managers, who try to anticipate their potential dysfunctions in advance while expecting to be audited.

d- Impact on the working methods of SAI:

For it to achieve a continuous process of improvement and always publish quality reports, the SAI should be receptive to feedback from the various users of these reports. To be impactful, these must also be of a highest quality in terms of both their content and the way they are presented.

Part two: SAI's requirements to meet the expectations of citizens:

SAI's independence, professionalism and analytical skills are the main determining factor of its effectiveness and credibility. In this way, it becomes easier for the SAI, as well as for the Government and the citizens to get a wider idea about the reality of public management and, thus, provide the needed support and corrections.

The requirements for the execution of an effective control by the SAI are the strengthening of their independence and the clarification of their status and responsibilities on the one hand, and the adoption of a clear strategy on the other.

In this regard, INTOSAI has a significant role to play in this regard, given its position as the speaker on behalf of SAIs, as well as its aim at promoting ideas, knowledge and experience exchange among them.

1- Strengthening SAIs:

a- Strengthening and supporting SAIs' Independence: is very crucial at the level of both their institutional framework and the status of their members and their field practices.

In fact, the staff independence can have a positive influence on the quality of audits carried out and can also add value and impact to the elaborated reports. It is not enough for an SAI to declare its independence and be in fact as such. It rather has to obtain effective results and meet the criteria defined by INTOSAI. According to the Lima Declaration on public auditing management guidelines, the principle of independence is designed to enable SAIs to perform their role in an objective and impartial manner. Therefore, SAIs must be kept aside from any external influence, including that of the audited entities.

From this perspective, independence is not seen as the only guarantee of an effective external public auditing, but also as an indicator of democracy as it

supports the separation of powers principle.

As SAIs enjoy an institutional positioning vis-à-vis the audited entities and other components of the institutional, political and economic environment of each country, the goal of their independence can only be achieved through the adoption of constitutional or legislative norms that grant the SAI's functional and financial autonomy. Yet, this goal must also be derived from the development of an attitude of objectivity and professionalism that has to be constantly cultivated among the SAI's staff.

b- Strengthening SAIs' status: by the establishment of an appropriate legal framework is not an institutional luxury, as it helps clarify its relation to other powers. This reinforced status leads to the establishment of relations of exchange and consultation with the other state institutions through the assistance provided to the Parliament and the Government from the part of SAIs, without being subject neither to their guidance in planning, nor in audit conduction.

c. Strengthening SAIs' powers: through a better definition of SAIs' missions and tasks in both the Constitution and the law, as well as through a clear understanding of their specific powers and responsibilities. In addition to the traditional skills of regularity audit, these responsibilities should basically include the assessment of management and performance quality, as well as the possibility of suggesting alternative solutions to the raised problems. In this context, the SAI should seek to develop adequate tools and methods to analyse the obtained results in light of the defined objectives and the significant differences recorded, and thus formulate suggestions that would help improve management and performance.

2- Establish a global strategy for SAIs:

While they call the other entities to be more effective, SAIs must serve as role models in this regard. In playing their role in with the applicable legislation and regulations, SAIs must ensure that the resources entrusted to public officials are used with economy, efficiency, effectiveness and for the well-being of citizens.

In this respect, SAIs should also adopt a comprehensive strategy that focuses on:

- ⊙ Capacity building: Given the specific tasks assigned to the SAI in the field of public auditing, building the institutional, organizational and professional capacities has to be an essential element for the establishment of a culture of accountability on the management of public funds with transparency and legal compliance with the standards of good governance and the efficient and profitable execution of performance requirements.
- ⊙ The adoption of auditing standards for more objectivity and professionalism: The SAI should constantly seek to strengthen the

professional capacities of its members through training, knowledge and experience sharing, as well as the adoption of both professional auditing standards and best practices. The standards help guide the auditor, circumscribe the scope of his/her investigations and determine the nature of the procedures to be used. It is in light of the standards that we can judge the quality of the audit or inspection's results.

- ④ Adoption of a strategic plan: The implementation of a control and performance indicators strategy helps guide the SAI in the exercise of its activities and assess both the effectiveness and impact of its actions, so that it can perform its functions under good conditions. This strategy must be established on the risk-based programming and the mastering of investigation and control tools to allow the identification of the major public action's issues and risks.
- ④ The intensive use of information and communication technology: The development of an appropriate information and communication system facilitates the work of the SAI by adopting into use the appropriate applications to improve both the working methods and the communication and analysis systems. The use of new information and communication technologies (NICT) is likely to strengthen and develop the capacities of the SAI's staff to carry out audit missions in a more professional and effective manner.
- ④ Ethics and integrity: This is to promote the effective implementation of the clearly formulated values of integrity and ethics within the SAI, based especially on the generally recognized principles of INTOSAI. Auditors should be regularly made aware of the need to abide by these values and implement them in all their operational interventions. Ethics, integrity and reputation of both the SAI and its members are crucial to the perceptions that citizens have about the SAI, as well as to the trust they place in its professionalism and impartiality.
- ④ The Consolidation and development of cooperation and experience exchange related achievements: The SAI should continuously cooperate with international organizations and / or regional and similar institutions to exchange experiences and improve its practices and know-how. The strengthening of these cooperation ties is a source of expertise and allows continuous adaptation and implementation of new scientific and technical approaches of audit and control. INTOSAI as a supporter of joint actions between SAIs has undoubtedly an important role to play in this regard.

3- The expected role of INTOSAI:

INTOSAI is an autonomous, independent, professional and apolitical institution that promotes the exchange of ideas, knowledge and experience among SAIs. In its capacity as representative of SAIs before the international community, INTOSAI has also as an objective the improvement of the SAIs' human resources capacities and performance.

The organization's vision is to promote good management practices through SAIs that should help their governments improve their performance and transparency, ensure accountability, maintain credibility, fight against corruption and enhance public confidence and promote the use of public resources in an effective and profitable manner for the benefit of all citizens. The strategy put in place by INTOSAI is essentially the consecration of auditing as an institutional power of its own. This strategy is mainly based on the following:

+ Sustainable building of professional and institutional capacity, while taking into account the SAI's characteristics and development level:

Capacity building should not be considered as a technical process that involves just a simple transfer of knowledge or organizational models. It must rather give due consideration to the context and environment in which the SAI operates. The chances of capacity building success become higher when the program is endogenous or internal to the SAI as this ensures its sustainability.

In this sense, capacity building requires the establishment of a long process that takes into account the specificities of the SAI and its environment, as well as the level of its development to entrench sustainable, profitable and interactive control that has to constantly reform and adapt to meet an advanced audit level and, thus, become a source of suggestion for decision makers in view of an optimal improvement of the public management system.

To do so in a progressive, professional and efficient manner, SAIs must be equipped with adequate professional capacity to understand and master the requirements and conditions needed to respond to the challenges imposed by an effective and efficient audit.

+ Modulated and progressive development of SAIs tools and working methods:


The scope of public auditing is constantly changing, as it is called to adapt to the realities of the socio-economic environment in which public entities operate. Its many perspectives cover several areas of SAIs' responsibility, such as program evaluation and public policy, the evaluation of risk management and strategic auditing. This is to engage in a deep reflection on the issues and current and future

challenges facing nations, particularly with regard to risk analysis and crisis prevention (regulation of international financial system, debt, environment ...)

Change in public service management techniques and systems makes it necessary to develop both the working and investigating methods, as well as the analytical capacities of SAIs.

In fact, it is important to build a solid, accountable, legal and compliant financial audit. It is also essential to establish an audit to assess the achieved management and performance quality in relation to the operation and projects entrusted to public entities.

However, it should be noted that the development of performance auditing by SAIs should be undertaken in a progressive manner that has also to be adapted to the development level of the institution, in particular, and to the economic, social and political environment in general.

 Strengthening the Communication strategy of INTOSAI that has to abide by the following objectives:


The establishment of forums for dialogue between INTOSAI members, and the use of the best opportunities offered by the New Communication and Information Technologies -NCIT-(experience sharing, seminars, exchange of experts, video conferences, ...);

- The promotion of INTOSAI and the role of SAIs in developing governance, transparency and performance in public management;

- Raising the awareness of public institutions (parliament, government, ...), influential international and regional organizations and other stakeholders (media, political leaders, NGOs, universities, major professional bodies, ...) of the image and role of both SAIs and INTOSAI;

- Raising the awareness of citizens and decision makers at both the national and international levels on the importance of the role and values of SAIs in reinforcing:

- Independence ;
- The institutional status, mainly through the elevation of the SAI to the rank of a constitutional institution and the implementation of a specific legal framework to it ;
- The financial autonomy to equip them with the necessary means to meet their obligations
- Professional competence and expertise.

 Establish sustainable partnerships with international development organizations and other donors to put into practice common actions with the aim of identifying capacity needs (diagnosis, strategic planning ...) and the implementing SAIs capacity building projects.

Conclusion

So as they can ensure a strategic and determining role in identifying and bringing into play responsibility within the State, as well as in being a real driver of good governance and transparency in public funds management, SAIs are expected to go through deep changes and adaptations.

Undeniably, public auditing is a dynamic process that requires a permanent steering for it to be effective in the modern democratic state, and that is by rectifying the shortcomings and inadequacies, warning about the risks and thereby protecting the State, society and citizens.

Through their objectives and functions, SAIs actions will be oriented towards the placement of citizens at the center of the public authorities' concerns. SAIs can help mobilize citizens around the State.

SAIs should also act to strengthen the mechanisms available to citizens, giving them a say on the management of public affairs and allowing them to express their views on the way the power delegated to elected representatives is exercised. At the same time, these have to be forced along with the designated authorities to report on their deeds and justify their actions.

The fact of having public entities develop a culture of accountability for their actions before citizens is an essential element of democracy, as it applies to all power holders and in all the public sector components, either they elected or not.

Ultimately, communicating the conclusions of the work of SAIs through a good strategy must aim at creating a climate of awareness and constant questioning of the established practices in terms of both their performance and quality. This is also sought to inform the public about the responsibilities of public actors so that they can be adequately controlled and, therefore, encourage more citizens to take part and commit to the building of a future with a new vision of confidence and commitment to promote the pursuit of progress and general well-fare.



21st UN/INTOSAI Symposium
21^e Symposium ONU/INTOSAI
21. VN/INTOSAI Symposium
21^o Simposio NU/INTOSAI
الندوة ٢١ للأمم المتحدة والانتوساي

13 – 15 July 2011, Vienna, Austria / 13 – 15 juillet 2011, Vienne, Autriche
13. – 15. Juli 2011, Wien, Österreich / 13 al 15 de julio de 2011, Viena, Austria

Topic/Thème/Thema/Tema/الموضوع

- Effective practices of cooperation between SAIs and citizens to enhance public accountability •
 - Pratiques efficaces de coopération entre les ISC et les citoyens afin d'améliorer la reddition des comptes publics •
- Wirksame Praktiken der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern zur Förderung der öffentlichen Rechenschaftspflicht •
- Prácticas efectivas de la cooperación entre las EFS y los ciudadanos para aumentar la rendición de cuentas pública •

الممارسات الفعالة للتعاون بين الأجهزة العليا للرقابة المالية والمواطنين لتعزيز المساءلة الحكومية

Kommunikation prüfungsspezifischer Informationen an die Bürger

BASIC PAPER / RAPPORT DE BASE / GRUNDLAGENPAPIER / PONENCIA BASE

prepared by/préparé par/verfasst von/elaborado por

RUSSISCHE FÖDERATION

Bereitstellung von Informationen über ORKB-Aktivitäten für die Öffentlichkeit

Dr. Sergey V. Stepashin,

Vorsitzender der Obersten Rechnungskontrollbehörde der
Russischen Föderation,
Mitglied des INTOSAI-Präsidiums

Hier in Wien setzen wir heute unsere Gespräche zum umfassenden Thema der Rolle und Bedeutung Oberster Rechnungskontrollbehörden in der heutigen Gesellschaft fort. Dieses Thema wurde bei der diesjährigen EUROSAI-ARABOSAI-Konferenz in Abu Dhabi festgesetzt und beim VIII. EUROSAI-Kongress in Lissabon weiter ausgeführt. Beim heutigen Symposium werden wir auf einen zusätzlichen Aspekt der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern zur Förderung der öffentlichen Rechenschaftspflicht genauer eingehen.

Ich habe schon zum wiederholten Male festgestellt, dass die Rechenschaftspflicht und Verantwortlichkeit von Amtsträgern eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft darstellen. **Wenn die ORKB die Gesellschaft nicht in angemessener Weise über die Ergebnisse ihrer Arbeit zur Kontrolle der Tätigkeit öffentlicher Einrichtungen informieren, kann das zu schwerwiegenden gesellschaftlichen Problemen** führen (wofür die Vorgänge in mehreren Ländern im Nahen Osten und Nordafrika in diesem Frühling ein deutliches Beispiel liefern).

Die Öffentlichkeit über die Ergebnisse ihrer Tätigkeiten zu informieren stellt in demokratischen Ländern einen wichtigen Bestandteil der Aufgabenstellung staatlicher Verwaltungsbehörden dar. Das Recht auf Information über die Tätigkeit öffentlicher Stellen wird als eines der grundlegenden Bürgerrechte betrachtet.

Ich möchte Ihnen nun heute einen Überblick darüber geben, **wie die Oberste Rechnungskontrollbehörde von Russland sicherstellt, dass die Öffentlichkeit über die Ergebnisse ihrer Arbeit informiert ist.**

Die Verpflichtung, Informationen über ihre Tätigkeit bereitzustellen, ist im Gesetz über die Oberste Rechnungskontrollbehörde (Artikel 33) niedergelegt.

Im Bundesgesetz über die Oberste Rechnungskontrollbehörde der Russischen Föderation ist der Grundsatz der Öffentlichkeit festgeschrieben. Die Umsetzung dieses Grundsatzes erfolgt durch die Bereitstellung unabhängiger, verlässlicher und objektiver Informationen über die Wirksamkeit der staatlichen Haushaltsführung an die Gesellschaft im Allgemeinen und an die Medien im Besonderen.

Die ORKB bedient sich zur Informationsdarstellung **vor allem folgender Formate:**

- **Berichte** über die Ergebnisse von Kontrollmaßnahmen und Expertenanalysen, die dem Parlament übermittelt werden.
- Aktuelle **Pressemitteilungen** zu den laufenden Tätigkeiten der ORKB, die an die Medien übermittelt werden.
- **Feststellungen** des Leiters der ORKB zum Entwurf des Bundeshaushaltsplans, zum Haushaltsvollzug sowie zu Änderungen am geltenden Haushaltsplan.
- **Pressekonferenzen** der leitenden Organe der ORKB und der Prüfer.
- **Interviews** mit Mitgliedern des Führungsgremiums sowie Artikel von Vertretern der ORKB, die in den Medien veröffentlicht werden.
- **Beiträge** von Mitgliedern des Führungsgremiums in Rundfunk und Fernsehen.
- **Bereitstellung von Informationen** über Prüfungsergebnisse im Internet.
- **Beantwortung von Schreiben** und Ansuchen der Bevölkerung.
- **Direkte Kontakte** mit der Bevölkerung durch Reisetätigkeit im ganzen Land.
- **Gemeinsame Aktionen** mit nichtstaatlichen Organisationen.
- **Bereitstellen von Informationen auf Anfrage.**
- **Treffen mit den Führungspersönlichkeiten des Landes.**

Je nach Zielgruppe und Bedeutung unterscheiden sich die angeführten Informationsübermittlungsmedien und -kanäle **hinsichtlich Format, Regelmäßigkeit, Informationsumfang sowie Reaktionsgeschwindigkeit.**

So werden etwa an das Parlament gerichtete Tätigkeitsberichte unmittelbar nach ihrer Verabschiedung durch das Führungsgremium der ORKB in vollem Umfang zur Verfügung gestellt, während aktuelle Pressemitteilungen für die Medien zwar innerhalb einer Stunde erstellt werden, jedoch inhaltlich äußerst kurz und prägnant abgefasst sind.

Stellungnahmen im Parlament zu den Feststellungen der ORKB zu Haushaltsentwurf und Haushaltsvollzug werden zweimal jährlich veröffentlicht.

Schreiben und Ansuchen von Bürgern werden in der Reihenfolge des Einlangens bearbeitet. Bei Treffen mit Führungspersonlichkeiten werden die wichtigsten zu besprechenden Fragen vorab ausgewählt und unterliegen einer eingehenden Vorbereitung sowie unverzüglicher Berichterstattung nach Bearbeitung.

Dabei wird allgemein von dem Prinzip ausgegangen, dass diejenigen Anliegen, die für große Gruppen der Bevölkerung zum gegebenen Zeitpunkt von größtem Interesse sind (zum Beispiel Maßnahmen zur Beseitigung der Folgen der Waldbrände) vorrangig aufzugreifen sind. Das entsprechende Informationsmaterial wird so rasch wie möglich an die Medien weitergegeben und im Internet platziert. Wie ich schon bei anderen internationalen Veranstaltungen angemerkt habe, ist ein **rasches Reagieren ungeheuer wichtig für den Aufbau und den Erhalt guter Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft**. Die Steuerzahler können so in den Handlungen einer verantwortungsbewussten staatlichen Stelle (in diesem Falle einer ORKB) eine unmittelbare Reaktion auf ein Problem erkennen, dass sozusagen den „kleinen Mann auf der Straße“ gerade betrifft.

Ich möchte hier noch einmal betonen, **wie wichtig es ist, die Ergebnisse der Arbeit der ORKB der Gesellschaft über verschiedenste Medien und Kanäle näher zu bringen**.

So wurden im Jahr 2010 310 Pressemitteilungen zu den Arbeitsergebnissen der ORKB an die Medien übermittelt und fanden auch ein entsprechend großes Medienecho. Die russischen Medien veröffentlichten ihrerseits allein im vergangenen Jahr 31.000 Artikel und Pressenotizen zur Tätigkeit der ORKB. 13.000 Pressenotizen erschienen in den Veröffentlichungen der Nachrichtenagenturen, 15.000 im Internet. Im Fernsehen wurden zu diesem Thema 700 Beiträge, im Rundfunk mehr als 500 Beiträge ausgestrahlt.

Die ORKB verfügt über ein eigenes, entsprechend ausgestattetes Pressezentrum. Das monatliche Mitteilungsblatt der Obersten Rechnungskontrollbehörde der Russischen Föderation hat sich zu einem der wichtigsten Medien entwickelt, wenn es darum geht, den Informationsstand der Öffentlichkeit hinsichtlich der Tätigkeit der ORKB in unserem Land zu verbessern.

Diesen Februar feierte die offizielle Website der ORKB den zehnten Jahrestag ihres Bestehens. Die Besucherzahlen für 2010 beliefen sich auf 850.000. Vor einem Jahr gewann die Website den für Gesamttrussland ausgeschriebenen Internet-Preis „Website des Jahres“ in der Kategorie „Ministerien und Behörden“.

Seit Mai 2010 sind auch vom TV-Zentrum der ORKB produzierte Videospots auf YouTube verfügbar. Darüber hinaus hat die ORKB eine eigene Seite beim Online-Service Twitter angelegt und im Laufe des Jahres 2010 schon 709 Microblogs dort platziert. **Somit ist derzeit jedermann in der Lage, nicht nur Informationen über die Ergebnisse der Tätigkeit der ORKB von Russland einzuholen, sondern auch seiner eigenen Meinung dazu Ausdruck zu verleihen.**

Im Jahr 2006 verlieh das Organisationskomitee des internationalen Projekts *Transparency Award* der Obersten Rechnungskontrollbehörde der Russischen Föderation den eigens ins Leben gerufenen Preis "Crystal Drop" für ihren Beitrag zur Verbesserung der Transparenz des Finanzsystems des Landes.

Im Jahr 2007 wurde der ORKB von der nichtstaatlichen und nichtkommerziellen Organisation *Finanzpresseklub*, in der über hundert Vertreter führender landesweiter und regionaler Medien vertreten sind, das Platin-Zertifikat „für offene Informationspolitik und untadelige Reputation“ verliehen.

Die hohe Wertschätzung, die den von der ORKB zur Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit getroffenen Maßnahmen entgegengebracht wird, ist das Ergebnis unserer nachhaltigen und langfristigen Zusammenarbeit mit den Medien, deren oberstes Ziel die Bereitstellung objektiver und zeitnaher Informationen an die Bürger unseres Landes darstellt.



21st UN/INTOSAI Symposium
21^e Symposium ONU/INTOSAI
21. VN/INTOSAI Symposium
21^o Simposio NU/INTOSAI
الندوة ٢١ للأمم المتحدة والإنتوساي

13 – 15 July 2011, Vienna, Austria / 13 – 15 juillet 2011, Vienne, Autriche
13. – 15. Juli 2011, Wien, Österreich / 13 al 15 de julio de 2011, Viena, Austria

الموضوع / Topic/Thème/Thema/Tema

- Effective practices of cooperation between SAIs and citizens to enhance public accountability •
- Pratiques efficaces de coopération entre les ISC et les citoyens afin d'améliorer la reddition des comptes publics •
- Wirksame Praktiken der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern zur Förderung der öffentlichen Rechenschaftspflicht •
- Prácticas efectivas de la cooperación entre las EFS y los ciudadanos para aumentar la rendición de cuentas pública •

الممارسات الفعالة للتعاون بين الأجهزة العليا للرقابة المالية والمواطنين لتعزيز المساءلة الحكومية

Kommunikation zwischen ORKB und Bürgern

BASIC PAPER / RAPPORT DE BASE / GRUNDLAGENPAPIER / PONENCIA BASE

prepared by/préparé par/verfasst von/elaborado por

INDIEN

Stärkung der Öffentlichen Rechenschaftspflicht: Die Annäherung der ORKB an das Konzept der Sozialprüfung

Zusammenfassung

ORKB sind staatliche Organe, die dem Parlament und den Bürgern Gewissheit verschaffen sollen, dass die Exekutive die Risiken, die sich aus der staatlichen Finanzgebarung ergeben, in geeigneter Weise bewältigt.

Zwar waren diese Zusicherungen für die Verwaltungen bislang ausreichend, Zweifel bestehen jedoch angesichts einer wahren Flut von Medienberichten über Betrug, Korruption und aufsichtsbehördliches Versagen über deren Angemessenheit. Darüber hinaus ist es den parlamentarischen Kontrollausschüssen und den Rechnungshöfen nicht gelungen, wirksame Abhilfemaßnahmen für die von den ORKB aufgeworfenen Kritikpunkte sicherzustellen. Das Vertrauen der Bürger in die staatliche Finanzgebarung ihrer Regierungen wird zunehmend erschüttert. In zahlreichen Ländern sind in der Zivilgesellschaft ernsthafte Zweifel an der Wirksamkeit bestehender Mechanismen zur Gewährleistung einer gesicherten Finanzierung der staatlichen Daseinsvorsorge bei gleichzeitiger Eindämmung der Korruption laut geworden.

Während Montesquieu das System der Gewaltentrennung in der amerikanischen Demokratie bewunderte, verwies de Tocqueville darauf, dass in modernen Demokratien die Freiheit der Vereinigung eine echte Sicherheit darstelle, nicht nur gegen die Autorität des Staates, sondern auch gegen die Tyrannei der Mehrheit. Ein restriktives System der Rechenschaftspflicht, in welchem staatliche Finanzkontrolle fälschlich als ein institutionelles Vorrecht der ORKB ausgelegt wird, in dem die Berichterstattung seitens der ORKB vornehmlich an die oberste Verwaltungsspitze und die Parlamente gerichtet ist, und in der eine direkte Einbindung der Bürger und sogar der Einrichtungen der Zivilgesellschaft nicht existiert, ist in einer post-modernen Welt mit flachen hierarchischen Strukturen schlichtweg inakzeptabel.

In diesem Zusammenhang gilt es die im Jahr 1996 entstandene Bürgerbewegung für soziale Prüfungen in Indien zu nennen. Diese Bewegung definiert Transparenz nicht nur als Sichtbarkeit dessen, was der Staat öffentlich machen möchte, sondern als einen substantiellen Abgleich der Erfahrungs-/Erinnerungsregister der Bevölkerung mit jenen des Staates. Dieser Bewegung ist es gelungen, dem Parlament im Jahre 2005 das Gesetz zum Recht auf Information (*Right to Information Act*) abzuringen. Heute ist gemeinhin anerkannt, dass der Enthusiasmus, mit dem die einzelnen Bürger diese Rechte geltend machen, einen Umbruch in der Verwaltung eingeleitet hat.

Die Praxis der Sozialprüfungen wurden von den Bürgern (insbesondere den ärmeren Schichten) als ein geeignetes Mittel zur Gewährleistung der Rechenschaftspflicht von Beamten und Politikern gleichermaßen begrüßt, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass sie Vertreter aller Gesellschaftsschichten bzw. die lokale Bevölkerung nachweislich in öffentliche Anhörungen einbeziehen konnte, wenn es darum ging, Beweismaterial für Unregelmäßigkeiten bzw. Korruption zusammenzutragen, gleich ob in High-Tech-Privatisierungsvorhaben oder bei der Erbringung einfacher Sozialleistungen.

Nach Zurücklegung von zwei Dritteln der Wegstrecke bis 2015 zur Erreichung der acht global vereinbarten Millenniums-Entwicklungsziele wähnt sich Indien an einem Scheideweg und kann einige Erfolge aufweisen, ebenso aber auch eine Reihe von Versäumnissen. Durch das Fehlen ernsthafter Mechanismen für die Umsetzung von Sozialprogrammen auf Subdistriktebene ist es für die Regierung umso notwendiger geworden, die Sozialprüfung in den Richtlinien für ein auf Rechten basierendes, nationales Programm zur ruralen Beschäftigung und Armutsbekämpfung als ein *best-practice* Instrument zu verankern. Die Verwaltung zweier indischer Bundesstaaten hat bereits eigene Direktorate für Sozialprüfungen eingerichtet, ein Beispiel das bald Schule machen sollte. Fazit: sogar die indische Regierung erachtet Sozialprüfungen bereits als ein wesentliches Good-Governance-Element.

In diesem Vortrag soll dargestellt werden, wie sich die ORKB Indiens der Thematik Sozialprüfung als Hilfestellung für den einfachen Bürger zu erhöhter Wachsamkeit gegenüber der Erbringung staatlicher Leistungen genähert hat, uzw. im Kontext einer einschlägigen Prüfung, die von einem Konsortium von Organisationen der Zivilgesellschaft durchgeführt wurde. Besonders hervorzuheben ist die wechselseitig unterstützende Wirkung von Sozialprüfung und staatlicher Finanzkontrolle. Argumentiert wird ferner, dass die Methodik der Sozialprüfung von grundlegender Relevanz für die staatenübergreifende Vertiefung der Demokratie ist, hängt sie doch davon, dass die Bürger den Gründen für ihre eigene Unterjochung aktiv nachgehen und dass die Objektivität von ORKB als kollektiven Vertretungsorganen anerkannt wird.

Vortrag von Amitabh Mukhopadhyay,
Director General (Communication & Training),
Office of Comptroller & Auditor General of India



**‘Shared Accountability’
in Service Delivery:**
*concepts, principles and the Australian
experience*

Meredith Edwards
INTOSAI Symposium
Vienna 2011



OUTLINE

- (1) Accountability concepts
- (2) ‘Shared Accountability’ explored
- (3) Modern accountability questions
- (4) Starting principles
- (5) Australian experience
- (5) Conclusions and caveats

(1) Accountability Concepts

3

Types of Accountability

- *Accountability* is about:
 - calling and holding institutions and officials to account in undertaking their functions or duties (Mulgan *Holding Power to Account* 2003)
 - it is a *contested* and *complex* concept
 - *Many types* - democratic, hierarchical, vertical, horizontal, social/diagonal.
 - Focus here is on 'horizontal' types.

4



Horizontal accountability:

- across government agencies
- across governments
- across public/third party boundaries
 - formal contractual or principal/agent
 - collaborative or 'networked'

5



Modern view on accountability

Canadian Auditor General:

'In partnership arrangements between 'equals', how can accountability be shared? (OAG 2003:12).

'Accountability is a relationship based on obligations to demonstrate, review, and take responsibility for performance, both the results achieved in light of agreed expectations and the means used' (OAG 2002:9:5).

6

(2) 'Shared Accountability' explored

7

Canadian perspective

- Above definition allows for multiple partners
- Three types of relationship:
 - accountability among partners
 - accountability between each partner and its own governing body
 - accountability to any joint co-ordinating body
- Responsibility not reduced; just more demanding

8

Australian perspective

- Use of ‘shared’, ‘joint’, ‘collective’ terms
- ‘The greatest challengewould be the transition to an accountability framework that acknowledges the pressures for shared decision-making power and funding authority through the development of collective accountability for joint governance’ (APSC 2009a:48).

9

(3) Modern accountability: questions

10

Some Questions

- *Key* : how to adapt hierarchical model to where there are two or more delivery partners?
- *Other*.
 - Use ‘shared accountability’ language? When?
 - Does this mean an ‘accountability deficit’ ?
 - To whom are third parties accountable – citizens, and/or funder(s)?
 - Should auditors audit third parties?
 - What is the role of the public official?
 - Do citizens/communities have any obligations?

(4) Starting Principles



Principles of 'effective accountability'

- Clear roles and responsibilities
 - Clear performance expectations
 - Balanced expectations and capacities
 - Credible reporting
 - Reasonable review and adjustment including
 - Shared risk management
- (OAG 2002; ANAO 2010)

13



(5) Australian experience

14



Past Lessons

- lack of clarity in objectives, roles and responsibilities
- ineffective relationships
- capacity gaps – both government and in communities
- systemic issues
- lack of funding flexibility
(ANAO 2007:87; Gleeson 2011)

15



Partnership Agreement across governments

- Whole of government framework
- Commitment to outcomes and targets
- Integrated strategy to achieve targets
- Defined responsibilities/accountabilities
- Funding and performance measurement accountability arrangements

16



Service Delivery Principles in Agreement

- Priority principle
- Indigenous Engagement Principle
- Sustainability Principle
- Access Principle
- Integration Principle
- Accountability Principle

17



Partnership on Remote Service Delivery: elements

- High level and long term commitments
- Place based, single government interface
- Local Implementation Plans
- Enhanced engagement and ownership by communities
- Support for capacity development

(www.cris.gov.au)

18



Partnership on Remote Service Delivery (cont.)

Importance of:

- Drawing on previous lessons and overseas experience (e.g. community development)
- Role of Coordinator-General to:
‘ensure that all government agencies are held accountable for their implementation responsibilities’ (www.cris.gov.au)
- Local Implementation Plans as a ‘*key accountability tool*’ to hold governments to account.

19

Auditor challenges

- How to ‘follow the dollar’?
 - ‘glaring gap’ in accountability of money to states by national government
 - increasing use of contractors in service delivery, with concern ‘it has the potential to undermine ministerial responsibility and parliamentary oversight’ (JCPAA 2010:72)
- so no power to audit external entities.

20

(6) Conclusions and Caveats

21

Discussion questions:

- What concepts of accountability are most useful in the current governance environment?
- what are the key issues to be confronted?
- What accountability principles ensure effective citizen voice?
- Is the Australian experience useful with its complex delivery issues?

22

Caveats

- Dealt more with ‘what’ than ‘how
- Examples mainly from Westminster systems
- More emphasis on accountability than citizen engagement concept
- Need for cross sector conversations and learning from lessons.



21st UN/INTOSAI Symposium
21^e Symposium ONU/INTOSAI
21. VN/INTOSAI Symposium
21^o Simposio NU/INTOSAI
الندوة ٢١ للأمم المتحدة والانتوساي

13 – 15 July 2011, Vienna, Austria / 13 – 15 juillet 2011, Vienne, Autriche
13. – 15. Juli 2011, Wien, Österreich / 13 al 15 de julio de 2011, Viena, Austria

الموضوع / Thema / Thème / Topic

- Effective practices of cooperation between SAIs and citizens to enhance public accountability •
 - Pratiques efficaces de coopération entre les ISC et les citoyens afin d'améliorer la reddition des comptes publics •
 - Wirksame Praktiken der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern zur Förderung der öffentlichen Rechenschaftspflicht •
 - Prácticas efectivas de la cooperación entre las EFS y los ciudadanos para aumentar la rendición de cuentas pública •

الممارسات الفعالة للتعاون بين الأجهزة العليا للرقابة المالية والمواطنين لتعزيز المساءلة الحكومية

Theme 1: Communication between SAIs and citizens

Discussion - Papers and case studies

BASIC PAPER / RAPPORT DE BASE / GRUNDLAGENPAPIER / PONENCIA BASE

prepared by/préparé par/verfasst von/elaborado por

BRAZIL



TRIBUNAL DE CONTAS DA UNIÃO

21st UN/INTOSAI SYMPOSIUM 2011

**Effective practices of cooperation
between SAIs and citizens to enhance
public accountability**

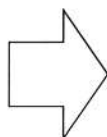
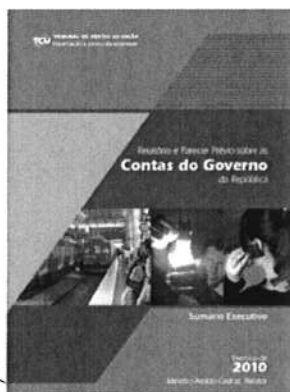
Minister Aroldo Cedraz

Vienna, July 13th, 2011



Government Accounts focused on citizens


Annual Report



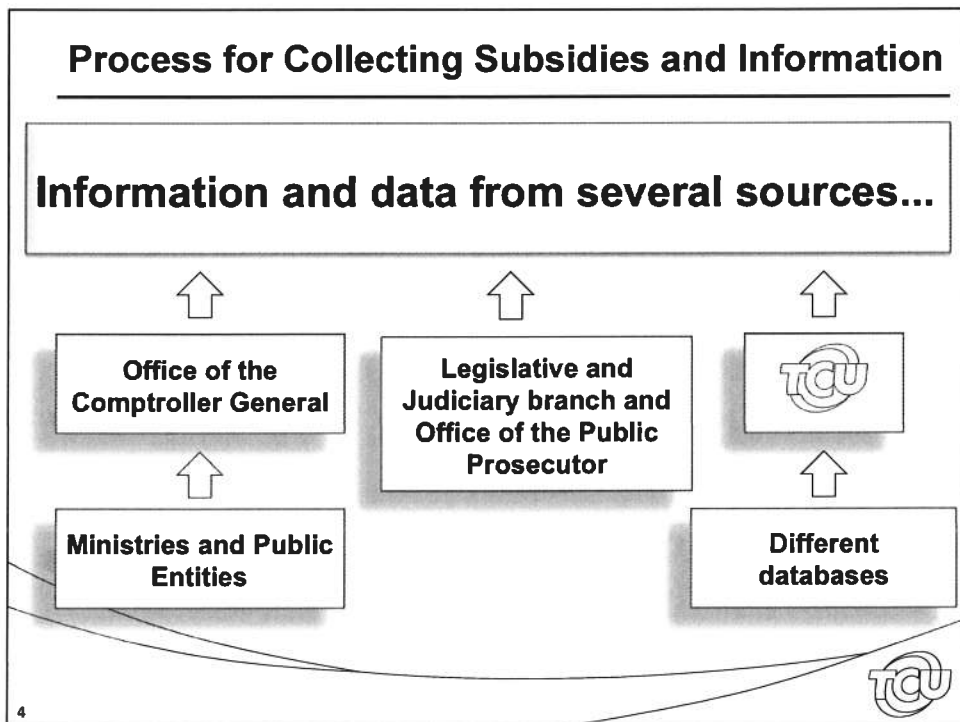
TCU Innovations

Improving the content of the Report

Communicating results effectively



3



Focus on CITIZENS



5



Focus on CITIZENS



6



Approaching the target audience



Seminar **- Performance of Economy -**

- **President of Central Bank of Brazil**
- **Secretary of Economic Policy of the Ministry of Finance**

7



Approaching the target audience



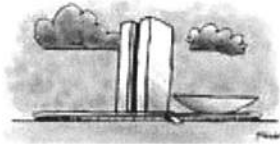
Round table **- civil society -**

- **Academia**
- **Productive Sector**
- **NGOs**
- **Press**

8



Approaching the target audience



National Congress

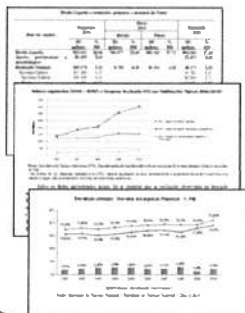
- President of the Federal Senate
- President of the Chamber of Deputies
- Committees of the National Parliament

9



Preliminary Opinion on Government Accounts

Information collected



Report on Government Accounts



Examination by TCU Plenary



10



Dissemination Mechanisms – website



Dissemination Mechanisms – fact sheets

Goals and Priorities

Performance of Economy

Tax Expenditure

Urban Mobility

TCU Metas e prioridades da Diretriz Orçamentária

Até o fim de 2012, o TCU deverá avaliar o cumprimento das metas e prioridades estabelecidas na Diretriz Orçamentária de 2012, bem como o desempenho da administração pública federal direta, autárquica e controlada, e das empresas públicas e sociedades de economia mista, quanto ao cumprimento das metas e prioridades estabelecidas na Diretriz Orçamentária de 2012.

TCU Desempenho da Economia

De acordo com o Relatório de Gestão 2011, o TCU analisou o desempenho da economia brasileira em 2011, considerando o Índice de Desenvolvimento de Produção (IDP) e o Índice de Preços ao Consumidor (IPC). O IDP apresentou crescimento de 2,49% em relação a 2010, enquanto o IPC registrou inflação de 5,84%.

Ano	IDP	IPC
2007	2,49	5,84
2008	2,22	5,84
2009	2,88	5,84
2010	3,97	5,84
2011	2,49	5,84

TCU Renúncia de Recolhas

De acordo com o Relatório de Gestão 2011, o TCU analisou a renúncia de receitas em 2011, considerando o Índice de Renúncia de Receitas (IRR) e o Índice de Recolhas (IR). O IRR apresentou crescimento de 1,8% em relação a 2010, enquanto o IR registrou queda de 1,8%.

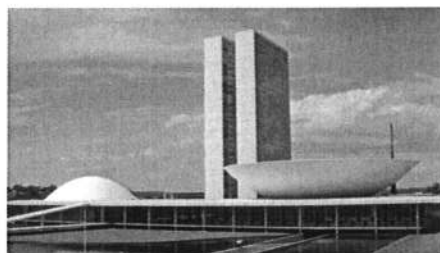
Índice	2010	2011
Índice de Renúncia de Receitas (IRR)	1,8%	1,8%
Índice de Recolhas (IR)	1,8%	1,8%

TCU Mobilidade Urbana

De acordo com o Relatório de Gestão 2011, o TCU analisou a mobilidade urbana em 2011, considerando o Índice de Mobilidade Urbana (IMU) e o Índice de Transporte Público (ITP). O IMU apresentou crescimento de 1,8% em relação a 2010, enquanto o ITP registrou queda de 1,8%.



Presenting Results



13



Impacts of the Report

FOLHA DE S. PAULO

Benefício fiscal não é controlado, aponta TCU

Benefício vai a R\$ 144 bilhões em 2010; Ministério da Fazenda não comenta

Benefícios de Tributos do Curso de Direito apontam que os benefícios fiscais são controlados pelo governo com um custo adicional de cerca de 2% do PIB. No ano passado, o TCU estimou de cerca de R\$ 144 bilhões em benefícios fiscais para lucros, em relação de 2008, quando tinha um valor de R\$ 144 bilhões, apontando com estimativa, sob o controle fiscal.

“
are not controlled,
says TCU”

14



Continuous improvement of the Government Accounts

**Need for
continuous
improvement**



**Independent
evaluation of
TCU work
processes**

15



Peer review of Government Accounts

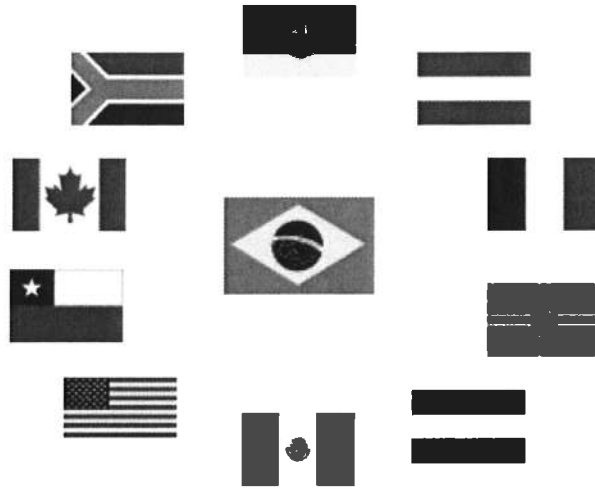
**OECD peer review
Independent
evaluati**



16



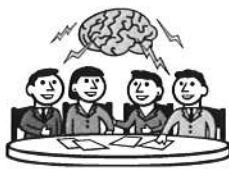
Peer review of Government Accounts



17



Lessons learned



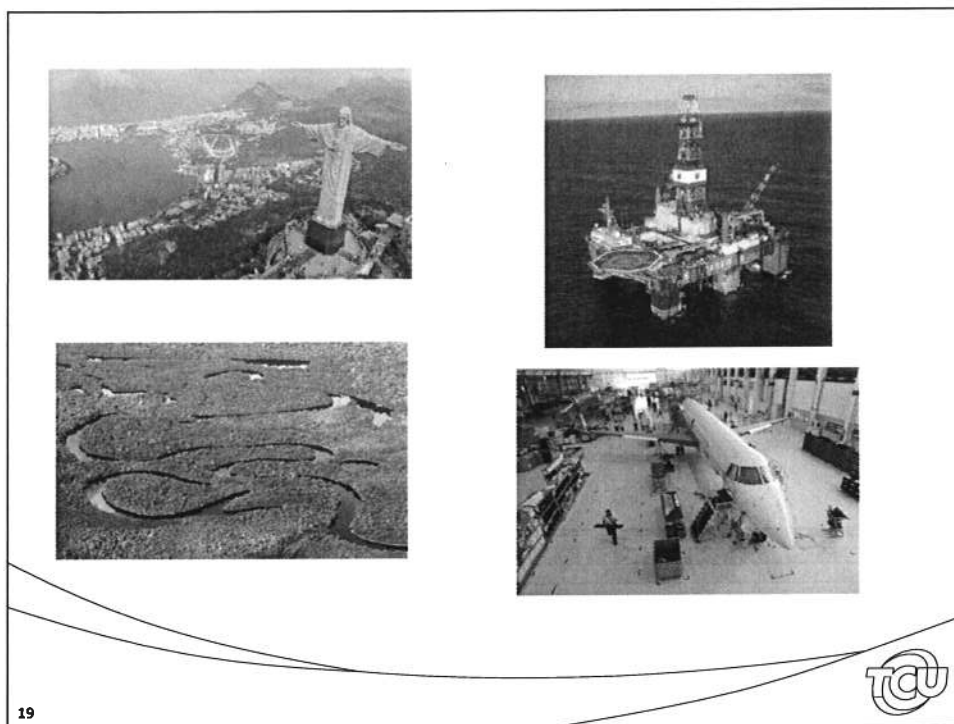
Expand the debate with different segments of society and with Parliament



Selection of relevant topics enables SAs to have a more effective role regarding the elaboration of public policies

18





19



TRIBUNAL DE CONTAS DA UNIÃO

21st UN/INTOSAI SYMPOSIUM 2011

**Effective practices of cooperation
between SAIs and citizens to enhance
public accountability**

Minister Aroldo Cedraz

Vienna, July 13, 2011





21st UN/INTOSAI Symposium
21^o Symposium ONU/INTOSAI
21. VN/INTOSAI Symposium
21^o Simposio Naciones Unidas/INTOSAI
الندوة ٢١ للأمم المتحدة والانتوساي

13 – 15 July 2011, Vienna, Austria / 13 – 15 juillet 2011, Vienne, Autriche
13. – 15. Juli 2011, Wien, Österreich / 13 a 15 de julio de 2011, Viena, Austria

Topic/Thème/Thema/Tema/ الموضوع

- Effective practices of cooperation between SAIs and citizens to enhance public accountability •
 - Pratiques efficaces de coopération entre les ISC et les citoyens afin d'améliorer la reddition des comptes publics •
 - Wirksame Praktiken der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern zur Förderung der öffentlichen Rechenschaftspflicht •
 - Prácticas efectivas de la cooperación entre las EFS y los ciudadanos para aumentar la rendición de cuentas pública •

الممارسات الفعالة للتعاون بين الأجهزة العليا للرقابة المالية والمواطنين لتعزيز المساءلة الحكومية

Thema 1: Kommunikation zwischen ORKB und Bürgern

Diskussion – Länderpapiere und Fallstudien

BASIC PAPER / RAPPORT DE BASE / GRUNDLAGENPAPIER / PONENCIA BASE

prepared by/préparé par/verfasst von/elaborado por

KOLUMBIEN

DIE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DEN BÜRGERN UND DEN ORKB IM KAMPF GEGEN DIE KORRUPTION

1. Allgemeines

Für die Oberste Rechnungskontrollbehörde der Republik Kolumbien, der „*Contraloría General de la República de Colombia*“, bedeutet Korruption die „Gesamtheit jener Handlungen, mit denen sich Amtspersonen unter Verwendung ihrer Anstaltsgewalt unrechtmäßigerweise öffentliche Mittel zu ihren eigenen oder zu Gunsten Dritter aneignen oder missbräuchlich verwenden. Es handelt sich dabei um einen konsensuellen Tauschhandel zwischen zumindest zwei handlungsfähigen Parteien, von denen die eine eine Machtposition innehat, über die sie sich einen bestimmten Nutzen zu verschaffen versucht, und bei dem sich beide der Tatsache bewusst sind, dass sie die Normen oder Werte verletzen, die das Allgemeininteresse eines Systems oder einer Gesellschaft stützen“¹.

2. Der Raum zur Zusammenarbeit auf verfassungsrechtlicher Ebene

Kolumbien verfügt über drei höhere Instanzen, die den Raum zur Zusammenarbeit zwischen den Bürgern und der ORKB Kolumbiens im Kampf gegen die Korruption artikulieren:

- Über eine in der Verfassung als Organisationsform der Republik² definierte partizipative Demokratie, die als Staatsform den wesentlichen Zielen des kolumbianischen Staat entspricht, da sie diesem die Verantwortung für die Aufgabe überträgt, „allen Bürgern die Beteiligung an den sie selbst betreffenden Entscheidungen sowie am wirtschaftlichen, politischen, administrativen und kulturellen Leben der Nation zu ermöglichen“³.
- Über eine verfassungsrechtlich verankerte autonome und unabhängige Oberste Rechnungskontrollbehörde, die in Vertretung der Allgemeinheit die staatliche Finanzkontrolle wahrnimmt.
- Spezifischer noch, über eine ebenfalls verfassungsrechtlich verankerte Beteiligung der Bürger an der Kontrolle der öffentlichen Finanzgebarung, die zudem in jenem Verfassungskapitel angesiedelt ist, das die Prinzipien, die Struktur und die Funktionsweise der Obersten Rechnungskontrollbehörden in Kolumbien formuliert.

¹ Definition von Herrn Dr. Antonio Hernández Gamarra, Mitglied der ORKB Kolumbiens, geäußert am 5. Februar 2004 in der Hochschule für Verwaltung, Finanzen und Technologie in Medellín.

² Politische Verfassung Kolumbiens, Artikel 1: „Kolumbien ist ein sozialer Rechtsstaat, organisiert in Form einer unitarischen Republik, dezentralisiert, mit Autonomie für seine Gebietskörperschaften, demokratisch, partizipativ und pluralistisch, begründet auf der Achtung der Menschenwürde, der Arbeit und der Solidarität der in ihm lebenden Menschen sowie auf der Prävalenz des Allgemeininteresses“ (Unterstreichung hinzugefügt).

³ Politische Verfassung Kolumbiens, Artikel 2.

Dadurch wird eine klare und durchschlagende Botschaft dahin gehend vermittelt, dass diese Beteiligung, per Verfassungsauftrag, vorzugsweise in Bezug auf die staatlichen Finanzkontrolle erfolgen sollte.

Das bisher Gesagte erlaubt als Ausgangspunkt festzuhalten, dass die Zusammenarbeit zwischen den Bürgern und der ORKB zur Kontrolle der öffentlichen Finanzgebarung und der Wirtschaftlichkeit der staatlichen Verwaltung in Bezug auf die Thematik des vorliegenden Vortrages, nämlich den Kampf gegen die Korruption, in Kolumbien normativ auf höchster Ebene verankert ist und zudem ausführlich auch in den Normen niedrigeren Ranges im ganzen Land ausgeführt wird.

3. Die Ebene der tatsächlichen Zusammenarbeit

Im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International belegte Kolumbien im Jahr 2010⁴ den 78. Rang unter den insgesamt 178 untersuchten Ländern und erzielte 3,5 Punkte von 10. Dies ist ein klarer Hinweis darauf, dass es weiterhin dringend einer koordinierten Anstrengung von Bürgern und ORKB im Kampf gegen die Korruption bedarf und noch ein langer Weg zurückzulegen ist, um adäquate Standards von Rechtschaffenheit im Staat und in der kolumbianischen Gesellschaft zu erzielen, besonders auch im Lichte der Verschlechterung der Situation, die in den letzten Jahren stattgefunden hat.

Parallel dazu ist festzuhalten, dass laut der im Jahr 2008 vom kolumbianischen Institut für Statistik *DANE* veranstalteten „Umfrage zur Politischen Kultur“ der Grad der Nutzung der bestehenden Beteiligungsräume und -mechanismen seitens der Bürger gering ist, da 74,19 % der Befragten äußerten, diese niemals in Anspruch zu nehmen. Gleiches gilt für die Beteiligung an sozialen Mobilisierungen, an denen nur 21,94 % der Bürger aktiv mitwirken. Überdies siedeln die Bürger ihre Bereitschaft zur Beteiligung vor allem im Rahmen des Verbandswesens an - hier ist aber ebenfalls eine besorgniserregende Tendenz festzustellen, da sich inzwischen 76,04 % der Kolumbianer bei keiner Organisation mehr engagieren⁵.

Der *Auditor General* der Republik Kolumbiens⁶ rechnete damit, dass die im Jahr 2010 im Rahmen der Korruption bewegten Mittel im Land die Summe von 17 Billionen \$ erreichen würden (das entspricht in etwa 8.500 Millionen US\$), was für ein Land mit einem BIP von 288.189 Millionen US\$ und einem BIP pro Kopf von 6.333 Millionen

⁴ Im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International startete Kolumbien im Jahr 1998 mit einer Punktezahl von 2,2/10. 2006 erhielt das Land 3,9/10 Punkte, im Jahr 2007 3,8/10 (bei insgesamt 183 untersuchten Ländern), im Jahr 2008 erzielte es die gleiche Punktezahl (3,8/10), allerdings bei insgesamt 180 untersuchten Ländern, und belegte dadurch Rang 70.

⁵ In diesem Zusammenhang ist zu unterstreichen, dass die ORKB Kolumbiens in ihrem „Bericht über den Index der Gesellschaftlichen Kontrolle in Kolumbien“, (Bogotá, Juni 2010), festgestellt hat, dass die Wirksamkeit der proaktiven Kontrolle (in Organisationen) 91% ausmacht, gegenüber den 34% der sog. aktiven Kontrolle (ausgeübt von einzelnen Bürger/innen).

⁶ <http://m.eltiempo.com/opinion/lo-que-hariamos-con-17-billones/6872294>

US\$ fast 3% des gesamten Bruttoinlandsproduktes bzw. das Produkt von 1.342.175 Kolumbianern bedeutet.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass Kolumbien trotz seiner zahlreichen und tief greifenden Normen weiterhin strukturelle Defizite im Kampf gegen die Korruption und bei der Verfügbarkeit von „zivilgesellschaftlichem Kapital“ aufweist, und dass die Zusammenarbeit zwischen der ORKB und den Bürgern des Landes zur Anhebung der Transparenz und Rechtschaffenheit im Bereich der öffentlichen Finanzgebarung und gesellschaftlichen Dynamik nach wie vor großen Herausforderungen gegenübersteht.

4. Die institutionellen Möglichkeiten der ORKB Kolumbiens

Die Oberste Rechnungskontrollbehörde Kolumbiens ist so konzipiert, dass wirksame Praktiken in der Zusammenarbeit mit den Bürgern und ihren Organisationen im Kampf gegen die Korruption sowie die Setzung von Maßnahmen in diesem Bereich ermöglicht werden; sie nimmt die staatliche Finanzkontrolle in Vertretung der Gemeinschaft wahr, ihr Hauptkunde ist der Bürger, sie baut die partizipative staatliche Finanzkontrolle weiter aus (über eine Reihe von Strategien, deren Ziel es ist, zu informieren, zu schulen und zu organisieren, zu Anzeigen zu ermuntern, zur Reflexion anzuregen und die Bürger in die Kontrolle der staatlichen Finanzgebarung mit einzubeziehen), sie definiert in ihrem gesamtstrategischen Plan die Beteiligung der Bürger als vorrangiges korporatives Ziel („Förderung der Beteiligung der Bürger bei der staatlichen Finanzkontrolle“ und „Stärkung der Technischen Unterstützung des *Congreso*, des kolumbianischen Parlaments“) und erzielt insgesamt Ergebnisse und Erfolge, die auf nationaler und internationaler Ebene anerkannt sind.

5. Jüngste Erfahrungen der ORKB Kolumbiens

Aufgrund der heftigen *Temporada Invernal* (Regenzeit) im Land, die in einigen Regionen bereits seit April 2010 andauerte, hat die ORKB mittels Organbeschluss Nr. 6275, vom 7. Februar 2011, die Verabschiedung jener Strategie amtlich gemacht, die nunmehr zur besonderen Verfolgung und Überprüfung der staatlichen Finanzgebarung bei der Verwendung der für die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Notsituationen abgestellten Mittel eingesetzt wird.

Der aktuelle Notstand hat bis Mai 2011 452 Todesopfer, 555 Verletzte und 83 Vermisste gefordert und 803.150 Familien bzw. 3.445.533 Menschen direkt betroffen; dem hinzuzufügen sind die schweren Schäden an Infrastrukturen wie Straßen, institutionellen Gebäuden, Schulen, Krankenhäusern, geschützten Bauten, Kommunikationszentren sowie am ländlichen und städtischen Produktionssystem. Für die Soforthilfe wurden auf der Grundlage des Nationalen Entwicklungsplans 4,5 Billionen \$ (2.500 Millionen US\$)

bereitgestellt, für die Sanierung und den Wiederaufbau in den nächsten vier Jahren, also von 2010 – 2014⁷, 24.5 Billionen \$ (13.600 Millionen US\$).

Die einstweiligen Ergebnisse der Strategie, zusammengefasst:

- Der Besuch von 362 Gemeinden in 22 *departamentos* (Provinzen) des Landes.
- 20 Eilberichte.
- Entgegennahme und Weiterleitung von 515 Anzeigen und relevanten Beiträgen von Bürgern.
- Gründung von Bürgeraufsichten in 21 der betroffenen Provinzen (Präsenz in 78 Gemeinden).
- 31 Verwarnungen.
- Einleitung von Voruntersuchungen und Verfahren zur freiwilligen Schadenersatzzahlung seitens mutmaßlicher Verantwortlicher für rechtswidrige Handlungen (*Proceso de responsabilidad fiscal*).

Verweis auf möglicherweise überteuerte Preise beim Kauf von Nahrungs- und Körperpflegemitteln:

Provinz Bolívar (5.897,2 Millionen \$).

Provinz Sucre (2.460,8 Millionen \$).

Provinz Chocó (2.000 Millionen \$).

Provinz Córdoba (2.576,5 Millionen \$).

⁷ 1 US\$ = 1.800 \$



21st UN/INTOSAI Symposium
21^e Symposium ONU/INTOSAI
21. VN/INTOSAI Symposium
21^o Simposio NU/INTOSAI

الندوة ٢١ للأمم المتحدة والانتوساي عام

13 – 15 July 2011, Vienna, Austria / 13 – 15 juillet 2011, Vienne, Autriche
13. – 15. Juli 2011, Wien, Österreich / 13 al 15 de julio de 2011, Viena, Austria

Topic/Thème/Thema/Tema

- Effective practices of cooperation between SAIs and citizens to enhance public accountability •
- Pratiques efficaces de coopération entre les ISC et les citoyens afin d'améliorer la reddition des comptes •
- Wirksame Praktiken der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern zur Förderung der öffentlichen Rechenschaftspflicht •
- Prácticas efectivas de la cooperación entre las EFS y los ciudadanos para aumentar la rendición de cuentas pública •

الممارسات الفعالة للتعاون بين الأجهزة العليا للرقابة المالية والمواطنين لتعزيز المساءلة الحكومية

Thema 1: Kommunikation zwischen ORKB und Bürgern

Diskussion – Fallstudien und Länderpapiere

BASIC PAPER / RAPPORT DE BASE / GRUNDLAGENPAPIER / PONENCIA BASE

prepared by/préparé par/verfasst von/elaborado por

INDONESIEN

Die Oberste Rechnungskontrollbehörde und der Bürger: Die Erfahrungen Indonesiens

Hintergrund:

Der Aufschwung der öffentlichen Finanzkontrolle in Indonesien begann 2003 – 2004 nach der Reformbewegung der Jahre 1998-1999. Die Reform bewirkte radikale und bedeutsame Veränderungen der sozialen und politischen Systeme, welche das staatliche Finanzmanagement, die Rechenschaftspflicht und die Rechnungskontrolle beeinflussten. Seit 1999 hat Indonesien ein demokratischeres System, transparentes und rechenschaftspflichtiges Management und Dezentralisierung eingeführt.

Die Veränderungen bei den Staatsfinanzen und der Rechnungskontrolle wurden durch Novellen der indonesischen Verfassung eingeleitet. Eine Novelle behandelt den Artikel über die Staatsfinanzen, der die Gründung und Funktionsweise des Rechnungshofes der Republik Indonesien mit der Bezeichnung *Badan Pemeriksa Keuangan* (BPK) vorsieht. Früher wurde der BPK nur in einem Vers eines Artikels erwähnt. In der novellierten Verfassung wird der BPK hingegen in drei Artikeln bestehend aus sieben Versen geregelt. Zusätzlich wird der BPK durch das Inkrafttreten von drei Gesetzen über Staatsfinanzen¹ und eines Gesetzes über den BPK² weiter gestärkt.

Die Reformbewegung des Jahres 1999 artikuliert öffentliche Anliegen und die Forderung nach einer sauberen Regierung, d.h. einer korruptionsfreien Regierung, die sich Good Governance auf die Fahnen heftet. Eine der öffentlichen Erwartungshaltungen im Zusammenhang mit dieser Reform stellt auf eine bedeutsame Rolle des BPK ab, der die Umsetzung der Anliegen und Forderungen der Öffentlichkeit gewährleisten soll. Die Verfassung sichert daher die Unabhängigkeit des BPK, stärkt die Beziehungen zwischen BPK und den (öffentlichen) repräsentativen Institutionen (Parlament und Regionalrat) und sieht den öffentlichen Zugang zu den Prüfergebnissen des BPK vor. Um die Veränderungen zu bewältigen und insbesondere das Vertrauen der Öffentlichkeit aufrechtzuerhalten, führte der BPK eine Strategie für Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation durch.

Dieses kurze Dokument soll die Erfahrungen des BPK bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Strategie für Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation vermitteln. Das Dokument beginnt mit einem kurzen Profil Indonesiens und des BPK als allgemeine Beschreibung, was die Rolle des BPK in den Beziehungen zur Öffentlichkeit beeinflussen kann. Danach wird die Strategie des BPK für Öffentlichkeitsarbeit und

¹ Gesetz Nummer 17/2003 über die Staatsfinanzen, Gesetz Nummer 1/2004 über den Fiskus und Gesetz Nummer 15/2004 über die Prüfung des Managements und der Rechenschaftspflicht der Staatsfinanzen

² Gesetz Nummer 15/2006 über den Rechnungshof der Republik Indonesien

Kommunikation erörtert. Im dritten Teil sind die Herausforderungen und Schlussbemerkungen zur Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation zwischen BPK und der Öffentlichkeit dargestellt.

Indonesien und der BPK

Indonesien ist ein Inselstaat in Südostasien und grenzt an Singapur, Malaysia, Philippinen, Papua Neuguinea und Australien. Indonesien besteht aus fünf großen Inseln und Tausenden kleiner Inseln, einschließlich Bali. Die Einwohnerzahl beträgt mit Stand 2010 237 556 363 Menschen.

Indonesien ist ein geeintes Land mit einem demokratischen Präsidialsystem. Die Regierung besteht aus der Zentralregierung und den Regierungen auf Provinz- und Distrikt- bzw. Gemeindeebene. Der Regierungschef und die Mitglieder des Abgeordnetenhauses, des Regionalrates und die regionalen Vertreter der Provinzen, Distrikte und Gemeinden werden direkt gewählt. Derzeit gibt es eine Zentralregierung mit 78 Ministerien/Institutionen, 33 Provinzregierungen und 496 Distrikt- bzw. Gemeinderegierungen.

Der BPK ist eine der acht staatlichen Institutionen Indonesiens. Es sind dies folgende: Präsident, Beratende Volksversammlung, Abgeordnetenhaus, Regionalrat, BPK, Oberster Gerichtshof und Gerichtskommission. Diese staatlichen Institutionen sind gleichberechtigt, eine jede hat ihre jeweilige Aufgabe und Funktion. BPK kommt die Aufgabe und Funktion zu, die Staatsfinanzen, die von allen Regierungsebenen und Institutionen verwaltet und verwendet werden, zu prüfen.

Die neun Vorstandsmitglieder des BPK werden vom Abgeordnetenhaus ausgewählt. Die Zentrale des BPK befindet sich in Jakarta, in allen 33 Provinzen gibt es ein Vertretungsbüro. Über 2000 Stellen müssen jedes Jahr innerhalb eines gewissen Zeitraums vom BPK geprüft werden, die Zahl der Prüfer des BPK ist hingegen beschränkt. Der BPK ist beauftragt, die drei Regierungsebenen zu prüfen. Folgende Stellen werden vom BPK geprüft:

- 1) Zentralregierung, deren Finanzbericht mit Stand vom 31. Dezember 2009 78 Finanzberichte von Ministerien/Institutionen mit einer Gesamtbilanzsumme von 2.122 Billionen Rupiah, Einnahmen von 848 Billionen Rupiah und Ausgaben von 937 Billionen Rupiah konsolidiert;
- 2) 529 lokale Gebietskörperschaften, einschließlich Provinz- und Distriktregierungen;

- 3) 427 Staatsunternehmen, zu denen die Hauptunternehmen und Tochtergesellschaften mit einer Gesamtbilanzsumme von 2 234 Billionen Rupiah mit Stand Ende 2009 zählen;
- 4) 1386 Unternehmen, die im Besitz der Regionen stehen;
- 5) Indonesische Zentralbank;
- 6) Agentur für den Öffentlichen Dienst, staatliche juristische Personen und andere Stellen, die staatliche Finanzierung nutzen.

Was die Zahl der Prüfberichte anbelangt, hat BPK im Jahr 2010 dem Parlament, dem Regionalrat und den geprüften Stellen 1.262 Prüfberichte unterbreitet, die auch öffentlich zugänglich sind.

Der Jahreshaushalt des BPK wird vom Abgeordnetenhaus genehmigt. Der jährliche Rechenschaftsbericht des BPK wird von einer vom Abgeordnetenhaus ernannten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft, die Qualitätssicherung des BPK erfolgt hingegen im Rahmen einer Peer Review, die alle fünf Jahre von einer ORKB, die Mitglied der INTOSAI ist, durchgeführt wird.

Die Strategie des BPK für Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

BPK entwickelt seine Strategie für Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation ausgehend von der indonesischen Gesetzgebung und internationalen Normen. Artikel 7 Absatz (1) von Gesetz Nr. 15/2004 über die Prüfung des Managements und der Rechenschaftspflicht der Staatsfinanzen besagt, dass der BPK bei der Wahrnehmung seiner Pflichten Beiträge öffentlicher Vertreter berücksichtigen sollte. Überdies heißt es in Artikel 19 Absatz (1), dass Prüfberichte, die den repräsentativen Institutionen vorgelegt wurden, öffentlich zugänglich sind.

Im Hinblick auf den internationalen Standard erfüllt der BPK Grundsatz 6 der ISSAI *Grundsätze der Transparenz und Rechenschaftspflicht: Grundsätze und gute Praktiken*, wo es heißt:

Die ORKB beachten bei ihrer Aufgabenerfüllung das Gebot der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit, sowie die Einhaltung geltender Vorschriften und erstatten öffentlich Bericht.

- *Die ORKB verfügen über eine geeignete Ablauforganisation. Dazu gehört eine angemessene interne Kontrolle der Haushaltsführung und Prüfungstätigkeit, was auch*

interne Prüfungen und andere Maßnahmen gemäß INTOSAI GOV Leitlinie 9100 umfassen kann.

- *Der Rechnungsabschluss der ORKB wird veröffentlicht und unterliegt der externen Prüfung durch eine unabhängige Stelle oder einer Überprüfung durch das Parlament.*
- *Tätigkeiten und Aufgabenerfüllung in allen Bereichen, wie z.B. Prüfung der Rechnungsführung, Ordnungsmäßigkeitsprüfung, Rechtsprechung (ORKB mit Gerichtsfunktion), Wirtschaftlichkeitsprüfung, Programmevaluierung und Beurteilung des staatlichen Verwaltungshandelns werden bewertet und sind Gegenstand der Berichterstattung der ORKB.*
- *Die ORKB erhalten und vertiefen die für die Aufgabenerfüllung erforderlichen Fachkenntnisse und Fähigkeiten.*

In Erfüllung des Gesetzes und der Norm hat der BPK seine Strategie für Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation entwickelt, um im strategischen Plan seine Vision und Aufgabe umzusetzen, nämlich eine freie, unabhängige, professionelle und glaubwürdige Institution der öffentlichen Finanzkontrolle zu sein, die auch eine aktive Rolle spielt, um ein rechenschaftspflichtiges und transparentes staatliches Finanzmanagement zu gewährleisten. Die Strategie des BPK zur Verbesserung der Beziehungen zur Öffentlichkeit wird nun im Folgenden beschrieben:

1. Offene Kommunikationskanäle mit der Öffentlichkeit

Da die Öffentlichkeit nun verstärkt ein sauberes, rechenschaftspflichtiges und transparentes staatliches Finanzmanagement einfordert, ist zu diesem Zwecke ein Kommunikationsmedium zwischen der Öffentlichkeit und dem BPK erforderlich. Daher bietet der BPK einen Beschwerde- oder Berichtsmechanismus an, damit die Öffentlichkeit jeden Bericht über ihr bekannte Missstände melden kann. Auf diesem Wege kann die Öffentlichkeit auch Informationen über den BPK und seine Prüfergebnisse anfordern. Die Kommunikation läuft über die Website, E-Mail oder im Rahmen eines direkten Besuches im BPK-Büro. Die Offenlegung der Informationen gegenüber der Öffentlichkeit wird von Gesetz Nr. 14/2008 über die öffentliche Informationsfreiheit gefordert. Dieses Gesetz besagt, dass alle öffentlichen Institutionen jedem Antragsteller Zugriff auf öffentliche Informationen gewähren müssen.

2. Anhebung des allgemeinen Wissenstands durch Aufklärungskampagnen

Das Wissen und die öffentliche Wahrnehmung der Rolle der BPK sind nach wie vor unterschiedlich. Der BPK war früher eine Institution mit eingeschränkter Rolle, nun spielt er jedoch eine tragende Rolle bei der Verbesserung der Staatsfinanzen und der Korruptionsbekämpfung. Die Öffentlichkeit hat die Rolle

und Funktion der BPK noch nicht verstanden. Die meisten Menschen nehmen den BPK als Institution wahr, die Urteile erlassen und die Schuldigen verurteilen kann. Die Funktion des BPK ist hingegen die öffentliche Finanzkontrolle. Er legt den Strafverfolgungsbehörden Prüfergebnisse vor, die Hinweise auf Betrug enthalten, damit diese tätig werden können. Dabei handelt es sich um den Obersten Gerichtshof, die Kommission zur Korruptionsbekämpfung und die Polizeidienststellen.

Der BPK führt seit 2006 ein Programm zur Aufklärung der Öffentlichkeit durch, welches folgende Aktivitäten umfasst:

- a. Aufbau eines Medienzentrums im BPK-Büro, das als Informationszentrum über den BPK dienen soll;
- b. Besuche bei nationalen und lokalen Medien, um ein gutes Verhältnis zu den Medien aufrechtzuerhalten. Das ist wichtig, weil die Medien meinungsbildend wirken und daher eine große Rolle bei der Förderung von Transparenz und Rechenschaftspflicht der Staatsfinanzen spielen;
- c. Die Programme "BPK auf dem Campus" und "BPK in den Schulen", in deren Rahmen der BPK Universitäten und Mittelschulen bzw. Colleges in zahlreichen Regionen Indonesiens besucht. Im Zuge der Besuche führt der BPK einen öffentlichen Dialog mit den Studierenden und Wissenschaftlern. Der Campus ist ein Ort, an dem Wissen generiert wird und daher gut geeignet, um Werte wie Ehrlichkeit, Offenlegung und Gerechtigkeit in der Öffentlichkeit in der frühesten Phase zu fördern. Dieses Programm dient auch dazu, die besten Absolventen für die Arbeit beim BPK zu interessieren.
- d. Talkshows im Fernsehen und Radio über laufende aktuelle Fälle;
- e. Publikationen und Dokumentationen in Printmedien und elektronischen Medien wie Videoprofil, Website, Bücher, Taschenbücher über den BPK, Zeitschrift des BPK-Prüfers;
- f. Regelmäßige Werbung für den Öffentlichen Dienst, entweder in elektronischen oder Printmedien;
- g. Die Veranstaltung "BPK hört zu", bei der unterschiedliche Akteure eingeladen werden, ihre Meinung zu den Leistungen des BPK zu äußern, damit der BPK sich gemäß den Erwartungen der Akteure verbessern kann;

- h. Verschiedene Veranstaltungen wie ein nationales Seminar, Verbreitung des Gesetzes über den BPK, Medien-Workshops, Ausstellungen, Journalismuspreis und wissenschaftliche Aufsatzwettbewerbe über die Erfüllung der Aufgaben des BPK;
- i. Durchführung einer Meinungsumfrage, um die Zufriedenheit mit den Leistungen des BPK zu messen und Beiträge der Akteure einzuholen;

An die Öffentlichkeitskampagne knüpft der BPK folgende Erwartungen:

1. Anhebung des Wissensstandes über Aufgabe und Funktion des BPK;
2. Aufbau guter Beziehungen zwischen dem BPK und den Akteuren;
3. Besseres Verständnis der Öffentlichkeit für die Ergebnisse der öffentlichen Finanzkontrolle durch den BPK;
4. Zufriedenheit in der Öffentlichkeit mit der Umsetzung von Good Governance Grundsätzen durch den BPK;
5. Öffentliche Partizipation zur Unterstützung und Implementierung der Good Governance für eine bessere Zukunft Indonesiens.

Herausforderungen bei der Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

Die Strategien des BPK unterstützen die Leistungen des Rechnungshofs zur Erfüllung seines Mandates. In der Praxis bestehen jedoch Herausforderungen für den BPK, die einer Lösung bedürfen.

Die größte Herausforderung für den BPK hängt mit der Informationsfreiheit zusammen, die infolge der demokratischen Entwicklung in Indonesien entstanden ist. In der demokratischen Ära können die Menschen ihre Meinung frei zum Ausdruck bringen. Es ist daher eine verstärkte Nachfrage nach der Offenlegung öffentlicher Informationen zu verzeichnen. Im Jahr 2008 brachte die Regierung Gesetz Nr. 14/2008 über die öffentliche Informationsfreiheit heraus. Es bildet Teil der Good Governance und kann nicht vermieden werden. Nun ist jede Person gesetzlich berechtigt, Informationen – mit Ausnahme vertraulicher Informationen – zu erhalten, die im Falle der Offenlegung das Land gefährden oder schädigen könnten. In der Praxis bringt die Offenlegung einige negative Auswirkungen mit sich. Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Gemeinschaften fragen Informationen über das Management öffentlicher Stellen an, die von verantwortungslosen Parteien missbräuchlich verwendet werden können.

Für den BPK bietet die Offenlegung eine gute Gelegenheit, um Rechenschaftspflicht und Transparenz durchzusetzen. Der BPK reagierte auf die Situation, indem er sich öffnete und der Öffentlichkeit maximalen Zugang zu den dem Parlament vorgelegten Prüfergebnissen gewährte. Die Öffentlichkeit konnte über die Website und Publikationen des BPK in elektronischen und Printmedien darauf zugreifen. Dann traten allerdings in verschiedenen Bereichen Fälle auf, wo Informationen aus dem BPK-Bericht für erpresserische und betrügerische Zwecke verwendet wurden. Das veranlasste den BPK, den eigenen Kurs zu ändern und von der freien zur vorsichtigen Veröffentlichung der Ergebnisse überzugehen. Der BPK legte Verfahren fest, wie die Öffentlichkeit die Prüfergebnisse des BPK anfragen konnte, und schränkte die unnötige Verbreitung der Ergebnisse ein. Um die Prüfergebnisse des BPK zu erhalten, müssen die Menschen nun einen Brief schreiben, in dem sie ihre Identität und den beabsichtigten Verwendungszweck des Berichtes angeben. Das ist notwendig, weil die Gesellschaft nicht reif genug ist, den Informationen der Prüfergebnisse ausgesetzt zu werden.

In Zukunft hofft der BPK, dass die Informationsfreiheit voll und ganz umgesetzt werden kann, um die erforderliche Transparenz zur Unterstützung der Entwicklung der Demokratie in Indonesien zu gewährleisten.

Schlussbemerkungen

Der BPK ist bei der Entwicklung der Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert. Er wird sich jedoch bemühen, seine Strategie für Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation so zu gestalten, dass er seine Aufgabe professionell erfüllen kann, um die Zweckmäßigkeit und Qualität der Ergebnisse des BPK zu fördern und damit Transparenz und Rechenschaftspflicht in Indonesien durchzusetzen.

Ausgehend von den Erfahrungen Indonesiens kann gesagt werden, dass die Beziehungen und die Kommunikation zwischen ORKB und der Öffentlichkeit von Mandat und Funktion beeinflusst werden können. Das politische und gesellschaftliche System eines Landes oder Staates kann Mandat und Funktion der ORKB maßgeblich beeinflussen. Daher können die Beziehungen der ORKB stark vom politischen und gesellschaftlichen System abhängig sein.

Für ORKB mit umfangreichen Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit gilt daher, dass sie ordentliche Strategien für die Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation ausarbeiten müssen. Die Kernaktivitäten der ORKB sind Dienstleistungen, die der Öffentlichkeit Gewissheit geben. Daher müssen die ORKB das Vertrauen der Allgemeinheit aufrechterhalten, indem sie Ergebnisse von hoher Qualität produzieren und wirksame Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit betreiben.



21st UN/INTOSAI Symposium
21^e Symposium ONU/INTOSAI
21. VN/INTOSAI Symposium
21^o Simposio NU/INTOSAI
الندوة ٢١ للأمم المتحدة والإنتوساي

13 – 15 July 2011, Vienna, Austria / 13 – 15 juillet 2011, Vienne, Autriche
13. – 15. Juli 2011, Wien, Österreich / 13 al 15 de julio de 2011, Viena, Austria

Topic/Thème/Thema/Tema/الموضوع

- Effective practices of cooperation between SAIs and citizens to enhance public accountability •
- Pratiques efficaces de coopération entre les ISC et les citoyens afin d'améliorer la reddition des comptes publics •
- Wirksame Praktiken der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern zur Förderung der öffentlichen Rechenschaftspflicht •
- Prácticas efectivas de la cooperación entre las EFS y los ciudadanos para aumentar la rendición de cuentas pública •

الممارسات الفعالة للتعاون بين الأجهزة العليا للرقابة المالية والمواطنين لتعزيز المساءلة الحكومية

Thema 1: Kommunikation zwischen ORKB und den Bürgern

Diskussion – Länderpapiere und Fallstudien

BASIC PAPER / RAPPORT DE BASE / GRUNDLAGENPAPIER / PONENCIA BASE

prepared by/préparé par/verfasst von/elaborado por

NIEDERLANDE

Positionspapier der niederländischen ORKB

Die niederländische ORKB versteht sich als wichtiges Kontrollorgan von Good Governance im Interesse der Bürger als Endverbraucher staatlichen Handelns.

Sie ist jedoch nicht als Einzige zu dieser Aufgabe berufen. Sowohl die Bürger als auch Einrichtungen der Zivilgesellschaft (NGOs) verfügen vielfach über unmittelbare Erfahrungen über die Problemstellungen, die sich in der öffentlichen Verwaltung ergeben und agieren als kritischer Beobachter. Durch diese besondere Position werden die Bürger nicht nur zu Interessensbeteiligten, sondern auch zu Trägern von wertvollen Kenntnissen und Informationen darüber, wie die Verwaltung funktioniert und was sie leistet.

Für die niederländische ORKB sind die Kommunikation mit den Bürgern und Bürgerbeteiligung zentrale Elemente für die Qualität ihrer Prüfungen und die Machbarkeit und Akzeptanz ihrer Empfehlungen. Auch die sozialen Medien spielen eine zunehmend wichtige Rolle in der Kommunikation mit den Bürgern und deren Einbeziehung in öffentliche Angelegenheiten.

Beispiele wie die niederländische ORKB mit den Bürgern kommuniziert:

- 1. Crowd Sourcing und LinkedIn**
- 2. Andere Beispiele von Crowd Sourcing**
- 3. Reality Checks**
- 4. Twitter**

1. Crowd Sourcing und LinkedIn

Durch Crowd Sourcing gewinnt die ORKB Informationen und Erkenntnisse seitens der Bürger im Internet, zB durch Foren wie LinkedIn. Im Jahr 2011 initiierte die ORKB eine öffentliche Debatte auf LinkedIn betreffend Einsparungen und andere Vorteile, die sich aus der eingeschränkten Verwendung von geschlossenen Standards und der Einführung einer Open-Source Software ergeben. Innerhalb weniger Tage war die Gruppe auf ca. 400 Mitglieder angewachsen. 20% waren persönlich eingeladen worden, die restlichen 80% waren spontan beigetreten.

2. Andere Beispiele für Crowd Sourcing

Im Jahr 2011 initiierte die ORKB das 'Action Plan Teacher' Internetforum und das Projekt 'Leidenschaft für die Rechenschaftspflicht entwickeln' .

3. Reality Checks

Die ORKB verwendet Reality Checks um festzustellen, wie die Zentralverwaltung an gesellschaftliche Probleme herangeht, ob die gesetzten Maßnahmen zu praktischen Lösungen geführt haben, und wie die Minister ihrer Rechenschaftspflicht gerecht werden. Reality Checks liefern keine Gesamtschau, sie vermitteln jedoch einen Eindruck darüber, ob eine von der Verwaltung getroffene Maßnahme erfolgreich ist. Bei einem derartigen Reality Check wurden beispielsweise Energiesparförderungen für Privathaushalte näher beleuchtet.

4. Twitter

Im Jahr 2011 begann die ORKB mit Twitter als Kommunikationskanal zu experimentieren. Twitter wird heute dazu genutzt um neue ORKB-Berichte anzukündigen und interessierte Twitter-Nutzer auf unser Webangebot aufmerksam zu machen. Twitter wird ferner eingesetzt, unsere interessierten Nutzer über parlamentarische Debatten unserer Berichte in Kenntnis zu setzen. Gelegentlich beantwortet die ORKB auch Tweets-Nachrichten seitens Dritter betreffend unsere Berichte. Die ORKB hat derzeit lediglich 247 Twitter-Followers. Im kommenden Sommer soll der versuchsweise Einsatz von Twitter als Mittel der Kommunikation mit den Bürgern einer Evaluierung unterzogen werden.

Dilemma und Diskussionspunkte:

1. Ist Crowd Sourcing ein verlässliches Prüfinstrument für ORKB?
2. Sollen ORKB für von den Bürgern erhaltene Informationen bezahlen?



21st UN/INTOSAI Symposium
21^e Symposium ONU/INTOSAI
21. VN/INTOSAI Symposium
21^o Simposio NU/INTOSAI
الندوة ٢١ للأمم المتحدة والإنتوساي

13 – 15 July 2011, Vienna, Austria / 13 – 15 juillet 2011, Vienne, Autriche
13. – 15. Juli 2011, Wien, Österreich / 13 al 15 de julio de 2011, Viena, Austria

Topic/Thème/Thema/Tema/الموضوع

- Effective practices of cooperation between SAIs and citizens to enhance public accountability •
 - Pratiques efficaces de coopération entre les ISC et les citoyens afin d'améliorer la reddition des comptes publics •
 - Wirksame Praktiken der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern zur Förderung der öffentlichen Rechenschaftspflicht •
 - Prácticas efectivas de la cooperación entre las EFS y los ciudadanos para aumentar la rendición de cuentas pública •

الممارسات الفعالة للتعاون بين الأجهزة العليا للرقابة المالية والمواطنين لتعزيز المساءلة الحكومية

Wege und grundlegende Voraussetzungen, um die Bürger in den Prüfungsprozess der ORKB einzubinden

BASIC PAPER / RAPPORT DE BASE / GRUNDLAGENPAPIER / PONENCIA BASE

prepared by/préparé par/verfasst von/elaborado por

CHINA

1. Die Einbeziehung der Bürger in den Prüfungsprozess ist ein wichtiges Instrumentarium in der Wahrnehmung der Prüfungsfunktion zur Förderung staatlicher Governance

Die Kontrolle der Verwaltung und des Einsatzes öffentlicher Mittel und staatlichen Eigentums, welche die Zurverfügungstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen sicherstellen sollen, ist eine der Kernaufgaben der ORKB. Als Konsumenten dieser öffentlichen Güter haben die Bürger ebenfalls ein Interesse an der Verwendung von öffentlichen Mitteln und Vermögenswerten. Die Einbeziehung in den Prüfungsprozess sollte den Bürgern ein besseres Verständnis für die Ordnungs- und Rechtmäßigkeit sowie Wirtschaftlichkeit des Einsatzes öffentlicher Mittel und Vermögenswerte sowie für die damit verbundenen wirtschaftlichen Zusammenhänge ermöglichen, die Rechenschaftspflicht der Verwaltung und den Schutz der Bürgerinteressen sicherstellen. Darüberhinaus könnte die ORKB durch ihre Kontrollfunktion dahingehend, ob die Verwaltung alle einschlägigen Verpflichtungen erfüllt hat, eine wichtige Aufgabe bei der Förderung staatlicher Governance spielen. Diese Rolle ist vornehmlich durch die Erfüllung des gesetzlich festgeschriebenen Prüfungsmandats vorgegeben, usw.:

- Kontrolle der Aufgabenerfüllung der Verwaltung zur Feststellung der Verantwortlichkeiten;
- Prüfung der Ordnungsmäßigkeit wirtschaftlichen Handelns zur Bestimmung des Rahmens des wirtschaftlichen Handelns der Verwaltung;
- Kontrolle der Rechtmäßigkeit wirtschaftlichen Handelns um sicherzustellen, dass das Verwaltungshandeln auf gesetzlicher Grundlage bzw. in Einklang mit Kundenbedürfnissen erfolgt;
- Beurteilung der Wirksamkeit wirtschaftlichen Handelns zur Förderung des wirksamen Einsatzes von Mitteln und zur Verbesserung öffentlicher Leistungen.

In China besteht massives Interesse an der Durchführung und an den Ergebnissen der Prüfung der Rechenschaftspflicht der staatlichen Führungsverantwortlichen. Dabei handelt es sich um eine in China durchgeführte Sonderprüfung der Rechenschaftspflicht (direkt oder indirekt) gewählter Führungsorgane. Durch ihre Einbindung in den Prüfungsprozess erfahren die Bürger mehr darüber, wie die staatlichen Verwaltungsorgane ihrer Rechenschaftspflicht nachkommen sind und ob sie ihre Aufgaben in Entsprechung des Volkswillens erfüllt haben. Die Einbeziehung der Bürger soll letztendlich die Wirksamkeit staatlichen Verwaltungshandelns stärken. Dies würde sowohl zu größerer Prüfungswirksamkeit als auch zu einer maßgeblichen Stärkung der Governance führen.

2. Möglichkeiten der Einbindung der Bürger in den Prüfungsprozess

Die Bürger können auf verschiedenste Art und Weise in die einzelnen Stufen des Prüfungsprozesses eingebunden werden. Dadurch wiederum kann die Zivilgesellschaft ihrer Aufgabe besser gerecht werden, die Verwaltungstätigkeit zu kontrollieren und die Wirksamkeit der Prüftätigkeit zu erhöhen. Die Teilhabe der Bürger am Prüfungsprozess lässt sich wie folgt darstellen:

2.1 Im Zuge der Festlegung des Prüfungsprogramms durch die ORKB könnten die Bürger mit einem Vorschlagsrecht ausgestattet sein und Anliegen an die ORKB herantragen. Die ORKB sollte die Anliegen und Erfordernisse der Bürger berücksichtigen und derartige Prüfungsgegenstände auswählen, die sich als ernsthafte Anliegen der Bürger erwiesen haben und deshalb von großem Wert sind. Die ORKB der VRC hat diese Forderung bereits aufgegriffen. Wesentliche Maßnahmen, die gesetzt werden könnten:

- Veröffentlichung des jährlichen Prüfungsplans
- Befragung der Bürger über die Prüfungstätigkeit durch die offizielle Website der Prüfbehörde
- Einsatz unabhängiger Prüfer (ein eigener Teilzeitprüfer aus einem anderen Arbeitsbereich, der an der Prüfung auf Ersuchen aufgrund einer Sondervereinbarung mit der ORKB teilnimmt), sowie Befragung der Bürger durch Kommunikation mit dem unabhängigen Prüfer, deren Ergebnisse bei der Festlegung des jährlichen Prüfungsplan berücksichtigt wird.
- Umfrage unter den Bürgern betreffend deren Anliegen und Wünsche hinsichtlich der Prüfungsarbeit vor Festlegung des Prüfungsprogrammes
- Einholung von Meinungen und Vorschlägen seitens der Mitglieder des Volkskongresses und der Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes und Erarbeitung entsprechender Folgemaßnahmen

2.2 Nach Studium eingegangener Beschwerden und Unterredungen mit Informanten kann die ORKB im Zuge der Prüfungsdurchführung Hinweise auf mögliche Betrugsfälle aufgreifen und Bereiche mit hohem Risiko für ihre Untersuchungen auswählen. Damit wird die Prüftätigkeit bürgernäher und wirksamer und erhöht die Chance, Betrugsfälle und Mißstände aufzudecken. Die ORKB könnte dabei folgende Maßnahmen ergreifen:

- Anbringung eines Beschwerdebriefkastens bei der geprüften Stelle
- Einrichtung einer elektronischen Mailbox für Beschwerden
- Einrichtung einer telefonischen Beschwerdeline
- Unterredung mit Informanten
- Information der Bürger über die Medien über aktuelle Prüfungen
- Mediale Berichterstattung über Prüfgegenstände und deren Bezug zu den Bürgern

2.3 Im Stadium der Erstellung des Prüfberichtes sollte die ORKB die Prüfungsergebnisse veröffentlichen, um der Kontrollfunktion der Bürger volle Geltung zu verschaffen, die geprüfte Stelle und die einzelnen Verantwortlichen anhalten, Prüfungsfeststellungen und Empfehlungen umzusetzen, und weitere Untersuchungen betreffend die Verantwortlichkeiten durchführen. Dabei könnte die ORKB folgende Maßnahmen setzen:

- Veröffentlichung der Prüfungsergebnisse
- Gewährung von Interviews in den Medien zur Beantwortung von Bürgeranliegen
- Benutzerfreundliche Aufbereitung der Prüfberichte für die Medien im Interesse der Bürger
- Reaktion auf von den Bürgern und den Medien geäußerte Zweifel
- Kommunikation mit den unabhängigen Prüfern über ihre Tätigkeit
- Auseinandersetzung mit den von den Mitgliedern des Volkskongresses und der Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes geäußerten Meinungen und Vorschlägen

3. Vorbedingungen und praktische Erfordernisse für die Einbeziehung der Bürger in den Prüfungsprozess

- Gesetzliche Verankerung von einschlägigen Bestimmungen über die Einbeziehung der Bürger in den Prüfungsprozess
- Verankerung einschlägiger Bestimmungen über die Einbeziehung der Bürger in den Prüfungsprozess in den Prüfungsstandards und sonstigen Fachstandards
- Herausgabe praktischer Leitlinien seitens der ORKB über die Behandlung der von Bürgern geäußerten Meinungen und Vorschlägen
- Einrichtung verschiedener, jedoch permanenter Kanäle für eine wirksame Kommunikation mit den Bürgern
- Verbreitung von Wissen zum Thema Finanzkontrolle zur Sicherstellung eines entsprechenden Verständnisses
- Vertiefung des Bewusstseins von Prüfern über die Notwendigkeit, die Bürger in den Prüfungsprozess einzubinden
- Verbesserte Kompetenzen der Prüfer im Umgang mit den Bürgern

PONENCIA DEL SEÑOR SUB CONTRALOR GENERAL DE LA REPÚBLICA SOBRE LA PARTICIPACIÓN CIUDADANA EN LA CGR ANTE LA CONFERENCIA DE LA ICGFM

Miami – EE.UU., mayo de 2010

Unas de las prácticas ciudadanas, que innova el escenario de la democracia en el Paraguay como en otros países de América Latina, es la posibilidad efectiva de la integración de ciudadanos y ciudadanas a las actividades del control externo sobre el patrimonio público.

En el Paraguay, este proceso se ha venido implementando con el soporte institucional de la Contraloría General de la República a partir de grupos de veedores surgidos desde organizaciones de la sociedad civil.

Además de la Constitución Nacional, el marco jurídico que sustenta la participación ciudadana en el Paraguay, se integra con instrumentos internacionales suscriptos y ratificados con las leyes dictadas por el Congreso y demás normas de menor jerarquía tales como los decretos, resoluciones, entre otras normativas.

En el ámbito de los Tratados Internacionales, el Paraguay ha suscripto y ratificado la Declaración Universal de Derechos Humanos, la Convención Interamericana contra la Corrupción y la Convención de la Naciones Unidas contra la Corrupción, respectivamente.

Siguiendo con esta línea de pensamientos y en el marco las atribuciones legales y constitucionales que les son conferidas a la CGR, consagradas en nuestra Constitución Nacional, Art. 281 que taxativamente dispone: *“La Contraloría General de la República es el órgano de control de las actividades económicas y financieras del Estado, de los departamentos y de las municipalidades, en la forma determinada por esta Constitución y por la ley. Gozará de autonomía funcional y administrativa...”*

En tal sentido, en el ejercicio de sus deberes y atribuciones, promueve el fortalecimiento de la Cultura de Control en la sociedad paraguaya, consolidando relaciones con la sociedad civil.

En base en la Constitución Nacional y las leyes, la CGR del Paraguay, ha implementado una nueva concepción del control ciudadano a lo público en el cual el ciudadano es actor y partícipe directo en la vigilancia de los procesos de la administración pública.

Es así, que la CGR del Paraguay, en el ejercicio de sus facultades constitucionales y legales ha emitido una serie de resoluciones que garantizan la participación ciudadana en los sistemas de control de las finanzas públicas y en los resultados de gestión y de las instituciones bajo su control.

El control ciudadano tiene directa relación con la cultura política, en cuanto repercute directamente en el debate del poder, la vigilancia es básicamente una forma de participación ciudadana, más que social.

El componente social nos define en la lógica del individuo, que interrelacionado se constituye en sociedad, siendo producto de ella, en cambio lo ciudadano nos involucra como sujetos ejerciendo derechos y deberes.

El control es ciudadano más que social, debido a que incorpora a sujetos como ciudadanos.

Del mismo modo, pero yendo un poco más en la profundidad de nuestras incipientes democracias hacia la “inclusión”, en una concepción de ciudadanía democrática o participativa, estos mecanismos facilitan la incorporación de las minorías excluidas de la esfera pública, donde hombres y mujeres reactivan la esfera pública, participan y deliberan en ella en asuntos que los afectan, acercando el ejercicio del poder a sus intereses.

Esta es una nueva versión de la ciudadanía activa, desde abajo, no como receptores de derechos, beneficios o servicios, sino ejerciéndolos desde la conciencia de sujetos portadores de derechos y deberes.

Así, el Control Ciudadano en la Contraloría General de Paraguay, es un espacio abierto de atención ciudadana, así como de promoción y desarrollo de estrategias de participación ciudadana en el control gubernamental externo, desarrollado institucionalmente por la Contraloría General de la República, conforme a sus atribuciones y funciones constitucionales.

El control ciudadano en la Contraloría General de la República del Paraguay, tiene las siguientes perspectivas

- Fortalecer el vínculo Estado-ciudadano a través de la eficacia del sistema de recepción y tratamiento de las denuncias ciudadanas
- Promover y formalizar las veedurías ciudadanas y mecanismo de control participativo.
- Fomentar mediante políticas y acciones el acceso a la información pública de la CGR
- Promover la formación de ciudadanos y ciudadanas en el control y la vigilancia gubernamental.

En el año 2008 con la inauguración de la moderna sede de Centro de Control Ciudadano) gracias a la cooperación del Programa Umbral Paraguay, y a través de su Departamento de Control Ciudadano, se han desarrollado proyectos de trabajo conjunto con organizaciones

de la sociedad civil para la difusión de los procesos de participación ciudadana en actividades de control.

Ahora, pasaremos revista por algunas de las posibilidades habilitadas por la Contraloría General de la República para la práctica de la participación ciudadana en el Paraguay.

HERRAMIENTAS DEL CONTROL CIUDADANO

LAS DENUNCIAS CIUDADANAS

La Contraloría General de la República del Paraguay, ha dictado la Resolución CGR N° 1036 de fecha 02 de octubre de 2008, por medio de la cual, el ciudadano puede contribuir en el logro de estos propósitos, denunciando en forma responsable y objetiva hechos que considere que van en contra del buen uso de los recursos públicos.

Para presentar una denuncia ante la CGR, el ciudadano debe tener en cuenta que esta entidad tiene bajo su responsabilidad el control fiscal de los bienes y fondos del orden nacional.

La denuncia es el mecanismo mediante el cual cualquier persona notifica o da aviso en forma verbal o escrita a la Contraloría General de la República de hechos o conductas con los que se puede estar configurando un manejo irregular o detrimento de los fondos o bienes públicos de la Nación, bien sea por parte de un servidor o de un particular que administre dichos fondos.

Si el ciudadano lo prefiere, puede presentar la denuncia de forma anónima. Sin embargo, en estos casos para que la denuncia tenga el trámite correspondiente es necesario que, además de lo que debe contener una denuncia, cumpla las siguientes condiciones:

- Que tenga fundamento.
- Que sea objetiva y que amerite credibilidad.
- Que se encuentre sustentada por cualquier medio probatorio o datos con la mayor precisión posible que permitan iniciar la acción de oficio.

EJEMPLO CONCRETO

Un grupo de ciudadanos denuncia a través de la oficina de Control Ciudadano de la CGR, la existencia de supuestas irregularidades en un proceso de licitación y compra de equipos transformadores de energía eléctrica llevado a cabo por la entidad estatal de administración del sistema eléctrico.

La denuncia posteriormente a ser estudiada en su fundamentación y el cumplimiento de los requisitos formales, fue derivada a una dependencia de la institución especializada en procesos licitatorios.

Habiéndose constatado efectivamente irregularidades en dicho proceso, la Contraloría General ha evitado la prosecución de la licitación y ha exigido rendición de cuentas a la empresa eléctrica del Estado.

El monto de la licitación era de aproximadamente:

VEEDURÍAS CIUDADANAS

La Veeduría Ciudadana es el mecanismo de participación de organizaciones de la sociedad civil para ejercer vigilancia sobre la gestión pública. Su ámbito de participación se extiende a los trabajos de auditoría desarrollados por la CGR, a los cuales pudiera tener acceso conforme a las leyes que rigen la materia.

Con fundamento en el mandato constitucional contenido en la Resolución CGR N° 384 de fecha 23 de abril de 2008, mediante la cual se reglamentan las veedurías ciudadanas, la Contraloría General de la República promueve con asesoría y capacitación la conformación de veedurías ciudadana o su fortalecimiento para articularlos al control gubernamental.

Para asesorar la conformación de estas organizaciones se cuenta con un procedimiento que va desde la definición del objeto del control ciudadano, requisitos, perfil del veedor, deberes y obligaciones de los veedores, para el logro de un control ciudadano efectivo.

Sus principales objetivos son:

Fortalecer los mecanismos de control y seguimiento ciudadano ante casos de presunta corrupción en el manejo – administración del patrimonio del Estado.

Fortalecer los procesos de participación ciudadana y comunitaria en la denuncia de hechos de corrupción pública.

Apoyar a la Contraloría General de la República en su labor de denunciar casos de hechos punibles contra el patrimonio del Estado, así como al Ministerio Público en sus esfuerzos de investigación de tales casos, hasta que los procesos judiciales lleguen a término.

EJEMPLO CONCRETO

Ante la supuesta construcción de pozos de provisión de agua en una localidad lejana de la capital del país, organizaciones comunitarias solicitaron formar parte de un proceso de auditoría a la construcción de las mismas.

Cinco de los integrantes de la comunidad fueron capacitados en procesos de veedurías ciudadanas y gracias a ello, pudieron interactuar con funcionarios de la Contraloría que desarrollaron un examen especial sobre la construcción de las mismas.

Luego de la investigación y auditoría, se pudo confirmar que existían irregularidades que ponían en riesgo la salubridad de la comunidad.

Actualmente, este caso fue remitido a la Fiscalía para el seguimiento del caso ya en el ámbito de la justicia.

EL ACCESO A LA INFORMACIÓN CIUDADANA DE LA CGR

Estar informado es un deber y un derecho del ciudadano consagrado en nuestra Constitución Nacional.

Ello le permite acceder al conocimiento de su entorno y también a la información pública para tener conciencia y opinión frente al manejo de lo público y de esta manera, fundamentar cualquier acción comprometida.

Por tal razón, la Contraloría General de la República pone a disposición de los ciudadanos, por distintos medios, información sobre las estrategias del sistema del control participativo, las entidades que vigila y los planes, programas y proyectos de utilidad para el ejercicio del control ciudadano.

El ciudadano puede obtener información, consultar diferentes documentos y pedir orientación sobre sus inquietudes a través de:

- Centro de Control Ciudadano
- Línea de atención al ciudadano
- El correo electrónico: controlciudadano@contraloria.gov.py
- Pag. Web: www.contraloria.gov.py/controlciudadano

EJEMPLO CONCRETO

Un grupo de ciudadanos y ciudadanas han recurrido a una Municipalidad del interior del país para conocer el balance y la memoria de la gestión puesto que contaban con sospechas de desvíos de fondos en inversiones de carácter social.

Dichos documentos públicos fueron negados por las autoridades municipalidades, por lo que recurrieron a la oficina de Control Ciudadano de la CGR.

A través de pedidos de informes de la Contraloría General, los ciudadanos y ciudadanas pudieron acceder a dicha información pública.

AUDIENCIAS PÚBLICAS

La Contraloría General de la República por medio de la Resolución CGR Nº 685 de fecha 15 de junio de 2009 y con el lema **“LA GENTE PREGUNTA, LA CONTRALORIA RESPONDE”** promueve espacios de deliberación pública por medio de las audiencias públicas, con el fin de rendir cuentas a la ciudadanía de su gestión institucional de modo a garantizar una gestión eficiente, íntegra y transparente de nuestra EFS.

Las audiencias públicas permiten a personas naturales y jurídicas, públicas y privadas informarse e intercambiar criterios, hacer observaciones y propuestas, así como

denunciar presuntas irregularidades sobre planes, proyectos, programas y recursos que son de interés de la colectividad.

EJEMPLO CONCRETO

El 21 de agosto de 2009, la Contraloría General ha desarrollado en el interior del territorio nacional una Audiencia Pública de Rendición de Cuentas a la Ciudadanía, donde más de un centenar de ciudadanos y decenas de organizaciones han podido presentar inquietudes, ideas y reclamos sobre la gestión de la CGR.

SENSIBILIZACIÓN Y CAPACITACIÓN A CIUDADANOS

La sensibilización está encaminada a facilitar espacios de motivación y reflexión para promover la apropiación de lo público y la concienciación de la importancia de su ciudadano como derecho y deber de todos los ciudadanos, a través de las diferentes estrategias del control fiscal participativo definidas por la CGR.

La capacitación está orientada a desarrollar habilidades y competencias para que el ciudadano, de manera individual o colectiva, pueda ejercer vigilancia, seguimiento y evaluación a la gestión pública, al desarrollo de proyectos y a la prestación de servicios públicos. Igualmente, se han elaborado algunos módulos sectoriales encaminados a promover el control ciudadano.

EJEMPLO CONCRETO

Desde finales de 2009, la Contraloría General de la República en unión con organizaciones de la sociedad civil y el Ministerio de Educación y Cultura, con apoyo de la cooperación internacional de USAID, ha desarrollado el programa “LOS NIÑOS Y LAS NIÑAS TAMBIÉN PODEMOS CONTROLAR”.

En este programa, niños y niñas de escasos recursos de varias localidades del país forman parte de un proceso de capacitación y sensibilización sobre el control en escuelas públicas, con enfoque en la vigilancia de la distribución y calidad del vaso de leche escolar y el kit de útiles escolares para zonas pobres del país.

Así a través de talleres, juegos, manuales los niños y niñas son sensibilizados sobre la importancia de controlar aquellos derechos que le corresponden para un efectivo acceso a la educación.



21st UN/INTOSAI Symposium
21^e Symposium ONU/INTOSAI
21. VN/INTOSAI Symposium
21^o Simposio NU/INTOSAI
الندوة ٢١ للأمم المتحدة والانتوساي

13 – 15 July 2011, Vienna, Austria / 13 – 15 juillet 2011, Vienne, Autriche
13. – 15. Juli 2011, Wien, Österreich / 13 al 15 de julio de 2011, Viena, Austria

Topic/Thème/Thema/Tema/الموضوع

- Effective practices of cooperation between SAIs and citizens to enhance public accountability •
 - Pratiques efficaces de coopération entre les ISC et les citoyens afin d'améliorer la reddition des comptes publics •
 - Wirksame Praktiken der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern zur Förderung der öffentlichen Rechenschaftspflicht •
 - Prácticas efectivas de la cooperación entre las EFS y los ciudadanos para aumentar la rendición de cuentas pública •

الممارسات الفعالة للتعاون بين الأجهزة العليا للرقابة المالية والمواطنين لتعزيز المساءلة الحكومية

Thema 2: Formen der Bürgerbeteiligung an der staatlichen Finanzkontrolle
Länderpapiere und Fallstudien - Diskussion

BASIC PAPER / RAPPORT DE BASE / GRUNDLAGENPAPIER / PONENCIA BASE

prepared by/préparé par/verfasst von/elaborado por

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA

Einleitung

Wir freuen uns, anlässlich dieses 21. UN/INTOSAI-Symposiums ein Papier vorstellen zu dürfen, in dem wir die Formen der Bürgerbeteiligung in der staatlichen Rechnungsprüfung betrachten. In diesem Papier werden die drei Ansätze erläutert, mit denen das GAO die Beteiligung der Bürger sicherstellen will:

1. Mechanismen für die Annahme von Bürgerbeschwerden.
2. Einbindung von Bürgern in Planung und Ablauf der Rechnungsprüfung und Überwachung der Umsetzung der Empfehlungen.
3. Verbesserung der prüfungsspezifischen Kompetenzen der Bürger.

Mechanismen für die Annahme von Bürgerbeschwerden

Es gibt beim GAO eine Reihe von Mechanismen, bei denen Bürger ihre Beschwerden vorbringen können. An erster Stelle steht dabei ein Programm namens FraudNet, das ein wesentlicher Teil des „Forensic Audits and Investigative Service Team“ des GAO ist.¹ Ziele von FraudNet sind:

- die Bereitstellung eines automatisierten Instruments, das jeder Bürger nutzen kann, um Fälle von Betrug, Verschwendung, Missbrauch oder Mismanagement öffentlicher Gelder zu melden;
- die Weiterleitung dieser Meldungen an den Inspector General (IG) der befassen Bundesbehörde;
- die beschleunigte Beantwortung von Kongressanfragen;
- die Prüfung der Antworten des IG auf die vom GAO weitergeleiteten Meldungen;
- die Benachrichtigung der GAO-Teams und IGs der Behörde über Prüfungshinweise und
- die Bereitstellung von Informationen für bundesstaatliche, staatliche und lokale Organisationen, die eigene Hotlines einrichten wollen.

GAO FraudNet wurde 1979 als kostenlose Rufnummer freigeschaltet und wurde in den letzten Jahren dergestalt erweitert, dass Meldungen heute auch über andere Medien als

¹ Siehe <http://www.gao.gov/fraudnet/fraudnet.htm>

das Telefon erfolgen können. Bürger können anonym Fälle von Betrug, Verschwendung, Missbrauch oder Mismanagement öffentlicher Gelder zum Beispiel per Post, E-Mail, über eine Webseite, eine kostenlose Rufnummer oder per Fax melden.

Belege oder Anhaltspunkte für Missbrauch können anonym gemeldet werden und das GAO behandelt alle Anfragen vertraulich. Alle Internetdaten werden über eine sichere Verbindung übermittelt. Bürger, die solche Fälle melden, sollten möglichst viele Einzelheiten mitteilen. Das GAO kann Meldungen für die weitere Überprüfung an seine eigenen Untersuchungseinheiten, das Büro des zuständigen Inspector General oder das Justizministerium weiterleiten. Durch solche Meldungen von Mismanagement und Pflichtverletzungen wurden in der Vergangenheit beispielsweise Fälle von Veruntreuung, Sicherheitsverletzungen und Betrug bei Auftragsleistungen aufgedeckt.

Bei FraudNet gehen jährlich über 2000 Meldungen ein, die Untersuchungen vonseiten des GAO veranlassen können. So hat das GAO beispielsweise über die FraudNet-Hotline Hinweise auf Betrug durch Empfänger eines Förderprogramms für Kinder erhalten, das hauptsächlich für einkommensschwache Familien und deren Kinder gedacht ist. Das GAO ging den Meldungen nach und untersuchte mit Hilfe verdeckter Ermittler, ob auch andere Stellen in den Betrug verwickelt waren. Am 18. Mai 2010 legte das GAO dem US-Kongress die vorläufigen Ergebnisse dieser Untersuchung vor.

Das GAO informiert Bürger aktiv über FraudNet. Wie in FraudNet Verdachtsfälle gemeldet werden können, wird auf der GAO-Website und in jedem Bericht erläutert, den das GAO derzeit herausgibt. Das GAO hat ferner ein Video produziert, das auf YouTube² zu sehen ist und in dem FraudNet den Bürgern genau erklärt wird.

Das GAO sieht FraudNet auch als ergänzendes Instrument zu seiner Prüfungstätigkeit. Als 2009 Milliarden Dollar im Rahmen des „American Recovery and Reinvestment Act“ verteilt wurden, wurden Bürger, Staatsbedienstete, Auftragnehmer und andere Parteien vom GAO aufgefordert, jeglichen Fall von Verschwendung, Betrug, Missbrauch oder Mismanagement dieser Gelder in FraudNet zu melden. Der damals amtierende oberste Rechnungsprüfer Gene Dodaro sagte: „Die Öffentlichkeit kann helfen, Fehlverhalten oder Schwachstellen in Programmen festzustellen, die einer genaueren Untersuchung bedürfen. FraudNET kann eine wichtige Rolle spielen, um das GAO möglicherweise schon früh auf fragwürdige Verwendungen von Geldern aus dem ‚Recovery Act‘ aufmerksam zu machen.“

Das GAO bietet den Bürgern darüber hinaus noch weitere Möglichkeiten der Kommunikation an. E-Mail, Telefonnummer und Anschrift des geschäftsführenden Direktors für Public Affairs werden in jeder Veröffentlichung des GAO mitgeteilt.

² Siehe <http://www.youtube.com/user/usgao#p/u/41/mWdo0Ca3fDc>

Außerdem können Bürger unsere Website nutzen, um an Befragungen teilzunehmen oder E-Mails zu allgemeinen oder spezifischen Fragen zu senden.³

Einbindung von Bürgern in Planung und Ablauf der Rechnungsprüfung und Überwachung der Umsetzung von Empfehlungen

Wie oben erwähnt ist FraudNet für die Bürger ein wichtiges Instrument zur Übermittlung von Informationen, die Untersuchungen im Rahmen der Rechnungsprüfung veranlassen können.

Aber die Bürger können auch auf andere Weise in Planung und Durchführung der Rechnungsprüfung des GAO einbezogen werden. Das GAO unterhält Kontakte zu zahlreichen Gremien und Berufsverbänden, denen Bürger aller Berufsgruppen angehören. Diese Gruppen nehmen Stellung zu Themen wie Strategieplanung, Prüfungsnormen und anderen prüfungsrelevanten Fragen. Das GAO bietet den Bürgern ferner auch die Möglichkeit der direkten Mitwirkung durch die Mitarbeit in Fokusgruppen und durch die Teilnahme an Befragungen, über die sie Informationen zu unserer Prüfungstätigkeit beisteuern können.

Das GAO sammelt Informationen und Anregungen für seine Strategie- und Jahresplanung aus der Arbeit von Foren, Beratungsgremien und Ausschüssen, durch regelmäßige Untersuchungen zu internationalen und nationalen Themen, die unser politisches und soziales Arbeitsumfeld beeinflussen können, und durch unsere Vortragsreihen mit Gastrednern. Die Beratungsgremien und Ausschüsse unterstützen die Strategie- und Jahresplanung des GAO durch Hinweise auf aktuelle Themen, Trends und Erfahrungen der nationalen und internationalen Prüfergemeinschaft, die in unserer Arbeit Berücksichtigung finden müssen. Beratungsgremien, denen Bürger mit entsprechendem fachlichem Hintergrund angehören, sind:

- das „Advisory Board“ („Beratungsgremium“) des Obersten Rechnungsprüfers, dessen etwa 40 Mitglieder aus öffentlichen, privaten und Non-Profit-Organisationen über umfangreiches Fachwissen auf Gebieten verfügen, die für unsere strategischen Ziele wichtig sind;
- der „Advisory Council on Government Auditing Standards“ („Beratungsausschuss über staatliche Prüfungsnormen“), der das GAO berät und unterstützt und durch die Veröffentlichung der jeweils neuesten Änderungsstände gewährleistet, dass die Normen für die staatliche Rechnungsprüfung immer aktuell sind. Damit die Normen für die staatliche Rechnungsprüfung (das „Gelbbuch“) stets den Bedürfnissen der Prüfer und der Öffentlichkeit Rechnung

³ Siehe <http://www.gao.gov/contact.html>

tragen, ist dieser Ausschuss vom Obersten Rechnungsprüfer der USA beauftragt, die Normen regelmäßig zu überprüfen und notwendige Änderungen vorzuschlagen. Der Beratungsausschuss berät den Obersten Rechnungsprüfer während des gesamten Normgebungsverfahrens in Fragen zu Prüfungsnormen;

- der „Accountability Advisory Council“ („Beratungsausschuss Rechenschaftspflicht“), dem Experten für das Finanzmanagement angehören, berät uns bei Prüfungen der konsolidierten Abschlüsse der US-Regierung und damit verbundenen Problemen in Verbindung mit Finanzmanagement und Rechnungslegung im öffentlichen und privaten Sektor;
- der „Executive Council on Information Management and Technology“ („Exekutivrat Informationsmanagement und -technologie“), dem Experten des öffentlichen und privaten Sektors und Vertreter der jeweiligen Berufsverbände angehören und der uns hilft, spezielle Risiken und neue Probleme im Zusammenhang mit IT-Prüfungen zu erkennen;
- das „Educators’ Advisory Panel“ („Beratungsgremium Bildung“) des Obersten Rechnungsprüfers, dem Dekane, Professoren und andere Akademiker namhafter US-amerikanischer Universitäten angehören, berät uns in Fragen der Strategieplanung und des Personalmanagements.

Neben diesen formellen Beratungsgremien ist das GAO auch mit bundesstaatlichen, staatlichen lokalen und internationalen Fachkräften mit ähnlichen oder ergänzenden Aufträgen vernetzt. Diese Zusammenarbeit ist überaus hilfreich für die Prüfungstätigkeit des GAO, für die Koordinierung der Arbeit, um Überschneidung und Doppelarbeit zu vermeiden, und für die Verbreitung von Best Practices.

Das GAO bemüht sich auch um die direkte Einbindung der Bürger in einige seiner Prüfungstätigkeiten durch die Bildung von Fokusgruppen und die Durchführung von Befragungen. Derzeit untersucht das GAO beispielsweise die Folgen der Rezession der Jahre 2007-2009 und der letzten Finanzkrise für ältere Arbeitnehmer in den USA. Das GAO hat für diese Untersuchung einen Dienstleister mit der Organisation von Gesprächen mit Fokusgruppen beauftragt, die von GAO-Mitarbeitern moderiert werden. Hauptzweck dieser Gespräche wird der Erhalt von Informationen darüber sein, welche Probleme ältere Arbeitslose bei der Arbeitssuche haben und wie sie mit der Arbeitslosigkeit umgehen.

In einem anderen Beispiel leitete das GAO 10 Fokusgruppen in fünf Städten zum Thema Verkehrssicherheit, um festzustellen, wie aufmerksam Fahrzeugbesitzer auf Rückrufaktionen reagieren, ob sie Mängelmitteilungen verstehen und bereit sind, auf solche Mitteilungen zu reagieren. Die Städte wurden ausgewählt, um eine gewisse

geografische Streuung zu gewährleisten und ländliche und städtische Bedingungen angemessen zu berücksichtigen.

Ein weiteres Beispiel der Beteiligung der Bürger an der Arbeit des GAO ist unsere Technologiebewertung im Rahmen von Climate Engineering.⁴ Zwar ist nicht in jeder Technologiebewertung des GAO die direkte Beteiligung der Bürger vorgesehen, jedoch wurden für die Technologiebewertung zum Climate Engineering Fokusgruppen herangezogen und eine Befragung der Öffentlichkeit durchgeführt, um herauszufinden, wie bekannt das Thema „Climate Engineering“ bei den Bürgern ist, und um zu bewerten, welche Faktoren die Einstellung der Bürger zur Forschungs- und Entwicklungsarbeit auf dem Gebiet „Climate Engineering“ beeinflussen können. Dies sind wertvolle Informationen für Diskussionen im Kongress und Entscheidungen zu Fragen von Klimawandel und Climate Engineering.

Das GAO führt ferner bei Bedarf stichprobenartige Umfragen unter der erwachsenen US-Bevölkerung sowie bei bestimmten Teilgruppen durch. Im Rahmen solcher Umfragen wurden beispielsweise erwachsene Mobiltelefonnutzer gefragt, wie zufrieden sie mit ihren Telefonanbietern sind, oder erwachsene US-Bürger wurden über ihr Wissen zu bestimmten Finanzthemen oder ihre Einstellung zu einer Dollarmünze gefragt.

Verbesserung der prüfungsspezifischen Kompetenzen der Bürger

Durch den ständigen Kontakt mit den Bürgern kann das GAO das Profil seines Auftrags und seiner Arbeit schärfen. So sagen beispielsweise Mitarbeiter des GAO häufig vor dem US-Kongress zu Themen in ihrem Zuständigkeitsbereich aus und treten in vielen öffentlichen Foren auf, etwa bei Konferenzen und in Colleges und Universitäten sowie durch Interviews mit Presse, Radio, Online- und TV-Medien. Das GAO hat ferner Videos und Audio-Podcasts über seine Arbeit produziert, die auf YouTube, iTunes und anderen Online-Plattformen eingestellt werden und die die Öffentlichkeit über aktuelle Berichte und Prüfungstätigkeiten des GAO informieren. Durch unabhängige, neutrale und faktenbasierte Berichte, die für die Bürger allgemein verständlich sind, stellt das GAO diesen Informationen über staatliche Ausgaben, Programme sowie Rechenschaftspflicht und Transparenz zur Verfügung.

Die US-Regierung hat ferner Webseiten eingerichtet, auf denen die Bürger nachlesen können, für welche Zwecke Regierungsgelder ausgegeben werden und welche Ergebnisse man sich davon erwartet. Ein aktuelles Beispiel für eine solche Website ist

⁴ Das GAO definiert „Technologiebewertungen“ im Gegensatz zu Leistungs- oder Finanzprüfungen als die sorgfältige, ausgewogene Analyse signifikanter primärer, sekundärer, indirekter und verzögerter Interaktionen einer technologischen Neuerung mit Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft und die aktuellen und künftigen Folgen und Wirkungen dieser Interaktionen.

die Seite des „American Recovery and Reinvestment Act of 2009“ (Recovery Act), einem der wichtigsten Gesetze der Bundesregierung für die Wirtschaftsförderung. Als der US-Kongress seine Arbeit am „Recovery Act“ beendet hatte, veröffentlichte das „U.S. House Appropriations Committee“ eine Erklärung, die lautete: „Mit einem bisher unerreichten Maß an Transparenz, Überblick und Rechenschaftspflicht wird gewährleistet werden, dass das Geld der Steuerzahler sinnvoll verwendet wird und die Amerikaner die Ergebnisse ihrer Investitionen sehen.“ Der Kongress hat im „Recovery Act“ zahlreiche Bestimmungen für mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht vorgesehen, so müssen beispielsweise Empfänger von Geldmitteln vierteljährliche Berichte über eine Vielzahl von Maßnahmen vorlegen. Mit dem Gesetz wurde ferner das „Recovery Accountability and Transparency Board“, kurz „Recovery Board“ eingerichtet, das Überprüfungen und Berichterstattungen in Verbindung mit dem Gesetz wahrnehmen soll. Um diese Forderungen umzusetzen, hat das „U.S. Office of Management and Budget“ zusammen mit dem „Recovery Board“ unter FederalReporting.gov ein landesweites System für die Erfassung der Daten von Empfängern der Geldmittel eingerichtet.

Diese Daten, die über www.FederalReporting.gov erfasst und von den zuständigen Bundesbehörden überprüft werden, stehen den Bürgern auf der Seite www.Recovery.gov zur Ansicht und zum Download bereit; auf dieser Seite haben Bürger einfachen Zugriff auf Informationen, die von Empfängern und Behörden zu Ausgaben nach dem „Recovery Act“ eingestellt werden. Die Benutzer können spezifische Informationen über die Vergabe von Geldern an bestimmte Empfänger oder Übersichten, zum Beispiel über die von bestimmten Bundesbehörden an Staaten und Gebiete vergebenen Mittel sehen. Informationen von Mittelempfängern können Angaben zur Höhe der Beträge, Beschreibungen der damit realisierten Maßnahmen, die Orte, an denen Projekte oder Maßnahmen durchgeführt werden und die erwarteten Ergebnisse der Maßnahmen umfassen.

Mit dieser Website wollte das „Recovery Board“ die Rechenschaftspflicht durch Bereitstellung einer Plattform fördern, auf der Daten in Verbindung mit dem „Recovery Act“ analysiert und die Feststellung von Betrug, Verschwendung und Missbrauch von Geldern erleichtert wird, indem den Bürgern präzise Informationen auf benutzerfreundliche Weise zur Verfügung gestellt werden. Nach dem Gesetz müssen die Informationen zu den vergebenen Geldmitteln auf Recovery.gov veröffentlicht werden, um das Bewusstsein der Bürger für die Verwendung der staatlichen Mittel zu stärken. Das GAO hat mehrere Empfehlungen in Bezug auf die Berichterstattung und die Datenqualität formuliert, um für die Öffentlichkeit transparent zu machen, für welche Zwecke Mittel aus dem „Recovery Act“ eingesetzt werden und welche Ergebnisse erwartet werden.

Das „Recovery Board“ hat mit umfangreichen Maßnahmen die Einbindung der Bürger ermöglicht und sogar mobile Anwendungen für Smartphones entwickelt, mit denen Bürger sofortigen Zugriff auf Karten und Daten unter Recovery.gov haben. Mit solchen Anwendungen können Bürger auf ihren Handheldgeräten Daten und Karten zu Projekten in ihrem jeweiligen Bundesstaat oder ihrer Gemeinde ansehen, die aus Mitteln des „Recovery Act“ finanziert werden. Die Benutzer können anhand der Postleitzahl nach lokalen Projekten suchen. Darüber hinaus können sie bei Hinweisen auf Betrug, Verschwendung oder Missbrauch diese Fälle jederzeit über die gleiche App auf ihren mobilen Geräten melden.

Vorgelegt von
Patricia A. Dalton
Chief Operating Officer
U.S. Government Accountability Office



21st UN/INTOSAI Symposium
21^e Symposium ONU/INTOSAI
21. VN/INTOSAI Symposium
21^o Simposio NU/INTOSAI
الندوة ٢١ للأمم المتحدة والإنتوساي

13 – 15 July 2011, Vienna, Austria / 13 – 15 juillet 2011, Vienne, Autriche
13. – 15. Juli 2011, Wien, Österreich / 13 al 15 de julio de 2011, Viena, Austria

Topic/Thème/Thema/Tema/الموضوع

- Effective practices of cooperation between SAIs and citizens to enhance public accountability •
 - Pratiques efficaces de coopération entre les ISC et les citoyens afin d'améliorer la reddition des comptes publics •
 - Wirksame Praktiken der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern zur Förderung der öffentlichen Rechenschaftspflicht •
 - Prácticas efectivas de la cooperación entre las EFS y los ciudadanos para aumentar la rendición de cuentas pública •

الممارسات الفعالة للتعاون بين الأجهزة العليا للرقابة المالية والمواطنين لتعزيز المساءلة الحكومية

Values, benefits and challenges of cooperation of SAIs with parliaments:
Views from parliaments

BASIC PAPER / RAPPORT DE BASE / GRUNDLAGENPAPIER / PONENCIA BASE

prepared by/préparé par/verfasst von/elaborado por

INTER-PARLIAMENTARY UNION

Speech by Anders B. Johnsson,
Secretary General of the Inter-Parliamentary Union

I want to thank you for having invited me to return to your seminar this year and to address you on the subject of values, benefits and challenges of cooperation by Supreme Audit Institutions with Parliaments.

For those of you who attended last year's meeting it will come as no surprise that I am a strong advocate for a close working relationship between your audit institutions and parliaments. I think parliaments need you in order to be able to do their job of holding government to account. Equally, I believe you depend on support from parliaments to ensure that your findings and recommendations are followed up and lead to corrective action.

I believe there are clear benefits to cooperation between these institutions. However, as you well know, it will take no small amount of effort to transform an idea or conviction into a working relationship. Achieving that requires awareness of challenges and limitations and this is what I propose to talk about today.

Let me start by sharing with you some interesting data and one telling anecdote.

First the data. For the last twelve months, the Inter-Parliamentary Union has been working with the United Nations Development Programme to prepare the first ever global report on the state of the world's parliaments. The report will inform us of the parliaments that exist in the world today and how they go about performing their constitutional duties of legislating and holding government to account on behalf of the people.

This first report will contain a special focus on the relationship between the parliament and the citizens. As part of the exercise we have interviewed a very large sample of MPs worldwide – one and a half percent of all MPs.

An overwhelming majority of them believe that holding government to account is their second most important role, after law-making. Seventy per cent of the respondents stated that ensuring oversight is a very important responsibility whereas a further twenty two per cent said it was fairly important. Asked specifically about ensuring financial oversight, the corresponding numbers were sixty six and twenty three per cent.

However, when we asked the MPs what they thought citizens expected of them we received a somewhat different picture. Only fifty two percent thought citizens believed that holding government to account was very important, while twenty seven per cent thought people viewed this as fairly important. Those figures dropped further to forty six percent and twenty seven per cent with respect to ensuring financial oversight.

What the survey seems to indicate is that MPs do not think that citizens view their oversight role as terribly important. Their answers reveal that they think people expect MPs to put greater emphasis on solving constituents' problems. This is not a strong incentive for parliamentarians to devote time to oversight. We need to be sensitive to this when we talk about strategies for ensuring greater financial oversight through closer cooperation between parliaments and supreme audit institutions.

And now for my anecdote. I was in Paris a couple of weeks ago. I had been invited to a round table discussion at UNESCO Headquarters to debate the lessons we can learn from the most recent developments in many Arab countries. The participants came from some of the countries in question as well as from France and other, mainly European, countries.

Many of those who took part in the debate expressed the opinion that the protests in Egypt were motivated by a concern about the lack of democracy and a strong wish to see political reform. However, opinion polls taken after the revolution indicate that two thirds of the people who took to the streets did so principally because of discontent with low living standards and unemployment.

Populations are growing at a vertiginous rate. In Egypt, the figure has doubled in 30 years. The populations are also young. In country after country that has been in the news these past days the average age is well below thirty - generally less than half the age of those who govern them. Add to this a dire lack of opportunities that young people need so badly, and you have a potent recipe for conflict.

Yes, it is fair to assume that people want more transparency, wider freedom and greater social justice. But more than anything, people want fair play, jobs and the benefits of development. People want more opportunities and better service delivery. They want better governments.

I suggested that one way of achieving this is by ensuring better parliamentary oversight, and I took the example of better cooperation between national audit institutions and parliaments to make my point. I explained what could be achieved by a parliament that examined your reports, ideally in a committee dedicated to this purpose – for example a public accounts committee – that was chaired by a member of the opposition, and which used all the prerogatives of parliament to question ministers, undertake hearings,

receiving inputs from society, commissioning expert opinions, and all of this in an open and transparent process.

Off camera, after the debate, some of the participants came to see me. What surprised me was their scepticism. Oh no, this could never happen, I was told; certainly not in their countries. Those who told me this were senior political figures in France. Not Egypt, Tunisia or elsewhere.

Democracy is a stubborn and unpredictable animal, and it needs a lot of nurturing and monitoring. There is nothing very exciting about respect for institutions, but it is unstinting respect for the institutions of democracy that will save the world from the daunting problems confronting it. The path of institution-building is the one we must all take. There are no short cuts. We must all participate in the endeavour, examining our institutions in all honesty, accepting that however long they may have stood the test of time, all our parliaments, from time to time, let the people down. All parliaments provide less than an ideal level of scrutiny; all parliaments oversee the executive to a lesser degree than we would ideally want.

However, it is equally true that institutions are only as good as the people who inhabit them. And my modest data and anecdote tend to show, in different ways, that we have an interest in making sure that we help MPs believe in what they are doing. We have to make it worth their while to break with the past, be ambitious and deliver better services to people by using all the means that at least potentially are at their disposal.

The bulk of parliamentary oversight is performed through parliamentary committees. In many parliamentary jurisdictions, parliament receives reports from the SAI. Identifying the appropriate committee and ascertaining the way they process these reports is a major challenge. Parliaments are structured in different ways. Around half of parliaments in OECD countries study SAI reports in detail. Sometimes, this is done by the Budget/Finance committee, sometimes a Public Accounts Committee, sometimes the sectoral committees.

In many other parliaments, effective processing of and follow-up to audit reports is hampered by lack of capacity. Parliament needs institutional capacity (in other words, skilled staff) to process the reports received. Parliament also needs expertise to be able to make use of the information. Parliament has to prioritize which reports/recommendations to act on. For several years, the Kenyan parliament witnessed a backlog of reports from the Auditor General that it could not process not only because of a lack of capacity, but also because of a crowded legislative agenda.

Today there is a trend towards creating Parliamentary Budget Offices, which can help provide this capacity and expertise to parliament. But this capacity, while welcome, so far remains limited when compared to the resources available to government.

Similarly, there is little or no capacity to follow up the decisions and recommendations of parliaments. Only those parliaments with the most sophisticated services begin to have the means to remain seized with an audit report and track action that may, or may not, have been taken as a result of parliament's report.

In short, parliamentary capacity, or lack thereof, is a major issue that needs to be addressed in most parliaments in the world. By that I mean having structures and processes in place to deal with reports from national audit institutions, as well as staff who can analyse their content and help prepare, run and follow up on proceedings.

There are also some things that can be done but which so far remain relatively unexplored territory. For example, it is possible to create a link between SAI reports and budget approval. The potential for audit scrutiny to inform and enhance the budget approval function is underutilised in almost all legislatures.

There are other areas where the IPU is trying to build parliamentary capacity to hold government to account and that could benefit from greater input and support from national audit institutions. We would welcome interest and collaboration with SAIs in these areas, which include gender budgeting, aid effectiveness / development aid and child rights.

Beyond institutional capacity there is also the question of political will. Do members of parliament actually feel free to hold government to account? Are they free to exercise their parliamentary powers? Recent practice in many countries indicates that there is a considerable gap between constitutional (or theoretical) powers and powers of parliament in practice. Parliament is a political institution. Where the parliamentary majority supports the government, there may well be a serious obstacle to effective oversight.

Parliaments and SAIs share the objective of holding government to account on behalf of citizens. Parliaments and SAIs need to develop close and ongoing relationships throughout the year. Greater transparency and accountability should have a positive influence on public trust in government, and strengthen democracy.

Where do we go from here? We need to pursue a holistic approach to accountability. SAIs and parliaments are not the only stakeholders. We need to involve the media and civil society at large. Civil society can provide parliament with the information and expertise it needs to ensure effective monitoring of budgetary performance by the government.

We could also forge closer ties between SAIs and parliament in the budget process. INTOSAI and IPU have a role to play here. Overall however, I would like our cooperation to progress beyond this room and this city. I would like us to start working together in the countries where you work and to help you forge a closer working relationship with your national parliament.

Thank you.

21st UN /INTOSAI SYMPOSIUM

**Effective practices of cooperation between SAIs and citizens to
enhance public accountability**

13-15 July 2011, Vienna, Austria

Estrategia para mejorar la transparencia y aumentar el compromiso ciudadano

Marta Oyhanarte

Es un privilegio participar en esta reunión como miembro del Comité de Expertos en Administración Pública del Consejo Económico y Social de las Naciones Unidas (CEPA).

Enfocaré mi presentación en la estrategia para mejorar la transparencia y aumentar el compromiso cívico sosteniendo, principalmente, una mirada desde la ciudadanía.

En el Plan Estratégico (2011-2016) el INTOSAI se da la siguiente Visión:

Promover el buen gobierno, habilitando a las Entidades Fiscalizadoras Superiores a ayudar a sus respectivas Administraciones a mejorar el rendimiento, aumentar la transparencia, asegurar la rendición de cuentas, mantener la credibilidad, luchar contra la corrupción, promover la confianza pública y fomentar la eficiencia y eficacia en el uso de los recursos públicos en beneficio de sus pueblos.

Tengo la convicción de que la vigencia de esos valores es una tarea que tiene al Estado como su inexcusable protagonista y a la ciudadanía como socia principal. Y tengo la convicción de que el INTOSAI puede ser un aliado esencial de estos actores.

El Estado debe tener el nivel de desempeño adecuado para ser promotor de desarrollo económico y equidad social como así también de ciudadanía política, civil, social y cultural. El buen o

mal funcionamiento del Estado muestra qué calidad de democracia tenemos. Para abordar el desafío de una democracia de calidad es imprescindible construir ciudadanía y lograr la revalorización de la tarea de gobierno para provocar el compromiso cívico que dote a ciudadanos y ciudadanas de cuotas crecientes de responsabilidad en el proceso de las decisiones públicas.

El perfil de Estado deseable debe tener, según el profesor Bernardo Kliksberg, los siguientes componentes:

- Descentralización
- Servicio Civil Profesional
- Gerencia Pública Estable
- Transparencia**
- Participación**
- Modelos de Gestión Renovadores
- Compromiso de Servicio
- Experiencias de avanzada

Tomaré dos aspectos de esta enumeración: La transparencia y la participación, componentes básicos para generar compromiso cívico.

La transparencia, implica necesariamente el acceso público a la información que se encuentra en manos del Estado. El acceso a la información por parte de los ciudadanos facilita la evaluación de las instituciones públicas y la transparencia puede ser medida según el grado con el que los ciudadanos pueden monitorear y evaluar las acciones de los servidores públicos y representantes. Subyacente a estas definiciones siempre encontramos la idea de que la transparencia se relaciona íntimamente con la *accountability*

Si se analiza la relación entre representantes y ciudadanos desde un enfoque “*principal-agente*” la primera condición que aparece es que el principal pueda acceder a la información necesaria para evaluar el desempeño del agente. El acceso a la información

pública, permite controlar las actividades delegadas, reduciendo los márgenes de autonomía y discrecionalidad en los agentes.

La Carta Iberoamericana de Participación Ciudadana en la Gestión Pública del CLAD (2009) -de la que he sido co-redactora- establece:

“La participación ciudadana debe ser un elemento transversal y continuo en la actuación de los poderes públicos, que velarán para que pueda ser ejercida a lo largo del proceso de formación de las políticas públicas, los programas sociales y los servicios públicos.”

Y en otro de sus apartados,

“El acceso a la información es un derecho que sustenta el adecuado funcionamiento de la democracia puesto que es condición para garantizar otros derechos y, en particular, el de participación ciudadana en la gestión pública. Como tal, estará protegido jurídicamente.”

Sin embargo, debemos tener claro que la cultura de la transparencia y de la participación, en la que el acceso a la información es un componente imprescindible, es directamente proporcional a la cultura cívica de la ciudadanía y al estado de desarrollo democrático de un país.

Pero, el desconocimiento de la ciudadanía sobre el acceso a la información como derecho es muy grande. El informe sobre Desarrollo Humano en la Argentina PNUD, 2002 afirma que sólo el 1% de los encuestados menciona al derecho a la información como un derecho relevante para la democracia. Estos datos son corroborados por las Auditorías Ciudadanas, programa diseñado para mejorar la calidad de las prácticas democráticas en gobiernos locales que dirigí como Subsecretaria para la Reforma Institucional del gobierno nacional durante el período 2003-2009. Constatamos que no más del 1,5% reconoce el acceso a la información como un derecho. Y de ese 1,5% sólo un mínimo

porcentaje sabe cuáles son los canales adecuados para exigir información. Cuando se solicitan palabras asociadas a la democracia, en la mayoría de los casos no aparece la palabra información. Cuando se pregunta si conoce otras formas de controlar a los gobernantes que no sea a través del voto, aproximadamente el 80 % dice que no conoce y el 20% que dice conocer alguna menciona quejas, manifestaciones callejeras, llamados a los medios de comunicación, cartas de lectores, denuncias a algún partido de oposición pero no el ejercicio del derecho de acceso a la información.

Podemos pensar que datos similares se reproducen en muchos otros países.

Como se puede apreciar, en este terreno hay una enorme tarea pendiente que requiere del compromiso leal, activo y sincero de todos los actores sociales.

La proclamación de las bondades del compromiso cívico y de la democracia participativa resulta incompleta sin el reconocimiento del derecho de acceso a la información en poder del Estado. Dar poder al pueblo para que decida o pedirle que se comprometa en cuestiones públicas directa o indirectamente sin darle la posibilidad de conocer toda la información necesaria para decidir, conduce a un proceso de toma de decisiones imperfecto que puede arrojar resultados negativos para la comunidad y la calidad del sistema democrático. Por supuesto, la solución a este problema no debe encontrarse en la imposición de límites a la participación, sino en el levantamiento de las barreras que obstaculizan el acceso a la información, a fin de que la participación política amplia sea llevada a cabo por una "ciudadanía informada". El derecho a la información es, en consecuencia, una precondition del sistema democrático y del ejercicio de la participación política de la ciudadanía expresada en compromiso cívico.

Además, al mismo tiempo que el derecho de acceso a la información constituye una condición necesaria para la efectiva participación ciudadana, permite el ejercicio de otros derechos

tanto sociales como económicos. En efecto, otro de los rasgos distintivos del derecho de acceso a la información es que se lo considera un derecho humano instrumental. Esto es, la información constituye un instrumento para la concreción de otros derechos, valores o principios. La propia existencia del mecanismo de obtención de información, o bien de la obligación de otorgar información, tiene efectos preventivos o institucionales, independientemente del uso que se haga de la propia información.

Por otra parte, la información provee a los ciudadanos de los elementos necesarios para una eficiente evaluación de la implementación de políticas públicas, incrementando la transparencia en la gestión de gobierno y facilitando el control ciudadano. En este sentido, buena parte de la literatura le otorga a la información pública un papel clave como elemento generador de eficiencia.

Para que las prácticas de participación de los ciudadanos en los procesos de decisión e implementación de las políticas se institucionalicen es deseable, aunque no suficiente, que una norma prevea mecanismos para ello y se garantice, de igual manera su implementación.

La implementación es, necesariamente, un proceso complicado, cuando no conflictivo, que exige una coordinación que integre diferencias y de lugar a una acción colectiva armónica y efectiva.

Una política pública tiene un tiempo de formación, y al ponerla en marcha hay que saber que las organizaciones o los agentes sociales van a reaccionar de manera distinta, los oficiales públicos a quienes corresponda aplicarla van a tener distintas conductas y los grupos destinatarios de esa política van a dar distintas respuestas. El esfuerzo para cambiar el comportamiento de gran número de personas, requiere de un marco conceptual y de habilidades técnicas que puedan ir ajustándose a los diversos

contextos como así también de una mirada temporal de mediano y largo plazo que haga viables los cambios. “A las instituciones se llega”, afirma Jordi Borja.

La implementación debe llevarse a cabo con visión sistémica. Deseo destacar algunas posibles acciones de implementación:

Red de enlaces y responsables de acceso a la información.

Estos funcionarios deberían asistir a los ciudadanos durante el proceso de tramitación de los pedidos de información.

Capacitación

Programar cursos de capacitación para los agentes públicos que ocupan un lugar relevante en los circuitos de respuesta de pedidos de información, tales como personal de mesas de entradas, oficinas de atención al público y áreas jurídicas de las diferentes jurisdicciones.

Asistencia técnica y mesa de ayuda on line

Crear un sistema de información y consulta a través de una línea telefónica permanente y una dirección de correo electrónico.

Criterios de interpretación

Elaborar criterios jurídicos de interpretación para lograr posiciones armónicas con el resto de las normas vigentes en el ordenamiento jurídico nacional.

Portal Web y Boletín electrónico

Organizar un sitio web como canal de difusión y referencia en materia de acceso a la información pública y participación ciudadana.

Herramientas de facilitación

Producir y distribuir herramientas gráficas de difusión: trípticos, guías, carteles, formularios tipo para la presentación de pedidos de información, a efectos de facilitar su comprensión y utilización por parte de los organismos obligados así como de la ciudadanía en general.

Articulación con Ongs

Desarrollar alianzas con organizaciones de la sociedad civil para fortalecer un proceso de cooperación creciente para la construcción de criterios comunes de interpretación de las normas y acciones conjuntas que garanticen el ejercicio del acceso a la información pública.

Sistema electrónico de solicitudes de información

Desarrollar un Sistema Electrónico para Gestión de Pedidos de Información, es decir, una plataforma electrónica para el procesamiento y la recepción de pedidos efectuados por la ciudadanía

Replica en Gobiernos Locales

Promover en los gobiernos locales acciones que mejoren la cultura cívica e instar a sancionar normativa local para el ejercicio del derecho de acceso a la información.

El acceso a la información implica la modificación de comportamientos, hábitos y expectativas que trascienden su consagración en normas. El desafío consiste no solamente en generar transformaciones al interior del Estado fundadas en el concepto de que la información no es propiedad de los funcionarios, sino que es patrimonio de todos. También implica, alentar el compromiso cívico, procurando que el derecho a saber se difunda horizontalmente como parte de una noción más amplia: una efectiva participación ciudadana en las decisiones públicas.

Es un proceso complejo, de recreación de confianzas recíprocas en el que se van articulando un conjunto de reglas formales e informales mediante las cuales se estructuran las relaciones entre los agentes sociales. Es un proceso de construcción colectiva, que debe ser mirado con perspectiva histórica.

En general, los avances son importantes, se ha hecho mucho, pero falta mucho más para acceder a la cultura de la transparencia, no

sólo en relación a la normativa vigente sino, como decíamos al comienzo, en lo que consideramos pilares indispensables para facilitar la vigencia del derecho de acceso a la información: el incremento de la cultura cívica y la mejora de la calidad de la democracia. No se nos escapa que hay obstáculos. Los vivimos cotidianamente. Desde y en la administración pública, desde y en la sociedad civil.

El INTOSAI, en el ejercicio de su misión, puede hacer un aporte invaluable para alentar en los gobiernos la convicción de que transparencia y acceso a la información deben ir necesariamente unidos para generar el compromiso cívico imprescindible para construir una democracia de calidad.



21st UN/INTOSAI Symposium
21^e Symposium ONU/INTOSAI
21. VN/INTOSAI Symposium
21^o Simposio NU/INTOSAI
الندوة ٢١ للأمم المتحدة والانتوساي

13 – 15 July 2011, Vienna, Austria / 13 – 15 juillet 2011, Vienne, Autriche
13. – 15. Juli 2011, Wien, Österreich / 13 al 15 de julio de 2011, Viena, Austria

Topic/Thème/Thema/Tema/الموضوع

- Effective practices of cooperation between SAIs and citizens to enhance public accountability •
- Pratiques efficaces de coopération entre les ISC et les citoyens afin d'améliorer la reddition des comptes •
- Wirksame Praktiken der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern zur Förderung der öffentlichen Rechenschaftspflicht •
- Prácticas efectivas de la cooperación entre las EFS y los ciudadanos para aumentar la rendición de cuentas pública •

الممارسات الفعالة للتعاون بين الأجهزة العليا للرقابة المالية والمواطنین لتعزيز المساءلة الحكومية

Wert, Nutzen und Herausforderungen der Zusammenarbeit von ORKB und Bürger: Die Sicht der OKRB

BASIC PAPER / RAPPORT DE BASE / GRUNDLAGENPAPIER / PONENCIA BASE

prepared by/préparé par/verfasst von/elaborado por

KOREA

Kurzfassung

Basierend auf den vielfältigen Erfahrungen der koreanischen ORKB seit dem Beginn der 1980er Jahre befasst sich dieser Vortrag mit drei Hauptthemen der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern: Wert und Nutzen, mögliche Risiken, und praktische Ansätze. Ferner sollen die von der koreanischen ORKB aktuell angewandten Strategien und praktischen Vorgehensweisen erörtert und ein kurzer geschichtlicher Abriss der Zusammenarbeit mit den Bürgern geliefert werden.

1. *Welche Gründe sind für die ORKB Koreas für ihre Zusammenarbeit mit den Bürgern maßgeblich? Welche konkreten Vorteile und Nutzen erwartet die ORKB aus seiner derartigen Zusammenarbeit?*

Aus der Zusammenarbeit mit den Bürgern ergeben sich sowohl unmittelbare als auch mittelbare Effekte. Als unmittelbare Effekte wären die Erfassung prüfungsfreier Räume, die Veranlassung der Verwaltung zu mehr Bürgernähe, und zweifelsfrei die Aufdeckung von Verschwendung und Misswirtschaft etc. zu nennen. Zu den mittelbaren Wirkungen zählt die Förderung der Bürgerbeteiligung, die Stärkung des öffentlichen Vertrauens in die Verwaltung, die Förderung von Wert und Nutzen der staatlichen Finanzkontrolle dank der hohen Sichtbarkeit der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern, sowie die Erfüllung öffentlicher Erwartungen an die koreanische ORKB als letzte Instanz für die Regelung von Streitfragen betreffend die öffentliche Verwaltung. Nach den Erfahrungen der koreanischen ORKB überwiegen vielfach die indirekten gegenüber den direkten Auswirkungen.

2. *Wo liegen die Risiken der Zusammenarbeit zwischen der OKRB Koreas und den Bürgern? Sind diese Risiken mit einem vertretbaren Kostenaufwand beherrschbar?*

Die Zusammenarbeit mit den Bürgern kann für die ORKB verschiedenen Risiken und Herausforderungen mit sich bringen, etwa was die Beeinträchtigung ihrer Unabhängigkeit, zusätzliche Anforderungen in Hinblick auf Kompetenzen/ Verhalten als Schiedsrichter, unzulängliche Arbeitsmotivation der Mitarbeiter der ORKB sowie Doppelgleisigkeiten/Koordinierungsaufwand mit den Bürgeranwaltschaften betrifft. Nach ihrer Etablierung ist eine Zusammenarbeit mit Bürgern nur äußerst schwer rückgängig zu machen.

3. *Welche praktischen Erfahrungen wurden gemacht? Gibt es wesentliche Faktoren, die eine ORKB berücksichtigen muss, wenn sie die Etablierung einer Zusammenarbeit mit den Bürgern plant?*

Aus der Erfahrung der koreanischen ORKB lassen sich eine Reihe von Erfolgsfaktoren ableiten : die Einrichtung der Zusammenarbeit mit den Bürgern sollte schrittweise, in einem offenen und transparenten Auswahlprozess betreffend die von den Bürgern gestellten Prüfungsersuchen, und unter Anwendung strenger Auswahlkriterien sowie der der Einbeziehung externer Experten erfolgen.



21st UN/INTOSAI Symposium
21^e Symposium ONU/INTOSAI
21. VN/INTOSAI Symposium
21^o Simposio NU/INTOSAI
الندوة ٢١ للأمم المتحدة والانتوساي

13 – 15 July 2011, Vienna, Austria / 13 – 15 juillet 2011, Vienne, Autriche
13. – 15. Juli 2011, Wien, Österreich / 13 al 15 de julio de 2011, Viena, Austria

Topic/Thème/Thema/Tema/الموضوع

- Effective practices of cooperation between SAIs and citizens to enhance public accountability •
 - Pratiques efficaces de coopération entre les ISC et les citoyens afin d'améliorer la reddition des comptes publics •
- Wirksame Praktiken der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern zur Förderung der öffentlichen Rechenschaftspflicht •
- Prácticas efectivas de la cooperación entre las EFS y los ciudadanos para aumentar la rendición de cuentas pública •

الممارسات الفعالة للتعاون بين الأجهزة العليا للرقابة المالية والمواطنين لتعزيز المساءلة الحكومية

Wert, Nutzen und Herausforderungen der Zusammenarbeit zwischen ORKB und Bürgern: Standpunkte der ORKB

BASIC PAPER / RAPPORT DE BASE / GRUNDLAGENPAPIER / PONENCIA BASE

prepared by/préparé par/verfasst von/elaborado por

SÜDAFRIKA

Zusammenfassung des Vortrags

von Hrn. Terence Nombembe

(Präsident des südafrikanischen Rechnungshofes und Vorsitzender der INTOSAI Arbeitsgruppe Wert und Nutzen der ORKB)

1. Beim XX. INCOSAI bekräftigte die INTOSAI-Gemeinschaft, dass die ORKB das Leben der Bürger verbessern sollen. Ferner hat die INTOSAI-Gemeinschaft anerkannt, dass die ORKB nur dann in der Lage sind das Leben der Bürger zu verbessern, wenn sie selbst als glaubwürdige Institutionen mit Vorbildcharakter gesehen werden, die mit eigenem Beispiel vorangehen.
2. Zusammenarbeit wird als “gemeinschaftliches Arbeiten oder Handeln für einen gemeinsamen Zweck oder Nutzen” definiert. Die Glaubwürdigkeit der ORKB bildet eine Voraussetzung für die wirksame Zusammenarbeit mit den Bürgern. Die INTOSAI sollte daher unbedingt ein Messinstrument für die Glaubwürdigkeit der ORKB anwenden und dabei das “Rahmenwerk zur Förderung und Verbreitung des Werts und Nutzens der ORKB“ nutzen – diese Aufgabe hat INTOSAI der Arbeitsgruppe Wert und Nutzen der ORKB in Zusammenarbeit mit dem INTOSAI Komitee für den Ausbau von Sachkompetenzen und dem Steuerungskomitee für die Kooperation INTOSAI-Gebergemeinschaft zugewiesen.
3. Ferner sind die ORKB aufgerufen, auf das sich verändernde Umfeld, die Herausforderungen der Gesellschaften und die Bedürfnisse der unterschiedlichen Akteure zu reagieren, ohne ihre eigene Unabhängigkeit zu gefährden. In einem durch ständigen Wandel gekennzeichneten Umfeld wird von den ORKB erwartet, dass sie Transparenz herstellen, den Zugang zu Informationen und die Einbindung der Bürger in die Arbeit der ORKB gewährleisten. Denn schließlich sind die Bürger die eigentlichen Teilhaber der ORKB.
4. Die ORKB können mit den Bürgern auf direktem Wege oder über Partner und Kanäle wie Parlamente, Medien und Organisationen der Zivilgesellschaft interagieren. Die ORKB sollten nur mit solchen Institutionen eine Partnerschaft eingehen und nur solche Kanäle benutzen, die dem Ruf und Ansehen der ORKB nicht schaden.
5. Da der Wert und Nutzen des Engagements der Bürger für die Entwicklung immer mehr Anerkennung finden, stellt sich nun die entscheidende Frage, wie dafür die entsprechenden Kapazitäten aufgebaut und aufrechterhalten werden können. Es

gibt zwar keine Patentrezepte, allerdings ist es für die ORKB wichtig, ihre Erfahrungen mit erfolgreichen Ansätzen, Strategien, Instrumenten und guten Praktiken zur Einbindung der Bürger auszutauschen.

6. Um den Wert und Nutzen und die Herausforderungen bei der Zusammenarbeit zwischen ORKB und Bürgern festzustellen, haben einige Mitglieder der INTOSAI Arbeitsgruppe Wert und Nutzen der ORKB¹ ihre jeweiligen Erfahrungen freiwillig zur Verfügung gestellt. Diese Erfahrungen über die Vorteile der Interaktion mit den Bürgern können wir folgt zusammengefasst werden:

- In einem Umfeld, das durch eine wirksame und effiziente Zusammenarbeit zwischen ORKB und Bürgern gekennzeichnet ist, wird der Ruf der ORKB als unabhängige Institution, die im Leben der Bürger einen Unterschied ausmacht, von den Bürgern anerkannt. Überdies wirkt die Zusammenarbeit vertrauensbildend und schafft ein Bewusstsein für die Arbeit der ORKB.
- Die Interaktion mit dem Bürger kanalisiert die Bemühungen der öffentlichen Finanzkontrolle und stärkt somit die Wirksamkeit der Kontroll- und Prüffunktionen im Mandat der ORKB. Die ORKB können Angelegenheiten prüfen, die sonst im Bewusstsein der Öffentlichkeit hängen bleiben würden.
- Die Interaktion mit dem Bürger schafft Klarheit über die Erwartungshaltungen der Öffentlichkeit und versetzt so die ORKB in die Lage, diese gegebenenfalls rechtzeitig in die Strategie-, Geschäfts- und Prüfpläne aufzunehmen.
- Die Organisationen der Zivilgesellschaft können bei der institutionellen Stärkung ihres jeweiligen Landes eine bedeutsame Rolle spielen, indem sie die Regierung im Rahmen der externen Prüfungen von Behörden, welche die ORKB durchführt, kontrollieren. Ausgehend von den wertvollen Informationen, welche die Organisationen der Zivilgesellschaft im Zuge ihrer Arbeit erhalten, können sie außerdem Empfehlungen zur Auswahl der Prüfungen abgeben.
- Die Reaktion der ORKB auf die Erwartungen der Bürgerschaft bietet Mehrwert, wenn rechtzeitig reagiert wird, ohne die Unabhängigkeit zu gefährden.

¹ Folgende Mitglieder haben freiwillig über ihre Erfahrungen berichtet: Österreich, Bahrain, Kanada, China, Frankreich, Deutschland, Jamaika, Namibia, Neuseeland, Russland, Südafrika, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten von Amerika.

- Die Zivilgesellschaft kann die Implementierung der Empfehlungen verfolgen und Druck auf die Exekutive ausüben, die Empfehlungen der ORKB umzusetzen.
 - Bei der Vorbereitung konkreter Prüfungen, insbesondere von Wirtschaftlichkeitsprüfungen, können im Rahmen von Schwerpunktgruppen Beiträge von Bürgern eingeholt werden, denn diese sind schließlich die Adressaten der Dienstleistungen der Regierung. Beiträge von Berufsverbänden und angesehenen Interessensvertretungen erhöhen den Wert des Prüfprozesses.
 - Die Perspektive und die Einblicke stark engagierter Bürgervertreter bereichern die Prüfungstätigkeit in allen Phasen. Aufgrund ihrer glaubwürdigen Brückenfunktion zwischen den ORKB und der Bürgerschaft erleichtern sie eine zielgerichtete Diskussion mit den von ihnen vertretenen Bürgern bei Maßnahmen wie der Vermittlung von Prüfergebnissen.
 - Im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit den ORKB helfen die Bürger, Verstöße gegen die Haushaltsgesetze und andere negative Tendenzen aufzuzeigen, was zur Verbesserung der Budgetgesetze, Haushaltsprozesse und der staatlichen Kontrolle führen könnte.
 - Der Aufbau von Kooperationskanälen mit den Bürgern ist von entscheidender Bedeutung für die Rolle der ORKB bei der Korruptionsbekämpfung.
7. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Wert und Nutzen der ORKB zeigten auch einige Herausforderungen auf:
- Die Auswahl der zu prüfenden Behörden oder Programme kann durch individuelle Interessen auf unangemessene Weise beeinflusst werden und sich negativ auf den Ruf der ORKB auswirken.
 - Die ORKB müssen bei der Zusammenarbeit mit den Bürgern ihre Unabhängigkeit und ihren professionellen Ruf wahren. Einige Organisationen der Zivilgesellschaft haben starke politische Verbindungen, welche die Unabhängigkeit beeinflussen könnten.
 - Die rechtlichen Rahmenbedingungen einiger ORKB verhindern die Zusammenarbeit mit den Bürgern oder schränken sie ein.

- Personalmangel und knappe finanzielle Ressourcen können die Zusammenarbeit mit den Bürgern und auch den Wert dieser Zusammenarbeit einschränken.
 - Mangelnde Kenntnisse der ORKB über den Aufbau der Kooperationskanäle mit den Bürgern.
 - Ermittlungsanfragen der Bürger sind nicht immer vom Mandat der ORKB gedeckt.
 - Eines der größten Risiken liegt im Umgang mit den Erwartungshaltungen der Bürger, dass die ORKB jede Frage lösen kann, was möglicherweise zu einer Überflutung mit Anfragen führt, welche die ORKB nicht bewältigen kann.
 - Aufbau wirksamer Kooperationskanäle mit den Bürgern, damit die ORKB:
 - Beschwerden entgegennehmen
 - die zu prüfenden Behörden oder Programme auswählen
 - und bei den Prüfungen Vorschläge, Anregungen und Kommentare aufgreifen können.
8. Daraus ergibt sich, dass die Zusammenarbeit zwischen den ORKB und den Bürgern positive Erfahrungen und Vorteile bringt. Voraussetzung dafür ist, dass die ORKB als glaubwürdig gelten, bevor sie mit den Bürgern in Interaktion treten, um das Vertrauen der Öffentlichkeit aufzubauen. Es wurden zwar auch Herausforderungen aufgezeigt, die meisten können jedoch durch eine sorgfältige Auswahl der Partnerinstitutionen, durch ordentliche Planung und durch die Umsetzung von Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen überwunden werden. Fest steht jedoch auch, dass Patentrezepte ungeeignet sind und die ORKB den Reifegrad ihres eigenen Umfelds bewerten müssen, um Art und Umfang der Zusammenarbeit mit den Bürgern festzulegen. Schließlich können die ORKB aus den Erfahrungen der anderen lernen und somit dem Motto der INTOSAI “*Experientia mutua omnibus prodest*” zum Durchbruch verhelfen. Die INTOSAI Arbeitsgruppe Wert und Nutzen der ORKB hat sich in ihrem Arbeitsprogramm das Ziel gesetzt, auf den Einsichten und Erfahrungen der Zusammenarbeit zwischen ORKB und Bürgern aufzubauen, um in diesem Bereich Leitlinien für die ORKB zu institutionalisieren.

21° Simposio NU/IN

Tema 3:

Valor y beneficios de la cooperación entre las EFS, los parlamentos y los ciudadanos.

Caso de la Contraloría General de la República de Costa Rica

Exponente: Máster Marta Acosta – Subcontralora General de la República

Julio 2011

En primer término la rendición de cuentas se insta en Costa Rica como un principio de rango constitucional al cual se encuentra sometida la Administración Pública. Este principio desempeña un papel de primer orden dentro del marco de la gestión pública moderna, y constituye un elemento esencial para un buen gobierno.

En el fortalecimiento y la promoción de la rendición de cuentas las entidades de fiscalización superior desempeñan un papel clave e ineludible, y tienen un papel fundamental en la construcción del conocimiento ciudadano sobre el uso y destino de los recursos públicos. En este sentido, la CGR de Costa Rica como parte del engranaje del sistema de rendición de cuentas, se encuentra plenamente comprometida en el desarrollo de acciones necesarias para el fortalecimiento de la transparencia de sus acciones y el fomento de la rendición de cuentas, tanto a lo interno de la institución como hacia los ciudadanos y ciudadanas del país, lo cual se desarrolla en virtud de las competencias constitucionales y legales asignadas a la institución.

En ese sentido, la institución ha venido desarrollando y fortaleciendo una serie de mecanismos orientados a activar el sistema integrado de rendición de cuentas, al desarrollo de instrumentos y sistemas de información y la aplicación del marco legal, aspectos que forman parte de los principios de rendición de cuentas de la Organización Latinoamericana de Entidades de Fiscalización Superior (OLACEFS), los cuales fueron promovidos por la Contraloría General de Costa Rica, en el ejercicio de la presidencia de la Comisión Técnica de Rendición de Cuentas y que fueron adoptados de forma unánime por los miembros de esa organización en el marco de su XIX Asamblea General, celebrada en Asunción, Paraguay, en el año 2009. Estos Principios, constituyen un mapa de ruta que procura un buen gobierno y una guía para que las instituciones de fiscalización superior de la región promuevan el adecuado ejercicio de la rendición de cuentas.

Para lograr activar tales mecanismos la institución en primera instancia ha promovido a lo interno el fortalecimiento de su planificación estratégica, de tal forma que su Plan Estratégico institucional formulado para el período 2008-2012, incorpora dos objetivos estratégicos que resaltan la importancia que representa para la CGR promover la participación ciudadana:

- Incrementar el uso de los productos de la Contraloría General de la República por parte de la Asamblea Legislativa, los medios de comunicación y la ciudadanía
- Incrementar la confianza en la Contraloría General de la República por parte de la sociedad costarricense

Para cumplir estos objetivos se ha implementando una serie de acciones, entre la cuales se destaca la formulación del Plan Nacional de Fiscalización y Control, elaborado en 2010, conjuntamente con un grupo de ciudadanos expertos y con la participación de un grupo representativo de Auditores Internos del Sector Público. Este plan contiene un componente importante dedicado a temas específicos de interés ciudadano.

A continuación se detallan las acciones realizadas en cada uno de esos tres mecanismos.

a. Activación del sistema integrado de rendición de cuentas

Este aspecto se relaciona con la perspectiva horizontal de la rendición de cuentas, y en primer término cabe destacar la relación de la CGR con la Asamblea Legislativa, en atención a la función auxiliar que por mandato constitucional le corresponde brindar.

Sobre este particular, la Contraloría General le proporciona al Congreso información relativa a los productos que se generan, tales como todos los informes de fiscalización que elabora, le brinda asesoría técnica en materia de hacienda pública así como también atiende las solicitudes de información, solicitudes de estudios de fiscalización y consultas de proyectos de ley, entre otros.

Además de los productos citados, también se le suministra al Congreso una serie de informes para su control político, entre los cuales destaca la Memoria Anual de la CGR, la cual contiene, entre otros aspectos un conjunto de Opiniones y Sugerencias con el fin de apoyar las deliberaciones y decisiones legislativas sobre diversos temas de debate nacional, el dictamen de la evaluación de la gestión de la cuenta pública, así como la propia rendición de cuentas de la CGR (Informe de Labores). Esta memoria, como práctica institucional de los últimos años, no solo se presenta en forma impresa, sino que además se desarrolla toda una labor de divulgación ante las diferentes fracciones políticas y ante

la Comisión de Ingreso y Gasto Público, la cual analiza el uso y destino de los recursos del presupuesto público.

Otro producto importante es el relacionado con el Informe Técnico sobre el Proyecto de Ley de Presupuesto de la República. Este se presenta anualmente a la Asamblea Legislativa con el propósito de proveer información y opinión acerca del proyecto de presupuesto y, de esta forma, contribuir a su proceso de discusión y aprobación. En este informe se incorporan proyecciones fiscales y financieras, se aborda el proceso de formulación presupuestaria y la planificación nacional. También se discute el análisis de egresos de algunas instituciones. En el pasado, por ejemplo, a través de estos informes la Contraloría comunicó que no se estaba presupuestando el 6% del PIB, establecido constitucionalmente, para educación. Para el informe técnico de 2011, se comunicó que se había presupuestado el 7.1% del PIB. Además, se informa si la asignación de los recursos se realiza en función de las prioridades establecidas en el Plan Nacional de Desarrollo. Todas estas prácticas promueven beneficios a la ciudadanía.

Asimismo y como aporte a la rendición de cuentas y a la transparencia presupuestaria la CGR ha venido presentando al Congreso información especial sobre la ejecución presupuestaria de las instituciones públicas tanto a la Asamblea Legislativa como a la ciudadanía en general.

Cabe señalar además, que en los últimos tres años, la CGR ha utilizado una buena práctica la cual consiste en formular una encuesta para conocer la opinión que tienen los señores y señoras diputados y diputadas sobre la calidad de sus informes, utilidad de los mismos para control político y la rendición de cuentas del gobierno así como su opinión sobre el nivel de comprensión de nuestros informes. Producto de estas encuestas se mejoran continuamente los productos que se remiten a los legisladores para su oportuna toma de decisiones.

b. Desarrollo de instrumentos y sistemas de información

La CGR ha incorporado, como parte de su gestión institucional y en procura de la generación de valor público, el servicio a la ciudadanía costarricense, ello por medio de la

entrega de productos acordes con las características de calidad y oportunidad que merece la ciudadanía así como también teniendo muy presente que una premisa fundamental de la transparencia se relaciona con la calidad de la información para una efectiva rendición de cuentas. En ese sentido la CGR ha venido promoviendo a lo interno la transparencia de la información pública y su disposición a la ciudadanía, especialmente haciendo para ello un uso intensivo de la tecnología y desarrollando esfuerzos para que la información pública que se genera, pueda ser accesada fácilmente y de manera comprensible, tal como lo prevén las mejores prácticas en el proceso de rendición de cuentas.

En este aspecto, por medio del sitio web de la CGR se pone a disposición de la ciudadanía mecanismos para que el ciudadano pueda denunciar posibles actos de corrupción (denuncia electrónica) así como información presupuestaria de las instituciones mediante sistemas de información clave, de fácil acceso y de calidad confiable, como lo son el Sistema de Presupuestos Públicos (SIPP) y el Sistema Integrado de la Actividad Contractual (SIAC), que facilite la exigencia de cuentas a los ejecutores de las políticas públicas; así como información sobre los resultados de los informes de fiscalización, haciendo uso de la plataforma tecnológica disponibles en la institución para facilitar la consulta de esa información por parte de los usuarios. Asimismo la institución se encuentra desarrollando un observatorio del gasto público, el cual estará a disposición del ciudadano a partir de mes de octubre próximo.

Esas acciones, entre uno de sus logros más reconocidos, le han permitido al país obtener un importante resultado en la medición del índice internacional de transparencia presupuestaria, pues las variables mejor calificadas están vinculadas con las funciones de fiscalización y control presupuestarios realizadas por la Contraloría General.

Otro aspecto importante de señalar en este apartado, se relaciona con la disponibilidad de información relacionada con generación de Informes de Fiscalización, todos los cuales se incorporan en el sitio web y pueden ser consultados por todos los actores sociales, instituciones gubernamentales, instituciones privadas, medios de comunicación, etc.

Asimismo, en relación con los informes de fiscalización de mayor impacto, se generan boletines y audios para su difusión a la ciudadanía a través de los medios de comunicación.

c. Aplicación del marco legal

Tal como lo prevé el principio de rendición de cuentas instaurado constitucionalmente, la administración pública en sentido amplio estará sometida a un procedimiento de evaluación de resultados y rendición de cuentas, con la consecuente responsabilidad personal para los funcionarios en el cumplimiento de sus deberes. La ley señalará los medios para que este control de resultados y rendición de cuentas opere como un sistema que cubra todas las instituciones públicas.

En ese sentido y acorde con competencias constitucionales y legales otorgadas a la CGR, ha generado una serie de acciones tendientes a la aplicación efectiva del marco normativo que regula la rendición de cuentas.

Para ello, a nivel interno, cuenta con el **Área de denuncias e investigaciones**, la cual tiene como objetivo detectar e investigar posibles irregularidades y actos de corrupción en la Administración Pública, por medio de un proceso constante de monitoreo y fiscalización de la Hacienda Pública, para lo cual le corresponde desarrollar e implementar mecanismos de investigación, preferiblemente apoyada en tecnologías de información y en bases de datos internas y externas, que le permita relacionar y procesar altos volúmenes de información y facilitar la identificación de hipótesis de corrupción.

Por otra parte también se desarrollan otro conjunto de acciones para enfrentar la corrupción y la percepción de impunidad tales como la participación judicial de la CGR en los procesos constitucional, contencioso administrativo, penal y laboral, la aplicación de procedimientos administrativos, entre otros aspectos.

Estrategia de acercamiento a la ciudadanía

- Como complemento de las acciones antes citadas, la CGR ha venido desarrollando una estrategia de acercamiento a la ciudadanía, la cual se activa por varias vías, siendo una de ellas la participación de la CGR en la Comisión Nacional para el Mejoramiento de la Administración de Justicia, que agrupa al Poder Judicial,

Defensoría de los Habitantes, Ministerio de Justicia, Tribunal Supremo de Elecciones, la Asamblea Legislativa, el Colegio de Abogados y la Facultad de Derecho de la Universidad de Costa Rica, en la cual se desarrollan actividades de acercamiento directo a la ciudadanía, brinda una valiosa oportunidad para contactar, directamente ya sea a los grupos de la sociedad civil organizada, o bien a los ciudadanos en general, de tal modo que ellos puedan aclarar las dudas que tengan acerca del quehacer de la Contraloría, o bien retroalimentar y coadyuvar en el ejercicio de la fiscalización superior.

- El sitio web institucional se revisa de manera permanente con la finalidad de acercar más al ciudadano e informarle de mejor manera sobre nuestra gestión y nuestros productos. La CGR incorpora dentro de su sitio Web una sección denominada “Contraloría transparente”, con el propósito de que la ciudadanía conozca sobre nuestros planes, políticas, finanzas, remuneraciones, entre otros.
- Proceso de revisión de pares: Tal como se señaló al inicio, uno de los objetivos de nuestro plan estratégico se orienta a fortalecer la confianza de la sociedad en la CGR, para ello, una de acciones tomadas se orienta al sometimiento voluntario de la CGR para realizar una revisión de pares en dos de nuestros procesos: el de auditoría y el proceso de planificación institucional. Esta revisión dará inicio entre los meses de agosto y noviembre 2011 por parte de la EFS de México y de Chile respectivamente.
- Rendición de cuentas: La CGR como toda institución pública y de acuerdo con el mandato constitucional está en la obligación de rendir cuentas sobre su actuación, por lo que se somete al escrutinio del Congreso, de los medios de prensa y de la ciudadanía en general. Además de su Memoria Anual al Congreso, la CGR elabora un informe semestral y anual sobre su gestión al Ministerio de Hacienda. Esta información está disponible para los ciudadanos y la prensa.

A manera de resumen, se concluye que la participación ciudadana es un proceso irreversible y requiere de un proceso gradual de cambio por parte de las EFS, sujeto a mejora continua, lo cual parte de moldear aún más nuestra cultura organizacional,

21° Simposio NU/IN

Tema 3:

Valor y beneficios de la cooperación entre las EFS, los parlamentos y los ciudadanos.

Caso de la Contraloría General de la República de Costa Rica

Exponente: Máster Marta Acosta – Subcontralora General de la República

Julio 2011

contribuir a capacitar y educar al ciudadano para que participe de manera más activa y exija cuentas a las instituciones públicas.



21st UN/INTOSAI Symposium
21^e Symposium ONU/INTOSAI
21. VN/INTOSAI Symposium
21^o Simposio NU/INTOSAI
الندوة ٢١ للأمم المتحدة والانتوساي

13 – 15 July 2011, Vienna, Austria / 13 – 15 juillet 2011, Vienne, Autriche
13. – 15. Juli 2011, Wien, Österreich / 13 al 15 de julio de 2011, Viena, Austria

Topic/Thème/Thema/Tema/الموضوع

- Effective practices of cooperation between SAIs and citizens to enhance public accountability •
- Pratiques efficaces de coopération entre les ISC et les citoyens afin d'améliorer la reddition des comptes publics •
- Wirksame Praktiken der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern zur Förderung der öffentlichen Rechenschaftspflicht •
- Prácticas efectivas de la cooperación entre las EFS y los ciudadanos para aumentar la rendición de cuentas pública •

الممارسات الفعالة للتعاون بين الأجهزة العليا للرقابة المالية والمواطنین لتعزيز المساءلة الحكومية

Thema 3: Wert und Nutzen der Zusammenarbeit
zwischen ORKB, Parlament und Bürgern

Fallstudien und Länderpapiere

BASIC PAPER / RAPPORT DE BASE / GRUNDLAGENPAPIER / PONENCIA BASE

prepared by/préparé par/verfasst von/elaborado por

DÄNEMARK

1. Definition des Begriffs „Fokusgruppe“

Unter Fokusgruppe versteht man eine Form der qualitativen Sozialforschung, bei der eine Gruppe von Personen über ihre Eindrücke, Meinungen und Einstellungen zu einem Produkt, einer Dienstleistung, einem Konzept, einer Werbung, einer Idee oder einer Verpackung befragt wird. Die Befragung erfolgt im Rahmen einer interaktiven Gruppendiskussion, bei der sich die Teilnehmer ohne Beschränkungen mit den anderen Gruppenmitgliedern austauschen können.

2. Zweck des Einsatzes einer Fokusgruppe

Die Einrichtung einer Fokusgruppe bietet Gelegenheit, nicht nur die geprüfte Stellen, sondern auch Bürger und Experten mit einzubeziehen. Darüber hinaus kann die Einrichtung einer Fokusgruppe auch in der Analyse- und Abschlussphase einer Prüfung erheblich Zeit sparen, da alle wesentlichen Beteiligten zum gleichen Zeitpunkt zusammenkommen und die Stellungnahmen der jeweils anderen unmittelbar mitbekommen. Die Abhaltung von Fokusgruppensitzungen zu einem frühen Zeitpunkt im Prüfprozess bringt auch eine Bestätigung, dass die Prüfung sich auf die richtigen Fragen konzentriert. Schließlich und endlich bildet die Fokusgruppe auch eine zusätzliche Ebene im Qualitätssicherungsprozess, besonders im Hinblick auf die Gewährleistung der Angemessenheit und Vollständigkeit einer Prüfung und der entsprechenden Empfehlungen.

3. Erfahrungsbericht zum Einsatz von Fokusgruppen

Vorstellung zweier betroffener Wirtschaftlichkeitsprüfungen

Die dänische ORKB (Rigsrevisionen) hat kürzlich bei den zwei im Anschluss dargestellten Prüfungen Fokusgruppen eingesetzt. Eine der beiden Prüfungen ist noch nicht abgeschlossen.

14/2009. Projekt zur Einführung einer digitalisierten Grundbucheintragung

Thema des Berichts ist die Einführung einer digitalisierten Grundbucheintragung. Mit deren Umsetzung ist eine unabhängige, dem Justizministerium beigeordnete Verwaltungsstelle betraut, und zwar in enger Zusammenarbeit mit dem im Jahr 2007 eingerichteten Grundbuchgericht. Die Eintragung von Grundbesitz umfasst die öffentliche Einverleibung, Prüfung, sowie Veröffentlichung der Eigentumsrechte im Grundeigentumsregister. Das am 8. September 2009 nach mehrmaligen Verzögerungen in Betrieb genommene digitale Grundbuch stellt das wichtigste Register dar. Nach Einführung der digitalen Grundbucheintragung gab es bei der Nutzung Schwierigkeiten bei der Eintragung im Grundeigentumsregister, was unter anderem

auch zu langen Bearbeitungszeiten führte. Zielsetzung der Prüfung, die auf Initiative des parlamentarischen Rechnungsprüfungsausschusses erfolgte, war die Bewertung der Umsetzung des Projekts zur Einführung der digitalisierten Grundbucheintragung, einschließlich der Entscheidungsgrundlage für die Projektdurchführung, der Projektabwicklung, der Finanzgebarung, des Funktionsumfangs des Systems, der Vorbereitungen für die organisatorische Umsetzung des Systems sowie des Funktionierens des Systems.

Initiativen der Strafvollzugs- und Bewährungshilfebehörde zur Verhinderung von Rückfallskriminalität (noch nicht abgeschlossen)

Thema des Berichts sind die von der Strafvollzugs- und Bewährungshilfebehörde zur Verhinderung der Rückfälligkeit von Straftätern getroffenen Maßnahmen. Seit 2006 liegt die Rückfallskriminalitätsrate unverändert bei 26 %. In diesen Wert fließen auch die Zahlen für Straftäter mit ein, die innerhalb von zwei Jahren nach ihrer Haftentlassung einer neuen Straftat überführt werden. Die Dienststelle hat bereits mehrere Initiativen gesetzt, zum Beispiel ein Projekt zur optimierten Haftentlassung, Vereinbarungen mit den Gebietskörperschaften abgeschlossen sowie Wirksamkeitsstudien zu ausgewählten Themen beauftragt. Zielsetzung der Prüfung war festzustellen, ob die Zusammenarbeit zwischen den der Behörde unterstellten Institutionen sowie zwischen der Behörde und den Gebietskörperschaften in ausreichendem Maße gegeben ist, und ob die zur Verhinderung von Rückfallskriminalität getroffenen Maßnahmen von der Behörde entsprechend ausgewertet werden.

Methodologie

Die Fokusgruppen kamen im Rahmen der beiden von der dänischen ORKB durchgeführten Prüfungen einmal bzw. zweimal zusammen. Die Sitzungen dauerten ungefähr zweieinhalb Stunden. Den Teilnehmern war mit entsprechender Vorlaufzeit eine Tagesordnung zugeleitet worden.

In den ersten Sitzungen der Fokusgruppen wurde primär der Prüfungsumfang erörtert sowie offensichtliche Probleme, die einer Prüfung bedurften. Im Rahmen der jüngsten Prüfung durch die Strafvollzugs- und Bewährungshilfebehörde wurde eine zweite Fokusgruppensitzung abgehalten, bei der die vorläufigen Prüfungsfeststellungen, einschließlich der Empfehlungen (z.B. Wortlaut), diskutiert und in Frage gestellt werden sollten.

Die Sitzungen fanden sowohl in Plenarform als auch in kleineren, aus zwei bis drei Teilnehmern bestehenden Gruppen statt. Durch die Aufteilung in Kleingruppen wurde die Beteiligung sämtlicher Teilnehmer an den Erörterungen sichergestellt.

Jede Fokusgruppensitzung wurde entweder von einem erfahrenen Mitarbeiter der Personalabteilung der dänischen ORKB oder von einem externen Experten mit entsprechender Befähigung moderiert. Im Umgang mit Fokusgruppen ist ein bestimmtes Maß an Moderations- und Führungsfähigkeiten erforderlich.

Eine Zusammenfassung der Sitzungen wurde allen Teilnehmern zur Stellungnahme vorgelegt. Gleichzeitig dienten die Zusammenfassungen als Sekundärdokumentation für die Prüfungen.

Fokusgruppen eignen sich grundsätzlich unabhängig von der Zielsetzung einer Prüfung als methodologisches Instrument für sämtliche Wirtschaftlichkeitsprüfungen. Man sollte sich jedoch stets der Subjektivität der Aussagen der einzelnen Teilnehmer gewärtig sein (d.h. jeder Teilnehmer könnte einen eigenen Standpunkt vertreten). Es ist auch kein Konsens zwischen den Teilnehmern erforderlich. Damit eine Fokusgruppe ihren Zweck erfüllen kann, dürfen die Teilnehmer einander nicht allzu vertraut werden – dementsprechend ist die Anzahl der Gruppensitzungen auf ein Minimum zu beschränken.

Im gesamten Verlauf muss die ORKB unabhängig bleiben und auch so wahrgenommen werden. Es liegt dann an der ORKB, die Ergebnisse der Gruppe festzuhalten und auszuwerten.

Der Rechnungsprüfungsausschuss des Parlaments wäre daran gelegen, wenn die dänische ORKB den Einsatz von Experten bei Prüfungen öfter in Betracht zöge.

Teilnehmer

Die Fokusgruppe für das Projekt zur Einführung einer digitalisierten Grundbucheintragung bestand aus Vertretern 1) des Bankensektors, 2) der Rechtsanwaltskammer, 3) der Immobilienmaklervereinigung, 4) der Vereinigung der zertifizierten Landvermesser, 5) des Justizministeriums, 6) des Grundbuchgerichts, 7) des Systemlieferanten und 8) einem EDV-Experten.

Die Fokusgruppe für die Initiativen der Strafvollzugs- und Bewährungshilfebehörde zur Verhinderung von Rückfallskriminalität setzte sich aus Vertretern 1) des Justizministeriums, 2) der zentralen Strafvollzugs- und Bewährungshilfebehörde, 3) der der Behörde unterstellten Interessengruppen, wie z.B. Justizwachebeamte, Leiter von Unterbringungseinrichtungen, Leiter von Bewährungshilfestellen, 4) der örtlichen Gebietskörperschaften, 5) des dänischen Gemeindeverbands (LGDK), 6) einer Vereinigung von ehemaligen Häftlingen namens Exit, 7) der Vereinigung der Sozialarbeiter sowie einer Privatorganisation/Denkfabrik zum Thema Kriminalität und Rechte zusammen (der Vorsitzende, der an der Fokusgruppe teilnahm, ist der ehemalige Leiter der kanadischen Strafvollzugs- und Bewährungshilfebehörde).

Die Teilnehmeranzahl kann je nach Thema variieren. Die Erfahrungswerte der dänischen ORKB sprechen für eine Beschränkung auf 8-12 Teilnehmer.

Vor der Auswahl der Teilnehmer setzte sich die dänische ORKB mit den geprüften Stellen ins Einvernehmen um sicherzustellen, dass die Teilnehmer relevante Beiträge leisten konnten. In beiden Fällen akzeptierten die geprüften Stellen die vorgeschlagenen Kandidaten ohne Einwände. Alle Teilnehmer hatten ein direktes Interesse am Thema der Prüfung, entweder als Benutzer oder als geprüfte Stelle.

Die dänische ORKB übernahm lediglich die Reise- und Übernachtungskosten; die Teilnehmer erhielten keinerlei weitere Gegenleistung.

Ergebnisse

Die Fokusgruppensitzungen erwiesen sich als äußerst nützlich, da alle Beteiligten zum gleichen Zeitpunkt zusammenkommen und zu den Diskussionsbeiträgen der jeweils anderen unmittelbar Stellung nehmen konnten, was besonders im Hinblick auf die Festlegung des Prüfungsumfangs von Vorteil war.

Bei jeder Sitzung wurden die Teilnehmer aufgefordert, 5 wesentliche Problempunkte, eine prioritäre Reihung der Systemumsetzung oder die drei Bereiche mit dem größten Verbesserungspotential festzuhalten. Diese Vorgangsweise erwies sich als nützliche Leitlinie im gesamten Prüfungsprozess.

Die Abhaltung von Fokusgruppensitzungen spart viel Zeit, da alle Teilnehmer zum gleichen Zeitpunkt zusammenkommen und auch der Zeitaufwand für die Validierung verschiedener Aussagen jeder geprüften Stelle minimiert werden kann.

Mithilfe von Fokusgruppen kann Expertenwissen in den Prüfungsprozess eingebracht werden, z.B. EDV-Experten oder System/Organisationsexperten, ebenso wie die Meinung von Bürgern, wie etwa Ex-Häftlingen. Die Einbeziehung von Gruppen, die über eine tiefgehende Kenntnis der Materie verfügen, führt darüber hinaus auch zu einer verbesserten Qualitätssicherung.

4. Wert und Nutzen des Einsatzes von Fokusgruppen

- Zeitersparnis.
- Einbeziehung von Experten.
- Verbesserte Qualitätssicherung.
- Möglichkeit zur Bürgerbeteiligung.
- Unterstützung bei Festlegung des Prüfungsumfangs.
- Verbesserter Ansatz zur Sicherstellung, dass bei der Prüfung die richtigen Fragen behandelt werden; so wurde z.B. bei einer Fokusgruppensitzung die gedeihliche Zusammenarbeit zwischen der Strafvollzugs- und Bewährungshilfebehörde und den Gebietskörperschaften als grundlegender Faktor bei der Verhinderung der Rückfallkriminalität erkannt.

“Improving Communication between SAIs and their Stakeholders”
Superior Audit Office of Mexico | July, 2011

Foreword

All around the globe, the practice of governmental auditing has surpassed its traditional boundaries to become an instrument readily used, both by official agencies and the citizenry, to assess the quality of public funds' use.

The findings of an audit might prove to be an important input for stakeholders of all sorts: lawmakers and their decisions over budgetary allocations; upper management and the implementation of changes on their strategies; watchdog organizations and the contents of their reports; media and their views; private citizens and their participation in elections.

Even though the outcomes of the auditing process are, mainly, of a technical nature, they reflect with great clarity the real capacity of a government of meeting the citizenry's needs, and therefore, they should provide accurate and timely information to the users on how their money has been spent.

Auditing is, indeed, a public service, and auditing entities should always bear in mind that they are writing not only for a specialized minority, but for the nation as a whole.

Therefore, the definition of a sound and coherent communication policy should be a paramount of the auditing process; it is necessary not only to get the results, but make them available for stakeholders of all kinds, in order to render them fit for their main purpose: the improvement of governmental expenditure.

In this paper, we will offer the reader the experiences of the Superior Audit Office of Mexico (SAO) regarding the challenges of conveying the contents of its auditing reports, the steps undertaken towards broadening the base of its users and the future endeavors for attaining its goals.

The task of conveying auditing results

Since its inception, the SAO was given the mandate to assess the federal public accounts, on a yearly basis and after the expenditures have been made. The scope of the auditing process comprises the Executive, Legislative and Judiciary Branches of the Federal Government, the federal funds transferred to the federal states and, in general, any institution or even individual that uses federal resources.

Likewise, the SAO has the duty of presenting its yearly report to a special Commission of the Mexican Chamber of Deputies. The contents of the report are made public after this presentation, given the need of preserving the confidentiality of the information; the full version of the report is posted on the SAOs' website in order to make it available for the general public, the media and the academic sector.

By doing so, the SAO can officially consider that it has acquitted itself of this task, and move on. But how have these actions translated in a wider awareness of the contents of its auditing report?

In order to get precise information on this, the SAO decided to conduct a survey among a representative sample of its users and of the general public towards the end of 2007. This survey was meant to assess the level of transparency and accountability culture within Mexican population, so as to have an insight concerning the national perception on the institution's performance and outcomes.

This study pointed out that a large percentage of the non-specialized population is unable to identify SAO's specific responsibilities; yet, the percentage that does identify them largely approves (over 75%) the institution's performance.

Also important, the study exposed that educational level is a central issue in determining the importance of public institutions' transparency and accountability, as well as SAO's tasks. Likewise, the perception on the institution among the national experts is good (69%), thus allowing SAO to be considered as a well rated institution within the Mexican governmental institutions.

A second survey was conducted in 2009, regarding those areas whose endeavors are related to the auditing process. 36 federal governmental entities, an autonomous entity, nine state governments, two unions and 31 media organizations were asked about their knowledge on auditing, SAO's functions and the perception of its work.

The survey's results were positive, showing that 57% of the sample considered that the SAO's annual report offers a clear panorama of the public expenditures; the same percentage sustains that the outcomes and findings of the auditing process contributes to the improvement of the public funds' use; 89% of the surveyed entities believed that SAO's work is trustable; 71% thought that the institution met national expectations regarding transparency and accountability; 83% considered that the SAO acted with objectivity, 71% with impartiality, 78% with efficiency and 86% with integrity.

Even though these outcomes are favorable to the SAO's performance, we have to concede that they are not very explicit regarding the issue under discussion: how well is our message been conveyed to our stakeholders. Perception is just a part of the picture; as an institution whose values are related to accountability and

transparency, we have to be very self-critical and consider if we are doing our best in terms of rendering the results of our work available to all those interested in it, not only to our usual customers.

The Annual Report and its Peculiarities

Let's start with our main client: the Chamber of Deputies. In principle, the auditing findings should be an important input for the legislative work, the definition of the federal budget and the fund allocation. Time and again, we have been advised, as the technical auditing arm of the Chamber, that our information arrives late; not because of a non-compliance with the calendar, but because while the budget is discussed in December, the SAO's report is delivered in March, which means that our work has not become an input for the national budgetary decisions taken by the Chamber.

Since the SAO is forced to comply with its legal mandate, it has to wait until the Ministry of Finance gives it the fiscal year's public account, including information on all the Branches, which happens in the first quarter of the following year. The process of auditing takes several months, thus forcing the SAO to hasten its audits in order to render its report as soon as possible. Nevertheless, the gap between serviceable information and availability date is still to be significantly narrowed.

Another factor is the sheer volume of the report itself. Around a thousand audits are conducted, resulting in a huge set of tomes -66 in 2010-, sometimes written in an arid and technical language; a daunting task for anyone daring to read each and every part of this report, and likely requiring specific knowledge on the issues tackled therein. Several members of the Oversight Commission have candidly expressed that it is just impossible not to get lost in those thousands of pages, even with the most serious intentions of trying to fully understand. This reflects, unfortunately, on the lack of use of our work in the Chamber's debates.

In order to address this situation, the SAO decided to radically modify the presentation of its report. From this year on, individual reports will be issued as soon as each auditing process is finished. Even though it is always tempting to include a thorough analysis of each particular situation found, there will be a strict editorial policy regarding simplicity and conciseness, so as to allow the reader to grasp the main issues and conclusions.

This will allow the Chamber of Deputies to count on a steady stream of information which can be taken into consideration during the lawmakers' work, fuel informed debates and take more objective decisions.

Mass communication by the Internet

Most Superior Audit Institutions have Internet sites in order to conveniently, efficiently and economically convey their message to the public. But, evidently, the access of each country's public to the Internet resources still varies enormously, and so does the clarity of the aforementioned websites' contents.

Mirroring the problems discussed above regarding the complexity of the SAO's reports, the digital versions have also presented several limitations, mainly, the user-friendliness of the system.

Given that an official website is the portrait of an institution, we have periodically analyzed the contents and general appearance of our website. Thus far we have made at least three major overhauls of our portal, in order to make it more useful for its visitors. Right now we are working in a new portal, which will enable the users to quickly find their way among the numerous audit reports, as well as an English version for our international customers.

The SAO and the Media

We all know that the media often portrays events under a very different light than the one we use. Even though there is a responsible attitude of the mainstream means of communication regarding the work performed by the Superior Audit Institutions, we can always find fine examples of sensationalism, lack of contextualization or mere ignorance on the procedures and meaning of the auditing processes.

This might become a problem because one of the mainstays of our profession is credibility. We have to be perceived as institutions fully engaged with values such as impartiality, objectivity and accuracy, and the media can be a strategic ally in order to attain this goal.

We can't interfere with the freedom of the press, but we can indeed help them by providing the technical skills required to understand our auditing practices, the real scope of our decisions and the legal mandate and constraints of the auditing practice. A more informed analyst will generate a balanced and objective view of the facts and therefore, produce valuable information for the public.

Last year the SAO, in collaboration with one of the most prestigious social investigation centers of Mexico, offered a workshop to the journalists that cover legislative news about several issues related to our work: the conceptual framework of accountability, the institutional environment, the role of Superior Audit Institutions, the different kinds of audit processes, the national and international framework of auditing, and the quality of governmental performance, among others. Several acknowledged specialists were invited to offer these courses, and the response was very positive.

Another interesting experience was a workshop on media management, which was attended by the heads of the Superior Audit Offices of the 32 federal states. We found that it is imperative that those responsible of this important task develop the abilities to convey a clear and coherent message when they concede interviews or are requested to make statements on specific issues. Quite a few of them found out that dealing with the media is not as easy as it seems, and that they have to proceed with caution in order to promote their institutional interests.

In Mexico, by law, the government is entitled to use time spaces in public TV and radio for official purposes; likewise, the Legislative Branch has an official TV channel, available on cable, for disseminating information.

The SAO decided to take advantage of these opportunities by creating a series of spots describing its activities to the general public, and recording twenty half-an-hour round table discussions. These programs –under the title “Checks and Balances”- were moderated by a respected journalist and included the participation of specialists, scholars, members of our institution and lawmakers representing the whole Mexican political spectrum.

Several issues were debated: auditing in federal states and municipalities, current international trends in auditing, the value and benefit of Superior Audit Institutions, auditing and public policies design, auditing and budget definition, the participation of the citizen in accountability processes, possible reforms to the audit system, role of sanctions in the auditing process, etc.

We consider these efforts as a very valuable means for reaching wider audiences and, in a way, “educate” the public regarding our endeavors. Given the positive reception to this initiative, we plan to develop other projects of the same nature in 2011.

Input of the Academic Sector

Another stakeholder, which is seldom taken into account in the definition of communication strategies, is the academia. Investigation centers, professional associations, universities, are all net producers of knowledge on auditing issues, and therefore, the Superior Audit Institutions should reach out and participate actively in research and development projects with them. Moreover, the future members of our institutions are the current alumni of these centers; a special attention should be devoted regarding a contribution in the curricula of the audit specialists.

The SAO has signed a series of agreements with universities so their best students can make internships in the institution and, eventually, opt to become full-time employees. At the request of several of these centers, the SAO participates, on a

regular basis, in seminars, round tables and other academic activities in order to develop an interest on our work among the attending public.

Another project that has yielded outstanding results has been the annual contest of essays on superior auditing and accountability, organized with the National University. This contest, held for the last ten years, has offered a showcase for those involved with these themes; over 700 essays have been received, and the best have been disseminated across the country.

The Citizen and the Accountability Process

All in all, the most important stakeholder for a Superior Audit Institution is the citizenry, because it is the ultimate beneficiary of a better use of public funds, and at least in Mexico, might be the least aware party of the benefits of government auditing and accountability. The surveys have shown us that our work is not well understood by a considerable part of the nation; therefore, we have to design appropriate means for conveying the importance of auditing.

There has been an intense international debate on the feasibility of allowing the citizenry and the Non Governmental Organizations a more active role in the audit process. We believe that this participation might prove to be valuable as long as it does not interfere with the impartiality of the institution, and acts as an additional source of information about the performance of governmental agencies.

Moreover, last year the SAO created a mechanism (hot line) for receiving anonymous denounces of the public regarding alleged irregularities via e-mail. These inputs will be taken into account in the yearly audit planning program. We hope that this strategy, together with clearer audit reports, a more accessible website and all the other dissemination activities described in this document, will enhance the institutional communication process with the citizenry.

Conclusion

As we have seen, the adequacy of a communication strategy covering the interests and special characteristics of all stakeholders is a vital element of a Superior Audit Institution work. We produce information, and if this information does not reach its final users, the impact of the auditing practice's outcomes will be severely curtailed.

A multidisciplinary approach is required in order to attain a coherent and diversified communication policy. We have to bear in mind the particular needs of our customers, so our products meet their specific requirements. The different parts of the policy must complement each other, so our institutions can convey a univocal message that reaches the widest possible audience.

We must strive to generate a positive perception in the public, but also couple it with specific actions that offer certitude and real contents to that perception. In this way, we will maintain the attention of our stakeholders and receive valuable input for attaining our institutional goals.

“Effective practices of cooperation
between SAIs and citizens
to enhance public accountability”

21st UN/INTOSAI Symposium
Vienna, July 13-15 2011

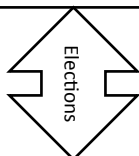
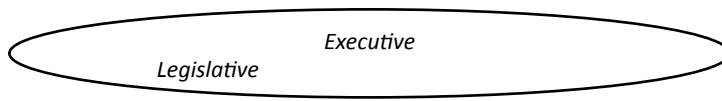
Theme 3
Values and benefits of cooperation between SAIs,
parliaments and citizens

Enrique Peruzzotti
(Consultant UNDESA, Di Tella University)

Traditional approach: arenas and agents of accountability

Horizontal mechanisms (political and legal accountability)

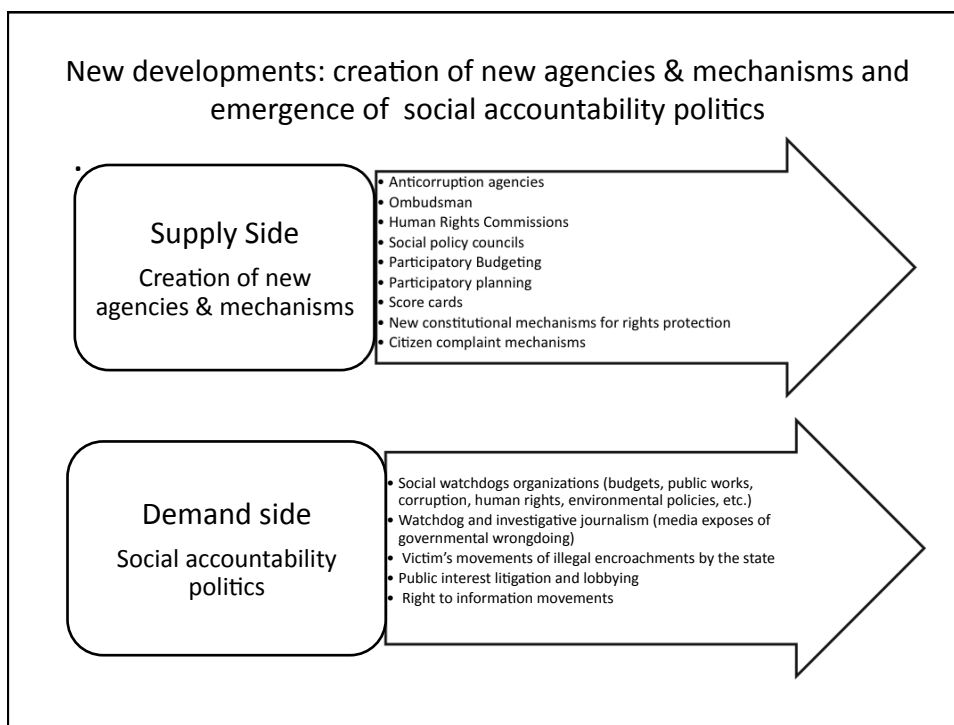
Comptroller General
Public Prosecutor
Public Audit



Individual Citizens

Civil Society Media

Vertical Mechanisms

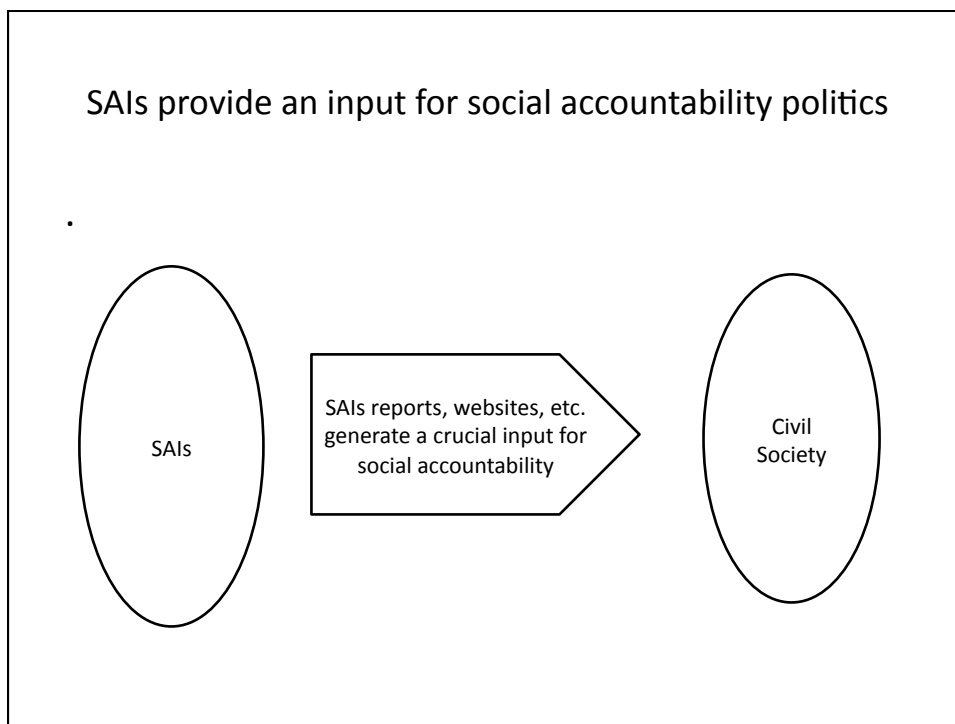
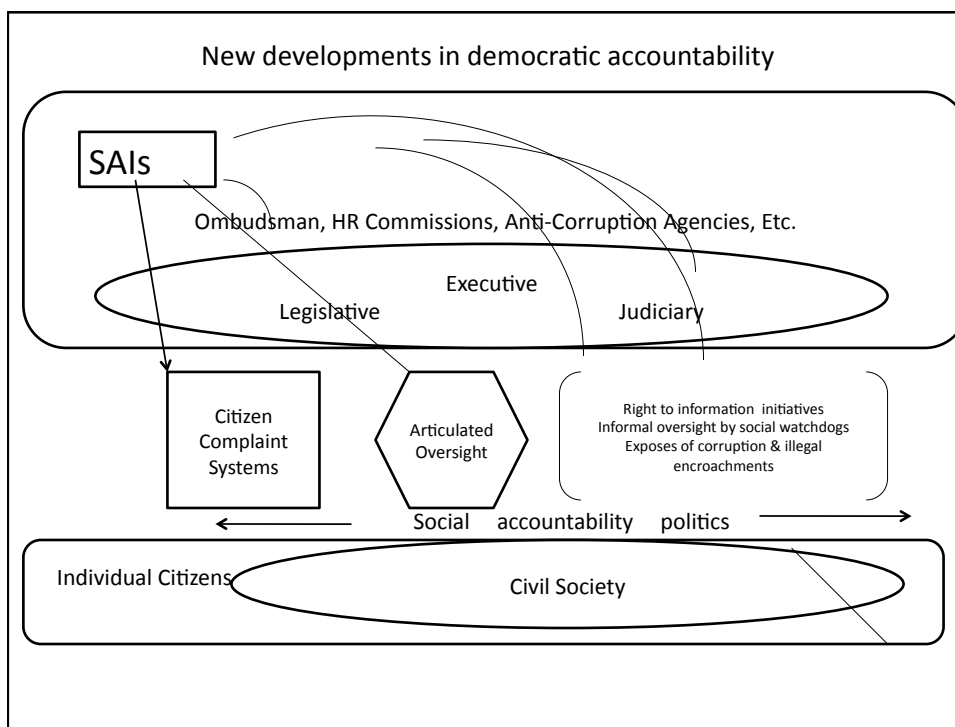


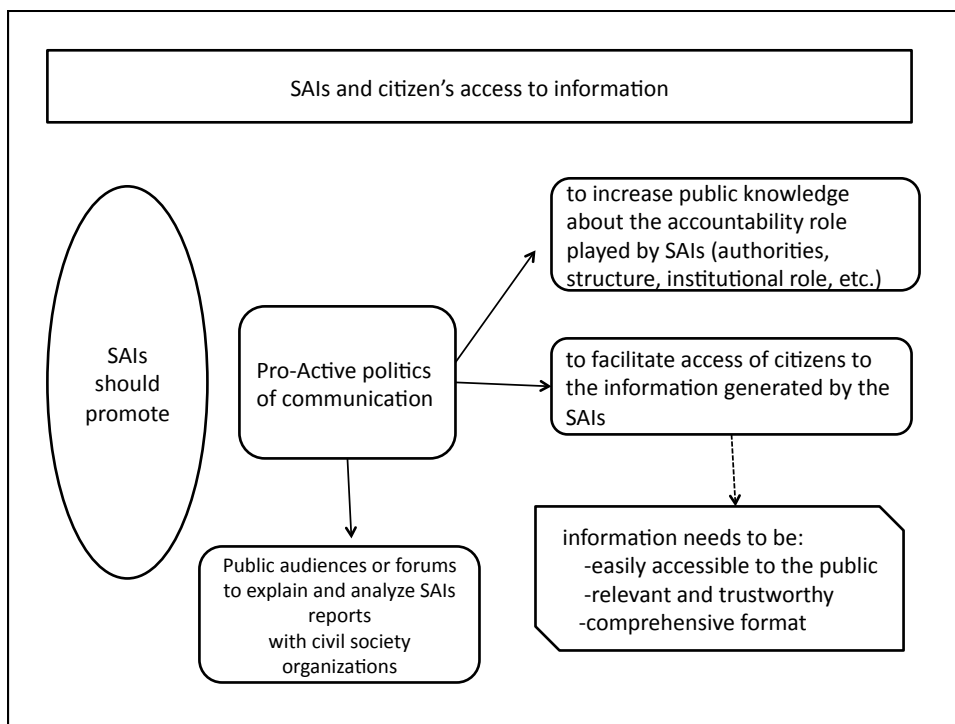
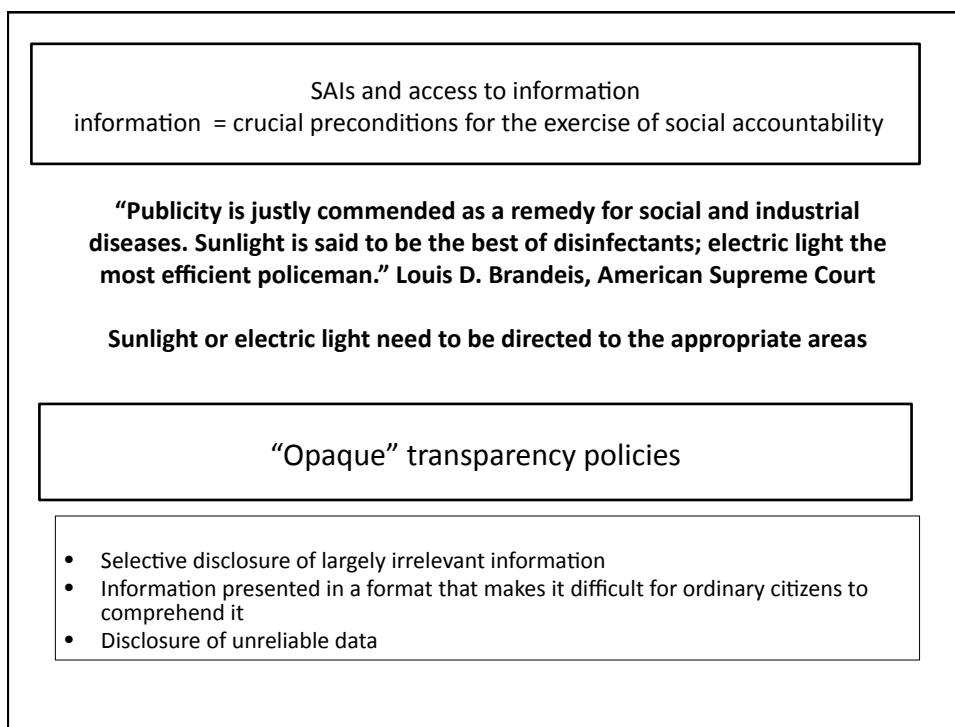
Sub-type of social accountability politics that is directly relevant to SAIs

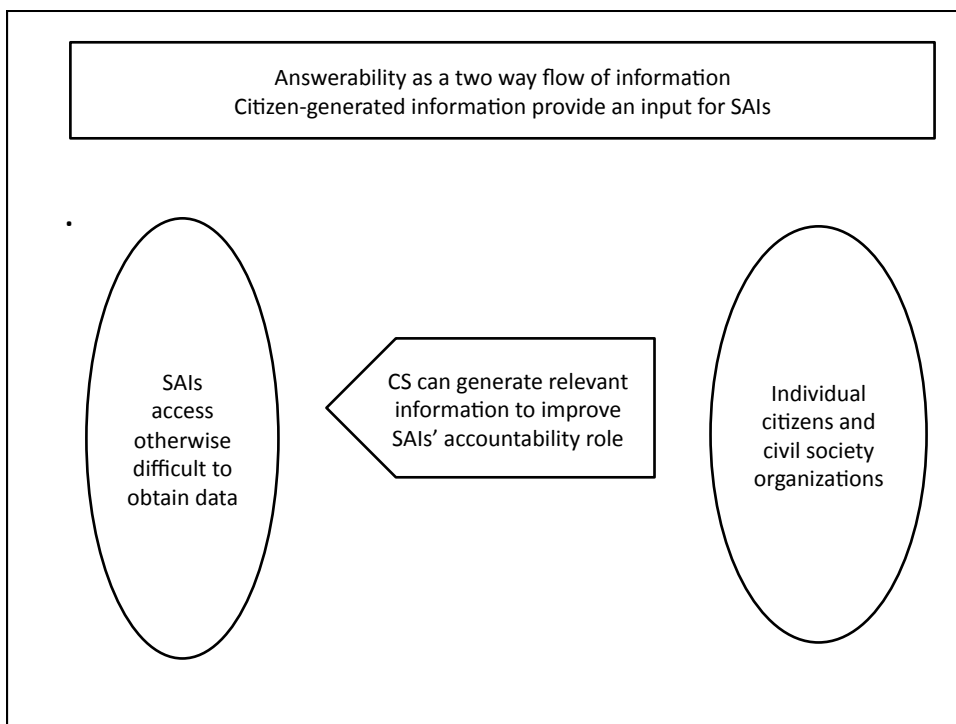
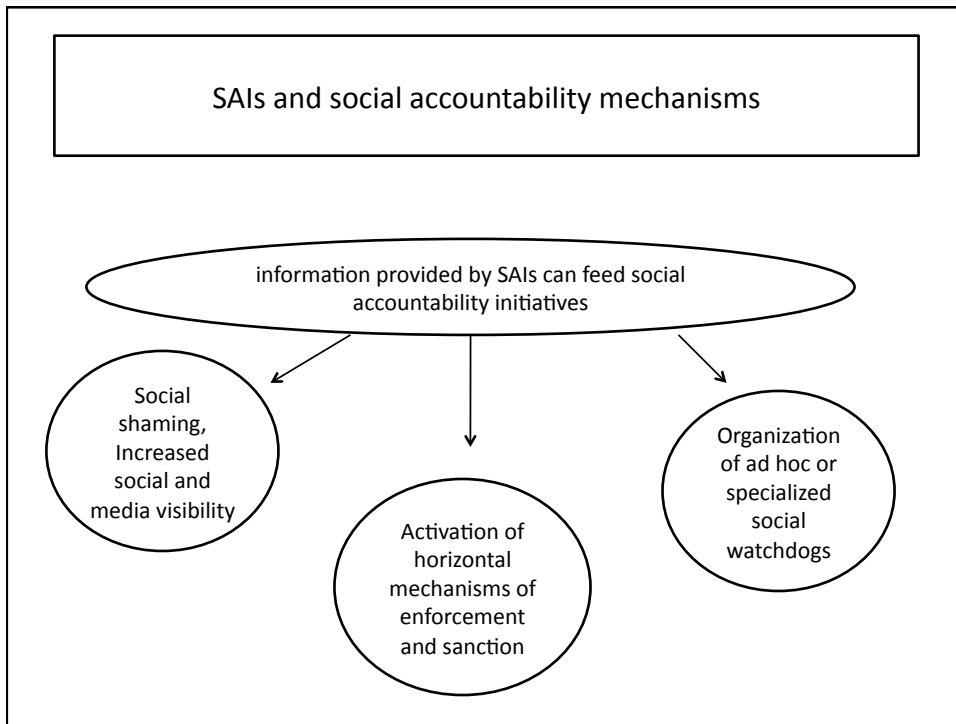
Development of citizen-led initiatives organized around demands for legally accountable government
(Peruzzotti-Smulovitz, *Enforcing the Rule of Law*, 2006)

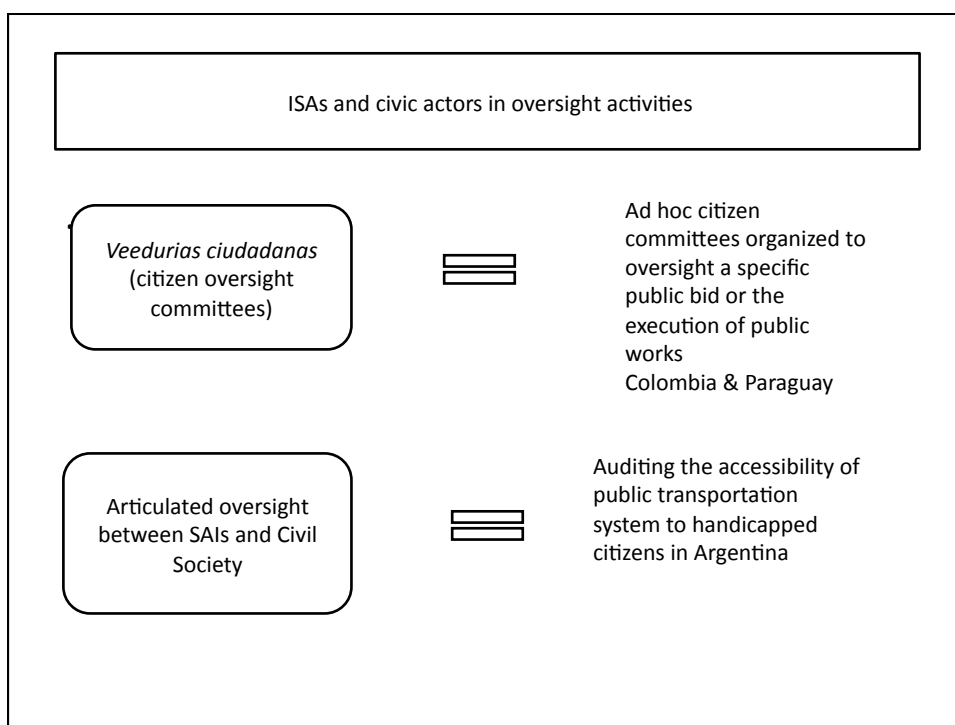
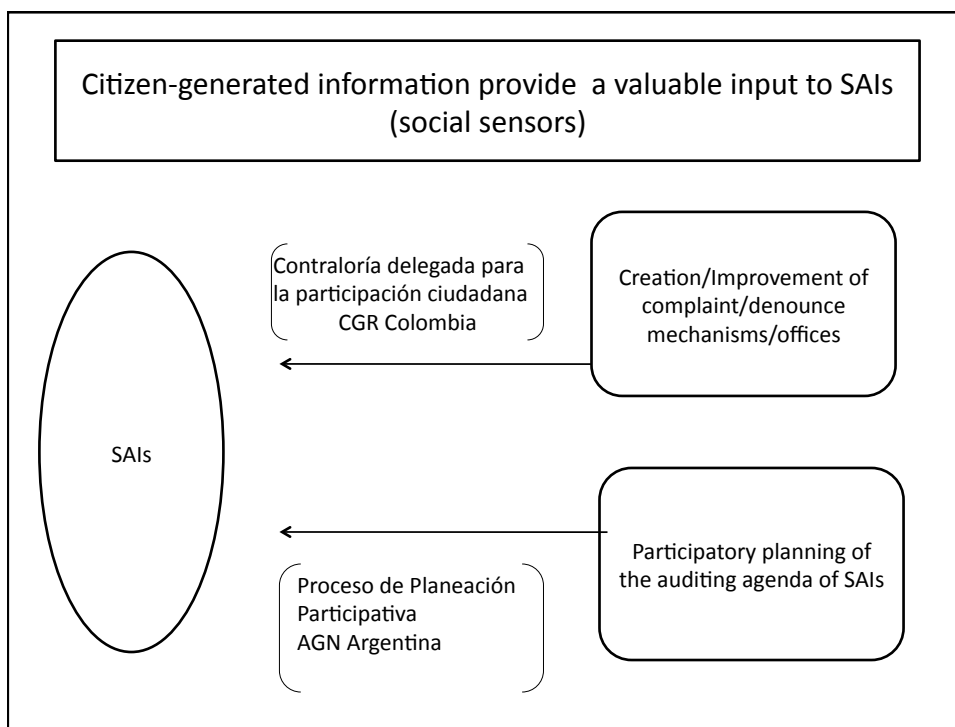
Involvement of civil society in the control of public officials' compliance with existing legal norms and administrative procedures

Expands the traditional repertoire of accountability mechanisms by adding an informal complement to the workings of intra-state agencies









Benefits from the collaboration between citizens and SAIs

- Greater social knowledge and legitimacy of SAIs translate in public support to their mission
- Civil society can become an important ally if SAIs confront illegal encroachments from other state agencies that could jeopardize their integrity and autonomy
- Improvement of their oversight capacities by accessing certain type of information that social organizations are better positioned to obtain
- Mutual interest in improving the overall institutional framework for the exercise of accountability (transparency policies, access to information legislation and mechanisms, and the strengthening of enforcing mechanisms against wrongdoers)



21st UN/INTOSAI Symposium
21^o Symposium ONU/INTOSAI
21. VN/INTOSAI Symposium
21^o Simposio Naciones Unidas/INTOSAI
الندوة ٢١ للأمم المتحدة والانتوساي

13 – 15 July 2011, Vienna, Austria / 13 – 15 juillet 2011, Vienne, Autriche
13. – 15. Juli 2011, Wien, Österreich / 13 a 15 de julio de 2011, Viena, Austria

Topic/Thème/Thema/Tema/الموضوع

- Effective practices of cooperation between SAIs and citizens to enhance public accountability •
- Pratiques efficaces de coopération entre les ISC et les citoyens afin d'améliorer la reddition des comptes publics •
- Wirksame Praktiken der Zusammenarbeit von ORKB und Bürgern zur Förderung der öffentlichen Rechenschaftspflicht •
- Prácticas efectivas de la cooperación entre las EFS y los ciudadanos para aumentar la rendición de cuentas pública •

الممارسات الفعالة للتعاون بين الأجهزة العليا للرقابة المالية والمواطنين لتعزيز المساءلة الحكومية

Thema 3: Wert und Nutzen der Zusammenarbeit zwischen ORKB, Parlamenten und Bürgern

Diskussion – Länderpapiere und Fallstudien

BASIC PAPER / RAPPORT DE BASE / GRUNDLAGENPAPIER / PONENCIA BASE

prepared by/préparé par/verfasst von/elaborado por

VENEZUELA

Praktiken der *Contraloría General de la República Bolivariana de Venezuela*, der Obersten Rechnungskontrollbehörde Venezuelas, zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den ORKB und den Bürgern

Während der letzten Jahre hat die Bürgerbeteiligung in Demokratien großes Interesse bei Regierungen und internationalen Organisationen geweckt. Zudem handelt es sich um einen Prozess, der als solcher bereits in die Verfassung und Gesetzgebung zahlreicher Industrie- und Entwicklungsländer der ganzen Welt verankert wurde. Seine Implementierung steckt jedoch noch in den Kinderschuhen.

Die Bürgerbeteiligung stellt einen wesentlichen Faktor bei der Kontrolle der staatlichen Finanzgebarung und im Kampf gegen die Korruption dar. Die in Ausübung ihrer legitimen Rechte gestellte Forderung der Bürger nach einer effizienteren Verwaltung und der rationaleren Verwendung der öffentlichen Mittel seitens aller staatlicher Stellen, die Waren und Dienstleistung erwirtschaften, das Interesse der Bürger an einer effektiven öffentlichen Rechenschaftspflicht seitens der Regierenden und die Umsetzung von effizienten Maßnahmen zur Verringerung bzw. Verhinderung von Korruption und Betrug an den öffentlichen Ressourcen stellen, unter anderem, die großen Herausforderungen für unsere ORKB dar.

Um die Bürgerbeteiligung in sozialen, wirtschaftlichen und politischen Belangen in die Praxis umzusetzen und sie zu einem wesentlichen Bestandteil des demokratischen Lebens des Landes zu machen, befindet sich Venezuela in einem Prozess der Suche und Festlegung von Mechanismen zur Erschließung bzw. Erweiterung der Räume, die eine wahre Beteiligung der Bürger ermöglichen und stellt diesen die zur Implementierung notwendigen Mittel zur Verfügung.

Förderung der Bürgerbeteiligung

In Artikel 62 der venezolanischen Verfassung wird festgehalten: „Alle Bürger und Bürgerinnen haben das Recht auf freie Teilhabe an den öffentlichen Angelegenheiten“. In Ausführung dieses Verfassungsauftrages hat das Gesetz zur Teilreform des „Organgesetzes der ORKB der Republik und des Nationalen Systems der Staatlichen Finanzkontrolle“ (<http://www.cgr.gob.ve/contenido.php?Cod=015>) in seinem Kapitel VIII, Artikel 75 (bezüglich der Bürgerbeteiligung), den Contralor oder die Contralora General ermächtigt, die Normen zur Förderung der Bürger/innenbeteiligung zu erlassen, wobei folgenden Aspekten besonderer Nachdruck verliehen wurde:

“1) Die Betreuung aller Initiativen, die eine organisierte Gemeinschaft im Rahmen der Bürgerbeteiligung bei der Durchführung von Sozial- oder Kommunalprüfungen setzt.

- 2) Die Ordnung, Lenkung, Klassifizierung und Prüfung der Bürgeranzeigen, die von den Instanzen, die Sozialprüfungen durchführen, kommen.
- 3) Das Follow-Up, die Überwachung, das Weiterführen und die Kontrolle der Umsetzung sowohl der von der Kommission für Sozialprüfungen durchgeführten Pläne als auch der von Kommunalen Räten oder Kommunen vorgelegten gemeinschaftlichen Projekte zu erleichtern.
- 4) Die Ausarbeitung von Schulungsstrategien und die Förderung der gemeinsamen Beteiligung von Prüfern und Bürgern am Prozess der öffentlichen Rechenschaftspflicht.
- 5) Die Förderung von Kontrollmöglichkeiten seitens der Bürger bei Projekten mit großer wirtschaftlicher, finanzieller und sozialer Bedeutung.
- 6) Die Bereitstellung von Mechanismen zur Förderung und effizienten Ausübung der staatlichen Finanzkontrolle, unter demokratischer Beteiligung bzw. Federführung der Kommissionen für Sozialprüfungen, die Teil der Kommunalen Räte oder der Kommunen sind.“

In diesem Sinne hat die ORKB die „Normen zur Förderung der Bürgerbeteiligung“ erlassen (<http://www.cgr.gob.ve/contenido.php?Cod=050>), deren Hauptziel es ist, „das Recht der Bürger auf Beteiligung an der staatlichen Finanzkontrolle über die Büros zur Bürgerbetreuung und die Organe zur Kontrolle der staatlichen Finanzgebarung zu fördern“. Besagte Normen halten außerdem fest, dass „die Betreuung der Bürger im wesentlichen über die Büros zur Bürgerbetreuung zu erfolgen hat, die gemäß Artikel 9 des „Gesetzes gegen die Korruption“ jene Stellen und Körperschaften zu schaffen haben, die in den Ziffern 1 bis 11 von Artikel 9 des „Organgesetzes der ORKB der Republik und des Nationalen Systems der Staatlichen Finanzkontrolle“ vorgesehen sind.“

Schaffung der „Büros zur Bürgerbetreuung“ als Mittel zur Beteiligung und Einbindung in den Prozess der öffentlichen Rechenschaftskontrolle

Aus diesen Gründen hat die ORKB der Republik die „Büros zur Bürgerbetreuung (OAC) eingerichtet, (<http://www.cgr.gob.ve/contenido.php?Cod=035>), und deren Aufgabe besteht darin, „ein Mittel zu sein, das dem Bürger erlaubt, sich direkt, organisiert und auf individueller oder kollektiver Basis an der Kontrolle einer guten Verwaltungsführung sowie an der Prävention und Untersuchung von allen Handlungen teilzuhaben, die gegen die öffentliche Ethik und Verwaltungsmoral verstoßen; das die Förderung der Schulung und Fortbildung zur Schaffung eines neuen Bewusstseins bei den Bürgern betreibt; das allen Bürgern, die darum ansuchen, Orientierung und

zweckmäßige Information zur Organisation und Funktionsweise der ORKB Venezuelas bietet.“

Ein Büro zur Bürgerbetreuung hat also den klaren Auftrag, die Bürgerbeteiligung insgesamt zu fördern; des weiteren hat es die jeweils erforderlichen Informationen auf zweckdienliche, adäquate und effektive Art und Weise zu liefern, Anzeigen, Beschwerden, Beanstandungen, Anregungen und Ansuchen zu unterstützen, entgegen zu nehmen und weiter zu leiten, sowie die Eingaben der Bürger zu bearbeiten, die in Form von Anzeigen, Beschwerden, Beanstandungen, Anregungen oder Petitionen individuell oder kollektiv, direkt oder über ihre gewählte Vertreter bzw. über die organisierte Gemeinschaft überbracht werden.

In diesem Sinne hat die ORKB auch eine Resolution mit Anleitungen zur Thematik Anzeigen veröffentlicht (<http://www.cgr.gob.ve/contenido.php?Cod=051>).

Über diese Büros zur Bürgerbetreuung unterhält die ORKB der Republik eine direkte Beziehung zu den Bürgern und liefert ihnen die Information, die sie in Ausübung ihres Rechts zur Kontrolle einer guten Verwaltungsführung über die bestehenden Vermögenswerte sowie die getätigten öffentlichen Ausgaben wünschen, da ihnen Aufklärung über jedwede Handlung in diesen Bereichen zusteht und diese genau beschrieben und belegt werden müssen. Außerdem veröffentlicht die ORKB zur Förderung der Transparenz und zur Verbesserung der öffentlichen Rechenschaftspflicht einen Bericht auf ihrer Webseite (http://www.cgr.gob.ve/informes_actuacion.php?Cod=027), in dem jede einzelne ihrer Amtshandlungen summarisch zusammengefasst wird. Nach Beendigung eines jeden Steuerjahres werden diese Kurzberichte zusammengestellt und so umstrukturiert, dass sie als Buch unter dem Titel „Amtshandlungen – Anhang zum Geschäftsbericht“ veröffentlicht und jährlich der venezolanischen Legislative vorgestellt werden können.

Die Büros zur Bürgerbetreuung befriedigen ein schon seit langem bestehendes Bedürfnis der Bürger, nämlich über Anlaufstellen zu verfügen, die eine Mittlerfunktion bei der Weiterleitung ihrer Beschwerden, Beanstandungen und Anzeigen wahrnehmen können. Und mit diesem Ziel wurden die Büros auch errichtet; ihnen obliegt es, die in den Anzeigen enthaltene Information zu registrieren, aufzubereiten und die gesamte Durchführung zu bündeln, um somit die in der Vergangenheit häufig stattgefundene Streuung auf verschiedene Instanzen zu vermeiden und den Bürgern, die sich zwecks Anzeigenerstattung an ein öffentliches Gremium wenden, Sicherheit und Verlässlichkeit zu bieten .

Das Fehlen einer solchen Anlaufstelle war sehr häufig dafür verantwortlich , dass Menschen mit mutmaßlichen Beweisen für eine Rechtswidrigkeit auf ihr Recht auf Beteiligung im Kampf gegen Straffreiheit verzichteten, da die Möglichkeit bestand,

strafbare Handlungen zu verüben, die von den formalen Mechanismen zur staatlichen Finanzkontrolle nicht rechtzeitig festgestellt werden konnten.

Die Büros zur Bürgerbetreuung stellen demnach eine Anlaufstelle dar, an die sich die Bürger jederzeit wenden können und die sie über die Instanzen orientiert, in deren Zuständigkeitsbereich die angezeigten mutmaßlichen Korruptionsfälle fallen. Diese Instanzen müssen ihrerseits die notwendigen Schritte ergreifen, um festzustellen, ob die an dem Fall beteiligten Personen Verantwortung tragen oder nicht. Somit sind die Büros auch ein Anreiz für Einzelpersonen oder Gemeinschaften, sich mehr in den Prozess der öffentlichen Rechenschaftspflicht einzubringen, die Mechanismen zu nutzen, die die konkrete Bearbeitung von Anzeigen ermöglichen, und sich dergestalt aktiv am Kampf gegen Korruption und für eine gerechtere Gesellschaft zu beteiligen. Letztendlich sind die Büros also ein Werkzeug, das den Bürgern zur Prävention von Korruption in die Hände gelegt wird.

Programme der ORKB zur Einbindung der Bürger in den Prozess der öffentlichen Rechenschaftspflicht

Die ORKB entwickelt verschiedene Programme zur effektiven Einbindung der Bürger in den Prozess der öffentlichen Rechenschaftspflicht und versucht, sie in ihre eigene Prüfungstätigkeit im Rahmen der staatlichen Finanzkontrolle zu integrieren. Darunter befinden sich Maßnahmen wie:

- Die Entwicklung von Schulungs- und Fortbildungsprogrammen sowie die Beratung im Bereich der staatlichen Finanzkontrolle, der internen Prüfung und der Prüfung von Bauvorhaben und Dienstleistungen, u.a.
- Die Abstellung von Beamten der ORKB zu den von sozialen Organisationen durchgeführten Prüfungen.
- Die Miteinbeziehung der Bürger in den Prozess der staatlichen Finanzkontrolle mittels vertraglicher Abmachungen, die die Wahrung der Prinzipien der Vertraulichkeit, Objektivität, Verantwortung und des Vorbehalts gewährleisten.
- Die Kommunikation der normativen Änderungen im gesamten Bereich der staatlichen Finanzkontrolle, unter besonderer Berücksichtigung der Normen, die mit der Finanzierung sozialer Projekte, der öffentlichen Rechenschaftspflicht und der Transparenz im Umgang mit öffentlichen Geldern zu tun haben.
- Die Auswertung und Prüfung der Ergebnisse, die die Bürger selbst bei der Ausübung ihrer Prüfungs- und Kontrollarbeit im Bereich der wichtigsten sozialen Programme erzielt haben.

- Die Stärkung des Bewusstseins bei den Bürgern, dass mutmaßliche Verfehlungen bei der Verwaltung, Verwendung oder Verwahrung öffentlicher Gelder anzuzeigen sind.
- Die Zusammenarbeit mit den Sozialprüfungskommissionen der Kommunalen Räte bei der Durchführung der Sozialprüfung, um die korrekte Verwendung der eingesetzten Ressourcen zu verifizieren.
- Die Förderung von Mechanismen für eine zweckdienliche und durchgehende Kontrolle bei der Durchführung von Projekten sowie für das Follow-Up bei der Umsetzung der von den Stellen für Finanzkontrolle formulierten Empfehlungen, zwecks Korrektur und zukünftiger Vermeidung festgestellter Abweichungen.
- Modelle der Bürgerbeteiligung an der staatlichen Finanzkontrolle.

Die Suche nach einem Konzept für eine möglichst breite Bevölkerungsschicht hat im sehr partizipativen Venezuela zur Förderung und experimentellen Umsetzung vieler Modelle von Bürgerbeteiligung geführt. De facto wird dieses Thema als so wichtig erachtet, dass sich, neben anderen Instanzen und staatlichen Körperschaften, sogar zwei Ministerien des Landes mit der Förderung der Beteiligung befassen, nämlich das Ministerium der Volksmacht für die Kommunen und den Sozialen Schutz sowie das Ministerium für Volksbeteiligung und Soziale Entwicklung.

Die ORKB Venezuelas ist selbstredend an diesem Prozess beteiligt und bringt sich ein, auch wenn die Bürgerbeteiligung nicht zu ihren wesensimmanenten Aufgaben gehört. Um zur Förderung der Sozialprüfungskommissionen beizutragen (die nicht in ihren, sondern in den Zuständigkeitsbereich der vorher genannten Ministerien fallen) und zu erreichen, dass die Sozialprüfung in Übereinstimmung mit den Richtlinien und Methoden unserer ORKB durchgeführt wird, werden diesbezüglich Fortbildungsmaßnahmen organisiert und angeboten, unter anderem:

- Symposium „Hin zur Exzellenz bei der staatlichen Finanzkontrolle“. Bundesstaat Aragua. Jahr 2005.
- Symposium „Die Sozialprüfung als Werkzeug der Bürgerbeteiligung im Prozess der öffentlichen Rechenschaftspflicht“. Bundesstaat Lara. Jahr 2006.
- Symposium „Staatliche Finanzkontrolle in einer starken, partizipativen Demokratie“. Bundesstaat Mérida. Jahr 2007.

- Workshop zur Sozialprüfung, veranstaltet in der Stiftung für Entwicklung und Förderung der Kommunalmacht (*Fundacomunal*). Hauptstadt – Distrikt. Jahr 2009.
- Workshop zur Integration von Sozialprüfung und staatlicher Finanzkontrolle. Bundesstaat Zulia. Jahr 2009.
- Workshop „Entwicklung der Exekutivkommission der Kommunalen Räte; Planungsinstrumente zur Förderung des kommunalen Zyklus; die Sozialprüfung als Prüfmechanismus der kommunalen Verwaltung und Mittel zur Konsolidierung der Volksmacht“. Kommunalführer, kommunale Sprecher und Studierende der *Universidad Bolivariana de Venezuela*. Juli 2010.
- Schulung zur „Verwendung der Instrumente zur Prüfung der kommunalen Verwaltungsführung; ethische und moralische Maßstäbe sowie Werte, von denen sich ein Sozialprüfer bei seinen Handlungen zu leiten lassen hat“. 32 staatliche und 6 kommunale Kontrollbehörden. November 2010.
- Drei Workshops, der erste zur „Sozialprüfung“, veranstaltet in der Stiftung für Entwicklung und Förderung der Kommunalmacht (FUNDACOMUNAL), der zweite zur „Integration von Sozialprüfung und staatlicher Finanzkontrolle“, veranstaltet in der Gemeinde Puerto Cabello des Bundesstaates Carabobo, und der dritte, „Die Sozialprüfung, in die staatliche Finanzkontrolle integriert“, veranstaltet bei der Kontrollbehörde des Bundesstaates Zulia. Ziel dieser Workshops war es, die Bürger, die Angestellten nationaler, bundesstaatlicher oder kommunaler Stellen und Körperschaften, die organisierten Gruppen (Kommunale Räte, Nachbarschaftsvereinigungen, usw.) sowie die Beamten der einzelnen Kontrollbehörden zum Thema „Kommunale Räte“ zu schulen. Jahr 2010.
- Tagung zur „Sozialprüfung und ihre Integration in die staatliche Finanzkontrolle; Stärkung der Bürgerbeteiligung im Lichte der vom Nationalen Projekt “Simón Bolívar“ aufgeworfenen Herausforderungen“. 500 Teilnehmer (Staatsbeamte und Bürger im Allgemeinen). SUNAI (Nationale Aufsichtsbehörde für Interne Rechnungsprüfung).
- Workshop „Management und Kontrolle der Mittel, die die öffentliche Verwaltung der Volksmacht zur Verfügung stellt“. Ziel: Anreize im Kampf gegen die Korruption zu schaffen und die Gemeinschaften in der guten Verwaltungsführung öffentlicher Gelder zu schulen. Dieser Workshop fand in 23 Gemeinden des Bundesstaates Mérida statt. Mai – Juni 2011.

- 1. Tagung zur „Integration der Gremien zur staatlichen Finanzkontrolle und zur Sozialprüfung“ in der Gemeinde Libertador, im Bundesstaat Carabobo. Juni 2011.

Während des Jahres 2009 hat die Regierung, in Erfüllung ihrer verfassungsrechtlichen Pflicht zur Gewährleistung der Beteiligung aller Bürger und Bürgerinnen an der Gestaltung, Durchführung und Kontrolle des gesamten Prozesses der öffentlichen Rechenschaftspflicht, ein Projekt mit Namen „Sozialistischer Plan Guayana 2009-2019“ ins Leben gerufen. Über diesen Plan soll die Beteiligung der Arbeitnehmer und der Produktionssysteme im Bereich des Bergbaus und der Grundstoffindustrie neu dimensioniert werden. In diesem Zusammenhang wurden neue Unternehmen mit sozialistischem System gegründet, darunter die Sozialistische Körperschaft für Aluminium und die Sozialistische Körperschaft für Eisen und Stahl. Bei der Umsetzung des Plans wurde, neben anderen Politiken und Maßnahmen, die Implementierung der Sozialprüfung durch die Arbeitnehmer/innen der in der Grundstoffindustrie tätigen Unternehmen eingeführt.

Ebenfalls in diesem Kontext hat die ORKB Venezuelas, in Zusammenarbeit mit den RKB der Bundesstaaten Bolívar, Guárico, Miranda und Vargas, der RKB der Gemeinden Heres und Caroní im Bundesstaat Bolívar und dem Ministerium der Volksmacht für Arbeit und Soziale Sicherheit mit einem Teil seiner Beamten Gesprächsrunden in Unternehmen der Grundstoffindustrie organisiert und abgehalten, mit dem Ziel, Abmachungen, Erfahrungen und Kenntnisse zu konsolidieren, die die Vereinheitlichung der Kriterien zur Sozialprüfung in den verschiedenen Bereichen und Produktionsprozessen erlauben sollten. Diese Aktivität bestand aus drei Phasen: Tagung zur Sensibilisierung, zur Situationsanalyse und zur konkreten Schulung.

Die ORKB Venezuelas trägt auch indirekt zum Prozess der Bürgerbeteiligung bei, zum einen über die bundesstaatlichen und kommunalen Kontrollbehörden, die wiederum in direktem Kontakt mit den Gemeinschaften stehen und deren Beschwerden und Anzeigen bearbeiten, zum anderen über die Richtlinien und Normen zur Beteiligung, die von ihr selbst formuliert werden.

Ein Vorzeigeprogramm: Die Schulprüfer

Im Rahmen des Nationalen Systems zur staatlichen Finanzkontrolle, dessen leitendes Organ die ORKB Venezuelas ist, haben mehrere Bundesstaaten das Programm „Die Rechnungskontrollbehörde geht in die Schule“ implementiert. Ziel dieses Programms ist es, rechtschaffene, ehrliche Bürger zu erziehen, die in der Lage sind, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden und von klein auf verstehen, was Korruption ist, was sie bedeutet und wie sie zu verhindern ist. Ein weiteres Anliegen des Programms besteht darin, ihnen ein ethisches Verhalten und Werte zu vermitteln, die bei der Ausübung einer jedweden Tätigkeit im öffentlichen Dienst wünschenswert sind, unter anderem

Redlichkeit, Gerechtigkeitssinn, Anstand, Loyalität, Arbeitsmoral, Disziplin, Verantwortung, Pünktlichkeit, Transparenz und Sauberkeit.

Zudem beabsichtigt das Programm, bei Mädchen und bei Buben eine neue Einstellung gegenüber Kontrolle, Prüfung und öffentlicher Rechenschaftspflicht im schulischen Bereich zu formen und zu fördern, um so die Transparenz im Umgang mit den schulischen Ressourcen sowie eine korrekte Funktionsweise der verschiedenen Dienstleistungen im Rahmen einer schulischen Einrichtung zu gewährleisten.

Vision, Mission und Ziele

Das Programm „Die Rechnungskontrollbehörde geht in die Schule“ hat:


- Eine **Mission:** Über die Transparenz, Ordnungsmäßigkeit und Zweckmäßigkeit bei der Verwendung öffentlicher Ressourcen und Geldmittel zu wachen, um die demokratische Beteiligung in den schulischen Einrichtungen so schnell und zweckdienlich wie möglich zu garantieren und zu stärken.
- Eine **Vision:** Die Kinder und Jugendlichen an den schulischen Aktivitäten zu beteiligen und sie in Förderer und Befürworter einer Bürgerbeteiligung zu verwandeln, so wie sie in Artikel 70 unserer Verfassung vorgesehen ist.
- **Ziele:** In den Schulen über die Schüler/innen der 2. Stufe der Grundstufe (4., 5. und 6. Klassen) einen Prüfprozess zu organisieren und in Gang zu bringen, um die Werte der Ehrlichkeit, Verantwortung und Bürgerbeteiligung zu entwickeln und zu fördern, und somit die moralische und ethische Erziehung, die das Schulsystem den neuen Bürgern und zukünftigen öffentlichen Amtsträger angedeihen lässt, mit zusätzlichen Anreizen zu versehen.

Wahl des Schulprüfers

Die Schulprüfung wird von den Schülern einer jeden Schule selbst durchgeführt und steht unter der Leitung und Verantwortung eines oder einer Schulprüfer/in, der/ die über direkte und geheime Abstimmung seitens aller Schüler, des Führungs- Lehr- und Verwaltungspersonals, der Handwerker und der Elternvertretung gewählt wird. Sein Mandat läuft auf ein Jahr, der/ die Schulprüfer/in kann sich jedoch der Wiederwahl stellen.

Aufgabenbereich und Pflichten des Schulprüfers


Der Schulprüfer hat für jede Schulstufe einen Schüler zu ernennen, um so sein Arbeitsteam zu bilden. Jedem dieser Schüler weist er eine Aufgabe zu, die dieser auf Schulebene zu erfüllen hat. Er hat dem Kollektiv alle zwei Monate einen Arbeitsbericht vorzulegen; die Sauberkeit und Wartung der sanitären Anlagen zu kontrollieren; die Essensausgabe in der Schulkantine sowie den Preis der einzelnen Produkte zu überwachen; die Arbeit und Dienstleistungsfreundlichkeit der Schulbibliothek im Auge zu behalten; die Erhaltung der schulischen Grünflächen zu beaufsichtigen und die Erfüllung der Stundenpläne zu beobachten.



 **UN Public Administration Programme**
Division for Public Administration and Development Management (DPADM)
UN Department of Economic and Social Affairs (UNDESA)

**PUBLIC PRACTICES AND INSTITUTIONS FOR ENHANCING ACCOUNTABILITY
AND PREVENTING CORRUPTION IN THE DELIVERY OF PUBLIC SERVICES
THROUGH THE ENGAGEMENT OF CITIZENS**

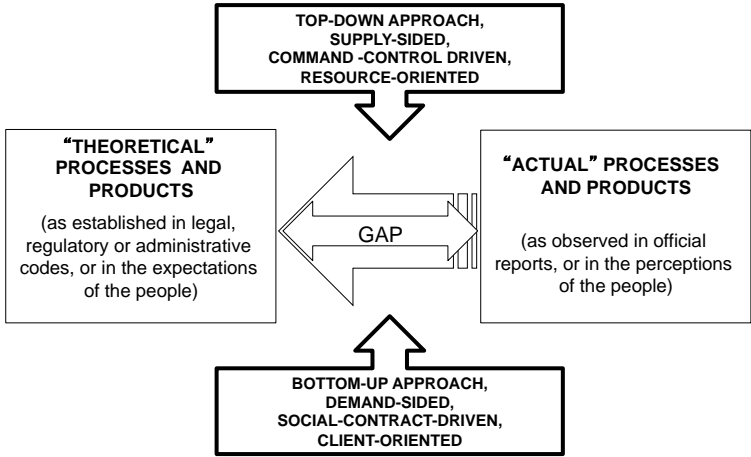
AN ILLUSTRATIVE ANALYTICAL FRAMEWORK

Roberto Villarreal
Chief, Development Management Branch
Division for Public Administration and Development Management
United Nations Department of Economic and Social Affairs
Vienna, Austria, July 2011



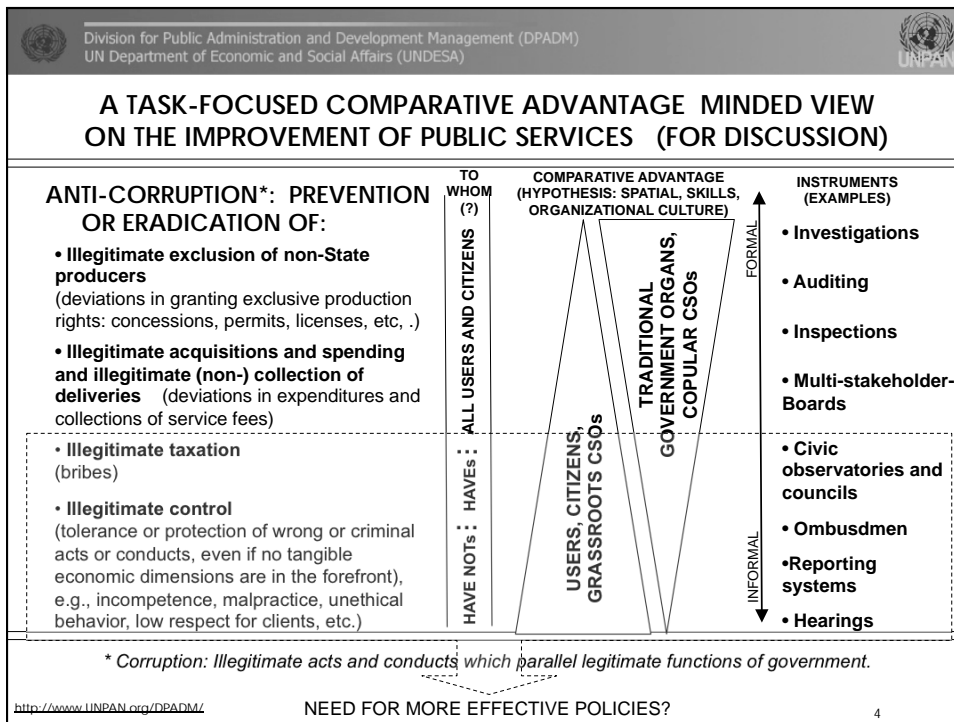
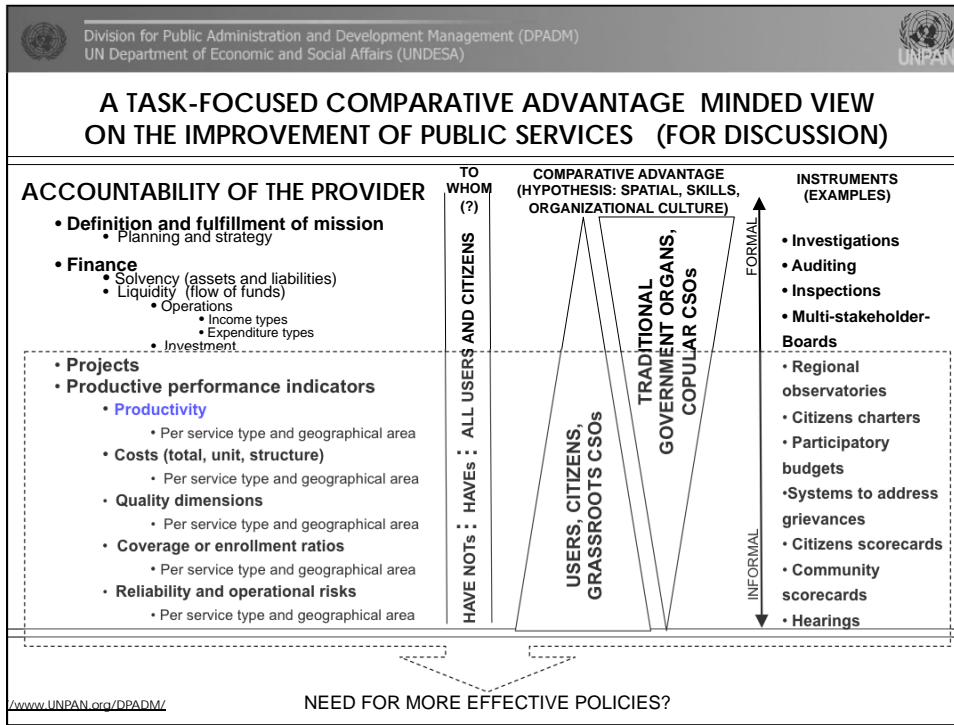
 Division for Public Administration and Development Management (DPADM)
UN Department of Economic and Social Affairs (UNDESA) 

A GENERAL OVERVIEW ON IMPROVEMENT OF PUBLIC SERVICES



The diagram illustrates the relationship between theoretical and actual processes and products. At the top, a box labeled "TOP-DOWN APPROACH, SUPPLY-SIDED, COMMAND-CONTROL DRIVEN, RESOURCE-ORIENTED" has a downward arrow pointing to a box on the left labeled "THEORETICAL PROCESSES AND PRODUCTS (as established in legal, regulatory or administrative codes, or in the expectations of the people)". At the bottom, a box labeled "BOTTOM-UP APPROACH, DEMAND-SIDED, SOCIAL-CONTRACT-DRIVEN, CLIENT-ORIENTED" has an upward arrow pointing to the same left box. A double-headed arrow labeled "GAP" connects the left box to a box on the right labeled "ACTUAL PROCESSES AND PRODUCTS (as observed in official reports, or in the perceptions of the people)".

<http://www.UNPAN.org/DPADM/> 2



Division for Public Administration and Development Management (DPADM)
UN Department of Economic and Social Affairs (UNDESA)

FOR DELIBERATION AND ANALYSIS

COMPARATIVE ADVANTAGE
(HYPOTHESIS: SPATIAL, SKILLS,
ORGANIZATIONAL CULTURE)

- Do these comparative advantages exist?
- Are both approaches complementary to each other?
- Are there undesirable duplications of functions or other negative effects?
- Can an effective and efficient combination of the two approaches be attained, and in case, how?
- Were formal institutions which may now be considered as traditional conceived for contexts with no or low inequality?

<http://www.UNPAN.org/DPADM/>

5

Division for Public Administration and Development Management (DPADM)
UN Department of Economic and Social Affairs (UNDESA)

END OF PRESENTATION

EXPERTS ARE EXPECTED TO DELIBERATE ON THESE ISSUES

6

ANLAGEN

Referate und Präsentationen

- 3 Länderberichte
 - 3.1 Afghanistan
 - 3.2 Algerien
 - 3.3 Honduras
 - 3.4 Ungarn
 - 3.5 Irak
 - 3.6 Kongo
 - 3.7 Mikronesien
 - 3.8 Palau
 - 3.9 Slowenien
 - 3.10 Swasiland
 - 3.11 Trinidad und Tobago

COUNTRY PAPER (SAI, AFGHANISTAN)

INTERACTION BETWEEN SAI AND CITIZENS TO ENHANCE PUBLIC ACCOUNTABILITY

Background: Control & Audit Office, which is a supreme Audit Institution of Afghanistan, is about 60 years old, has witnessed series of tumultuous period in Afghanistan affecting its growth and mandate. The country had been in the civil strife for many years in the past and it made a lot of retrograde impact on all the institutions and organizations in Afghanistan. During this period, it could not keep up with the international community in terms of changes being made in various areas of Governance. Democracy is new to Afghanistan and the First President elected by the people came into power in 2004 and first National Assembly was constituted in the year 2005. This has changed the Governance mechanism in Afghanistan and the current institutions and organizations must be aligned with this. Control & Audit Office is working hard to come into the mainstream of the current Governance and adapt to the best international standards and practices.

Control & Audit Office came into existence when there were no distinction between executive and parliament. The reports were only for the consumption to the head of executive and CAO was working as a department under executive. The function was more of a “control” in nature rather than “auditing” which requires independent views and provides an assurance to the custodian of the Government fund.

Current Situation: In the background as mentioned above, the role of CAO being citizen centric was out of question. Unfortunately, the constitution of Afghanistan framed in the year 2002, does not mention the role of supreme audit institution in providing effective oversight to the public exchequer and making the public financial management system more robust, transparent and accountable. At present, the external audit function is carried out on the basis of old audit law and a presidential order of 2005. CAO submit its audit report to the President and also to the National Assembly. In the absence of a Parliamentary Audit Committee, the reports are not being discussed in the National Assembly and hence this mechanism for the audit findings to be known to the public is also not functional. The extant law does not provide full independence to CAO and inhibits CAO to make its report and its findings to be discussed in the public forum also. International Community has been recognizing the importance of this institution and is committed for its capacity development and establishment of the proper legal framework for effective auditing.

Control & Audit Office has submitted a draft audit law, enshrining the principles of audit methodology and independence as declared in the Lima and Mexico INCOSAI respectively. The proposed audit law will make CAO an external auditor in real sense with financial and functional independence. It will also become imperative for a committee in National Assembly to have discussion on Audit Reports and reach out to the people of Afghanistan.

Proposed Action: The Auditor General of Afghanistan is fully aware of the role which an SAI should play in the context of Governance. And to all of this, transparency and accountability is in the core to the functioning of a SAI. Therefore CAO wants to have an effective legal framework to function effectively. CAO has already had its website and once the law is passed, audit reports and other important information will be available there. It will be made sure that it has a reach to citizen at large and can post their views also. CAO has also made a provision in the draft law that it will follow INTOSAI standards and principles as being its member country.

CAO will access to media whenever it is required and publish audit reports once it is submitted to the National Assembly. As CAO in a democratic setup is very new, it will face many challenges, but it is committed to make it an important institution in accordance with international practices and under the guidance of INTOSAI.

« La Cour des comptes et la communication ».

*Institution supérieure de contrôle a posteriori des finances publiques, la Cour des comptes est instituée par la **Constitution** qui lui donne une compétence de contrôle sur les fonds publics ; sa mission consiste à vérifier les conditions d'utilisation des ressources publiques et à apprécier leur gestion en s'assurant de leur conformité aux lois et règlements en vigueur.*

Le contrôle exercé par la Cour des comptes vise à travers les résultats qu'il dégage :

- *A favoriser l'utilisation régulière et efficiente des ressources, moyens matériels et fonds publics ;*
- *A promouvoir l'obligation de rendre compte et la transparence dans la gestion publique.*

*La Cour des comptes dispose de compétences administrative et juridictionnelle. Elle jouit d'une organisation **indépendante** des organismes qu'elle contrôle, qu'elle adapte aux normes d'audit universellement admises.*

*Pour contribuer de façon significative à la transparence et l'amélioration de la gestion publique, la Cour s'efforce de mettre en œuvre une démarche de **communication** en direction des administrations et des entreprises publiques, mais aussi du public en général. Cette démarche s'appuie sur les textes régissant la Cour des comptes, ainsi que sur des pratiques qu'elle a développées.*

Les outils de communication prévus par les textes régissant la Cour des comptes :
*Nous nous efforcerons de développer les instruments légaux les plus significatifs prévus par les textes régissant la Cour des comptes, à savoir le **rapport annuel**, le **rapport d'appréciation** portant sur les conditions d'exécution de la loi de finances, et enfin, les **audiences publiques** de la chambre de discipline budgétaire et financière.*

LE RAPPORT ANNUEL :

Prévu par la constitution et régi par les dispositions de l'ordonnance régissant la Cour des comptes, le rapport annuel est le document par excellence par lequel l'Institution communique ses principales constatations et observations résultant de ses contrôles. Destiné au Président de la République, une copie est transmise aux deux chambres du Parlement.

En raison de sa destination finale, le rapport annuel fait l'objet d'un soin particulier tant dans sa forme que dans son fond. La Cour du compte s'efforce, chaque année, d'en faire un document d'intérêt, regroupant des informations d'actualité. Les constatations, conclusions et recommandations donnent une présentation aussi claire que possible des faits les plus significatifs ayant marqué l'exercice contrôlé qui ressortissent des contrôles effectués. Cette publication met en exergue les débats contradictoires menés avec les gestionnaires puisque les constatations sont suivies des réponses des gestionnaires concernés et de leurs responsables.

Certains rapports annuels, comme c'est le cas de 1995, et 1996-1997 sont publiés en totalité au journal officiel. Ces publications sont suivies durant plusieurs jours, voire dans certains cas durant plusieurs semaines de larges reprises par la presse écrite d'articles sur divers sujets traités ; dans beaucoup de cas, les commentaires qui s'en suivent s'accompagnent de confusions dans la présentation des faits rapportés ; ainsi, les irrégularités relevées, à caractère financier et budgétaire qui n'entraînent pas forcément une qualification pénale, sont confondues avec les délits et fraudes ; et l'opinion ne comprend pas pourquoi seules des

recommandations sont faites ,et le cas échéant ,des poursuites pécuniaires ,souvent de faibles montants , sont enclenchées.

L'émergence d'une presse spécialisée en matière de finances publiques et de droit budgétaire pourrait aider à surmonter ces difficultés dans la compréhension.

La Cour s'efforce de développer son rapport annuel pour en faire un outil de communication utile qui permet une amélioration de la gestion publique et de le forger comme un instrument d'aide à la prise de décision, dans le respect des lois.

LE RAPPORT D'APPRECIATION :

La Cour élabore, adopte et transmet à destination de l'autorité législative un rapport d'appréciation des conditions de mise en œuvre et d'exécution de la loi de finances.

Suivant les dispositions de la Constitution ,le Parlement autorise chaque année des allocations budgétaires suivant des conditions précisées par la loi de finances ;et chaque année ,l'exécutif rend compte des conditions d'exécution de la loi de finances devant le Parlement qui adopte ,à la suite des débats parlementaires ,une loi de règlement budgétaire ;la Cour participe à ces travaux en mettant à la disposition des députés un rapport d'appréciation qui restitue les conditions d'exécutions de cette loi de finances.

Ce rapport est constitué de notes sectorielles qui retracent les conditions de gestion des départements ministériels et services de l'Etat, et mettent en relief les constatations résultant des contrôles effectués à ce titre. Ces notes sectorielles font l'objet d'un contradictoire et les réponses des gestionnaires sont examinés avec soin. Des recommandations sont portées à l'adresse des gestionnaires à l'effet de corriger les lacunes constatées afin d'apporter des améliorations à la gestion publique.

Ce rapport n'a pas vocation à la publication ; il est distribué à l'ensemble des élus des deux chambres du parlement, et la Cour participe à des débats avec ces derniers sur les différentes questions soulevées par le rapport d'appréciation.

Des comptes rendus parlementaires à la presse font souvent état de ces débats.

LES AUDIENCES PUBLIQUES :

Suivant les textes régissant la procédure juridictionnelle devant la Cour des comptes, les audiences de la Chambre de discipline budgétaire et financière sont publiques.

Ce caractère public des audiences est d'ordre public qu'aucun ne peut entraver sous peine de nullité des décisions ; il renforce la volonté de transparence des travaux de la Cour.

Les autres actions de communication développées par la Cour des comptes:

La Cour des comptes a développé des actions propres de communication afin de restituer aux utilisateurs la nature, la qualité et la consistance de ses travaux. Certaines de ces actions, conçues à l'origine comme des outils internes, débordent au profit des utilisateurs externes, généralement des chercheurs, des universitaires ou des praticiens.

LES JOURNEES SCIENTIFIQUES :

Dans son programme d'activités annuel ,la Cour inscrit une série de rencontres ,de conférences et diverses activités de recyclage et de perfectionnement au profit de ses magistrats ;ces colloques prévoient souvent la participation d'experts ou de personnalités (Ministres ,hauts fonctionnaires spécialisés...)avec ,lorsque la situation le permet ,la participation des représentants de médias ;ces derniers répercutent le déroulement de ces journées d'études par des articles de presse qui généralement restituent les conditions de l'événement.

Ces rencontres constituent une opportunité d'informer et de communiquer les résultats des travaux de la Cour, soit sur des questions pointues relevant du thème du jour ,ou sur divers aspects généraux portant sur des préoccupations des participants.

LE BULLETIN DE LA COUR :

*Le bulletin de la Cour « **COUR Infos** »est une publication d'information interne de la Cour des comptes ; il contient plusieurs informations sur l'activité des différents départements de la Cour mais aussi, souvent des articles de réflexion et de débats sur divers sujets ayant trait au contrôle. Bien que de portée interne, il arrive que sa diffusion déborde sur l'externe, chose impossible à empêcher, contribuant ainsi à faire connaître une partie de l'activité de la Cour.*

LES INTERVIEWS ACCORDEES PAR LE PRESIDENT DE LA COUR DES COMPTES AUX ORGANES DE PRESSE

A la demande des organes de presse, le Président de la Cour des comptes accorde des interviews portant sur des sujets divers, tels que l'organisation et le fonctionnement de l'Institution, les méthodologies de travail qu'elle développe ou plus généralement sur les aspects généraux touchant aux finances publiques ou sur le contrôle. Ces interviews qui sont publiées par des organes de presse à forts tirages, constituent un instrument de transparence et de communication avec un large public constitué de lecteurs qui sont, ainsi, informés de l'activité de la Cour des comptes.

LES INSTRUMENTS ELECTRONIQUES:

*Afin de mieux faire connaître au public les résultats de ses activités de contrôle, la Cour s'est dotée d'un **site web** qui donne une large gamme d'informations utiles sur l'organisation et le fonctionnement des différents organes et structures de l'Institution. Cet instrument d'information électronique est en phase de développement. A côté, d'autres instruments fonctionnent comme la **messagerie électronique** qui permet aux membres de la Cour des comptes de communiquer entre eux et avec les gestionnaires publics qui peuvent transmettre leurs réponses et les données demandées par voie électronique, ainsi que le **site intranet** de la Cour destiné aux échanges internes ,qui est très largement utilisé par les membres de la Cour des comptes pour des échanges conviviaux d'informations et d'expériences.*

Conclusion :

*La Cour des comptes entend mieux affiner sa démarche de communication en l'insérant dans une stratégie d'ensemble. Cette stratégie, dont les contours généraux sont précisés dans son **programme stratégique triennal** s'inspire des **lignes directrices relatives à la communication de l'INTOSAI de novembre 2010.***

Communication of specific information relevant to audits of citizens for the EFS

I. Legal Aspects.

In the historic event of one hundred and eighty six (186) years of the Superior Court of Auditors (TSC) of the Republic of Honduras, its first and last reform is recorded as follows:

The Constitution of the State of Honduras, of December 11, 1825, Chapter XIII OF THE PUBLIC FINANCE AND ITS ADMINISTRATION IN GENERAL, Article 92 states: There shall be a Court of Audit.

By Decree No. 10-2002-E, dated December 5, 2002, the Decree No. 224-93 of December 20, 1993, is repealed and the Law against Illicit Enrichment of Public Servants (Decree No. 301 of December 30, 1975); and the Organic Law of the Supreme Court of Auditors is approved, published in the Official Newspaper of the Republic of Honduras, "The Gazette", on Monday January 20, 2003, date when the Supreme Court of Auditors formally begins its functions.

The Organic Law of the Supreme Court of Auditors, Section Four Measures Against Corruption in its Articles 69 and 70 empowers the TSC and the public to contribute to legal, accurate, ethical, honest, efficient and effective administration of resources and assets of the State.

The Supreme Court of Auditors (TSC) in fulfilling its constitutional duty to oversee public resources and mindful of the need to involve citizens and social organizations in building a culture of participation and social control, applies as a tool the CITIZEN COMPLAINT, which allows the TSC to know firsthand the irregular acts committed by government officials and employees in the administration of state assets and resources.

II. Organic Structure.

The Administrative Act No. 2004-2010 of July 19, 2010, amended the Organic Structure of TSC, including the Citizen Participation Directorate in charge of the macro process of the organization and administration of the national network of Citizen Participation to strengthen the bond of institutional control with the social control.

At the same time it promotes citizen participation and control and monitoring of citizen complaints through the Department of Control and Follow up of Complaints responsible for the activities of reception, registration, evaluation and investigation of citizen complaints.

The Supreme Court of Auditors has three (3) Regional Offices, created to bring together the TSC with the public, they also comply with the activity of receiving and investigating the complaints that citizens submit to the TSC in the geographic area of their jurisdiction.

III. Operation

The numerous cases of corruption that occur daily in the Public Administration in Latin America, suggest an obvious weakness in the design and implementation of monitoring and control models of public management.

This weakness led to states of the region to address this problem through the implementation of innovative strategies to curb administrative corruption, ranging from the creation of Presidential Programs to Fight Corruption, National and Local Commissions of Transparency up to institutional modernization with approaches that consider the citizen participation (Articles 69 and 70 of the Organic Law of the TSC), as a key input to ensure a substantial improvement in the quality of the management of the EFS.

The Citizen Participation Directorate depends on the Presidency of TSC, consisting of one (1) Sub Directorate and one (1) Department:

a. The Sub Directorate is responsible together with the technicians of the promotion of Citizen Participation in the two hundred ninety eight (298) municipalities of eighteen (18) Departments of Honduras, raising the sensibility and training the social organizations and citizens in general.

The process is done by providing seminar-workshop to social organizations and citizens in general, with the purpose that they allege irregular acts committed by public officials in the use and management of state assets and resources (Article No. 74 of the LOTSC)

b. The Department of Control and Follow up of Citizen Complaints (DCSD), responsible for investigating allegations of specific facts that citizens claim, the Citizen Participation Directorate investigates through the auditors of complaints investigation.

Results of the investigations developed by the TSC, the following responsibilities are made:

- Administrative
- Civil
- Criminal

The **administrative responsibilities** conclude with the payment of the penalties provided by the plenary of the TSC. If the fine is not canceled in the legal term established, it is transferred to the Attorney General's Office of the Republic, which must make the collection.

The **civil responsibilities** follow an administrative process within the TSC, which concludes with an administrative appeal. However, the officials responsible have the option to go to the Administrative Courts to request the annulment of the resolutions; process in which the TSC continues to intervene until the determination if releases or confirms the responsibility.

In both cases: the administrative process and judicial process and once confirmed the responsibility the records are referred to the Attorney General's Office of the Republic (lawyer of the State), which is responsible for its implementation.

Criminal Responsibility: if the TSC finds evidence of criminal responsibility, it transfers the case to the Public Ministry, notwithstanding that when the law so requires, continue to make investigations for the purpose of making civil liabilities.

Another strategy developed by the TSC, in their struggle to get closer and closer to the public, was sponsored by the World Bank in 2007 in the framework of the Project of Technical Assistance for Support for of Poverty Reduction-Credit IDA-3939-HO, under the Joint Financing Agreement No. TF-054176 called "Social Organizations Linkage to the TSC Auditor Process".

This strategy was developed through a pilot project that conducted eight (8) audits with citizen participation in the following areas:

- Health: Two (2) hospitals
- Education: One (1) Institute and a Regional Centre of the UNAH (CUROC)
- Municipal Mayors: Two (2) municipal mayors
- Environment: One (1) Regional Office of the Honduran Forest Development

Corporation (COHDEFOR), now National Institute of Forest Conservation and Development, Protected Areas and Wildlife (ICF).

- Infrastructure: abandoned stretch of highway from Gracias, Department of Lempira to San Juan, Department of Intibucá.

The experience of the TSC interested the Central American and Caribbean Organization of Supreme Audit Institutions (OCCEFS) and the Latin American Organization of Supreme Audit Institutions (OLACEFS), reason why at this time the World Bank will fund the replication of such successful experience in Central America and the Caribbean in the framework of which Honduras will be the model of this linkage process, given the excellent results obtained with the Pilot Project.

Finally, the TSC to bring together the public has a Web site, which features a **Citizen Complaint** link, which allows all Honduran nationally to formulate their own complaints.

Article 72 of the TSC Act establishes the duty to report irregularities committed by public servants in the performance of their duties. At the same time, it offers the state protection to those making the complaints.

The final reports of citizen complaints approved by the plenary of TSC are posted on the website, allowing the claimants and defendants to know the results of the investigations.

IV. Conclusions

Citizens are always a strategic ally and an important support for audits articulated, present actors in the community and know about the task and responsibilities of public officials, also the organized society in Transparency Commissions are observant of state investments in their municipalities and occasionally they develop social audits, which sometimes are inputs for auditors of the TSC.

V. Recommendations

Strengthen the bonds of communication with citizens, social organizations and local and national authorities, to continue straight, fighting corruption and the transparency in the management of public resources.

László Domokos
President

21st century solutions in external and internal communication

**The recently launched news portal of
SAO**

13 July 2011

Should we change our communication method?

2

We have to provide easily understandable, user-friendly news and publish them immediately.

Our target is to make our results and activities well-known.

To stretch the existing organizational frames is not a possible solution.

It is better to have a fresh, novel approach.



13 July 2011

Innovative solution: the news portal



Realizing the importance of online communication and its potentials, we created a news portal in line with the official website of SAO.

How to run a news portal?

- Pick up and prepare all the information.
- Create the process of immediate publishing.
- The whole organization has to change its attitude.

13 July 2011

How to provide direct, immediate, first-hand information?



The operational centre is the communication team.

Departments, experts and auditors upload individually the edited news before and after the event, with pictures, ending the article with the name of the department and the writer.

We gave access for 10% of our employees to the uploading system.

13 July 2011

Positive results inside of the organization

Employees have better relation to their job and professional activities.

The signed text creates a tight bond between the publisher and the organization.

They feel that their job is important and has a great value.



13 July 2011

Main targets of the news portal



- To be the first source of our own news
- Give up-to-date, authentic information as swiftly as possible
- Set a good example for other public institutions
- Enhance transparency

13 July 2011

Using this new communication tool

we are able to

- publish more news, pictures and videos
- show the usefulness and the values of the auditors' activities
- decrease the distance between organization and citizens
- serve as a reference point for the press, the members of the parliament and the professionals



13 July 2011

What does the news portal provide?

On the official homepage: information and documents which are laid down in acts and laws

On the news portal:

Information in a vivid way

Reports about many events are available only here

Detailed and often updated news

Dynamic and continuously changing elements

More interesting topics

Illustrated with photos and videos



13 July 2011

Train the participants

Participant employees have to learn:

- How to upload news and pictures technically
- How to write and edit news
- How to choose the right information or event



Giving more information to the public is a vital element of our successful functioning.

13 July 2011

Thank you for you attention

13 July 2011

**Identifying and Communicating the Value and Benefit of
SAIs**

**Country Paper by
The Board of Supreme Audit of Iraq**

Presented

To

UN-INTOSAI 21st Symposium

Vienna, Austria

Introduction

Among the directing factors experienced by accounting profession throughout its development stages decades was the challenge of the lack of regular, streamlined, and lucid financial statements an auditee may present to the contrary of the factual events or related economic claims.

To ensure the fairness conspicuous of such statements, there should be, firstly, an effective internal control system to maintain the safeguard of entity's financial resources and assure accuracy of its financial statements, which would consequently convince the management and other stakeholders of reasonably spend and preserve the resources, underscore confidence and reliability of the statements, and ensure absence, detection, and remedy of errors and treating once they occur. Secondly, the existence of an external neutral independent efficient controlling body to audit and inspection of different activities based on pre-set standards and rules that represent the foundation or methodology for audit, their results, together with the results of internal control bodies' efforts, is the recognition whether the accounting information are correct and material errors free and finally reflect the fairness and clarity of the activity within a specified period of time and the financial position at the end of the period.

The importance and effectiveness of audit and control require willingness of the financial data beneficiaries to have credible, fair, clear and impartial information. It should be realized also that audit is a mean and not an end, aims to serve this end, due to spread and outbreak of manipulation cases that included all administrative and personnel levels, reasonable assurance of how the financial statements was credible and fair and of being professionally verified and presented to express the financial position and activity outcome clearly, must be provided.

Auditing, while developing, the target becomes more centered around neutral technical opinion on the extent to which the financial statements are fair and clear and how they express the financial position fairly as well as the outcome of activity, a shift has been made towards test audit which depends on well-grounded and strong internal control system. Many objectives now have been added to audit including, plans monitoring and follow up, identifying the

relevant realized objectives, evaluation of work results, audit of production efficiency and welfare of the public, and reduce audit risk since its impacts on customers or auditees are difficult to assess.

Regardless whether the audit was conducted in the public or private sector, the fundamental audit principles should be maintained. The difference will be in the objectives and scope of the audit, therefore it is useful in this paper to clarify the Iraqi BSA's definition and objectives that are legally stipulated. Moreover, conducting audits in public organizations require the auditor to take into his /her consideration the specific requirements and any other related legislations and regulations as well as the ministerial orders that affect the audit mandate, the auditor's freedom in proving the relative materiality, reporting manipulations and errors, and the form of the auditor's report as well. There is also a possibility that there maybe differences in the audit method and technique.

BSA's definition and objectives

Since the first ever national rule in modern Iraq in 1921 and upon the issuance of the first Iraqi constitution, the legislative authority has endeavored to establish a supreme financial audit authority that is directly correlated to it and works on its behalf in auditing the activities of various state ministries and departments. The Iraqi BSA, founded under law no.17 of 1927, is a financially and administratively independent authority. It is a legal entity that contributes in consolidating the economy and the creditability of the Iraqi government. Under the BSA's in force law no. 6 of 1990 (amended), the BSA has been entitled to numerous mandates that support its administrative and regulatory independence in a way that help to fulfill its tasks and activities that BSA seeks to render to the authorities that are within its audit extent. The BSA's law regulates also its audit authorities.

Article (11/first) of the law provided a definition of the BSA as being (a legal independent institution that helps consolidate economy, effectiveness and creditability of the Iraqi government)

Article (4/first) specified the auditees (public and state institutions that has the authority to dispose of public funds in terms of collecting, spending, planning , exchanging , trading , goods and service production should be subject to financial auditing).

As it is stipulated in article (2) of the above mentioned law, BSA's tasks and objectives are as follows:

First – Control and audit the accounts of the auditees and verify proper implementation of the financial laws, regulations and rules, and has to include:

- a- Examine and audit transactions of public expenditure to ensure their integrity and that they do not exceed the allocations set for them in the budget, the use of public funds for their intended purposes and not wasted or abused as well as evaluating their revenues.
- b- Examine and audit transactions of assessment, asserting and collecting public revenues to make sure that the proper procedures are being correctly applied.
- c- Express an opinion on statements and reports related to the works results and the financial status of auditees and to decide if they were organized in accordance with the legal requirements and approved accounting principles and rules, and reflect the auditees' financial status, the set investment incomes as well as the activity result .

Second – Performance audit and control in accordance with the provisions of this law.

Third – Provide the technical assistance in the accounting and auditing areas and their related administrative and regulatory aspects

Forth – Publish the accounting and audit systems based on the internationally accepted accounting and audit standards and the best practices in cooperation with the Commission on Public Integrity in order to constantly improve the rules, practices and standards applicable to management, accountability and public funds audit of Iraq.

Fifth – Reveal, through financial and performance audit, evidence of corruption, fraud, waste, abuse, and inefficiency in issues related to receiving, spending and using public funds.

Sixth – Investigate and report on matters related to spending efficiency and public funds use and as formally required.

Seventh – Refer all claims or evidence of corruption, fraud, waste, abuse or inefficiency of spending and using public funds to the related ministry's Inspector General or directly to the Commission on Public Integrity.

Eighth - Impose regulations and procedures to fulfill its work as a supreme audit institution in Iraq.

BSA fulfills its above mentioned duties and objectives in the field through its audit teams within the auditees, as BSA prepares a plan each year (the annual plan) to accomplish its duty as a supreme audit institution in Iraq. The plan must describe and comment on the following:

- 1- All financial and performance audits expected to be conducted next year.
- 2- Cooperation fields with the Commission on Public Integrity or the ministries' Inspectors General.
- 3- Any other topic that BSA considers essential to achieve transparency, accountability and efficiency.

The Board's role in identifying and communicating the value and benefit of the audit institutions as a supreme audit institution in Iraq:

BS's main objective is to protect public funds from being abused and provides technical assistance to the auditees in accounting and control areas and the related administrative and organizational matters to improve their performance. BSA used protective audit to conduct its various duties especially under the exceptional circumstances that Iraq went through in light of its available expertise, work methodologies, relied on its legal authorities and guided by the international, regional and Arab professional organizations standards and guidelines to reveal the violations and communicates benefit to the auditee. The next topics will include some of those matters, clarifying the aspects of the measurement of quantitative impact of the audit observations, diagnosed through the procedures taken by BSA or the related authorities:

1- Promoting the capacities to handle the external environment:

BSA was keen on making its various audit reports (such as financial statements audit reports, periodical reports, performance audit reports and inspection visits reports) clear and written in a constructive and objective language, and should be supported by in force legal and legislative texts and sufficient evidence. BSA was keen that its reports include the suggestions and recommendations to help the auditee in making the necessary modifications in a timely manner.

BSA issues many audit reports referred to the related authorities and as detailed below:

- a- The general annual report, which is referred to the Parliament, includes the BSA's opinion concerning the whole financial and economic status of the country and a summary of the aspects of deficiencies and irregularities diagnosed by BSA, its work process, problems and obstacles faced and how to overcome them, the observations concluded from the BSA's reports on the activities of the related institutions and entities whether these reports were periodical, final or special.
- b. Reports on the level of entities: Such reports on the audit and control results are prepared and conducted by BSA according to usual annual programs and plans in accordance with BSA law No. (6) (1990) (amended), rules and customs of audit profession to state opinion about the works results of the fiscal year subject of the report. These reports are presented to the parties concerned. They could be classified in to the following:
 - Final statements report (the external report).
 - Works result report (Internal report).
 - Inspection visits reports.
 - Specialized performance audit reports.
 - Performance efficiency audit reports.

- Control over execution of public contracts and their award procedures reports.
- c. Special reports: These reports are prepared when BSA is assigned to special and specified tasks by governmental high level's authorities or when it initiates studying some phenomena, practices and legislations related to public interest including the results of these works in its report, or when there is a necessity to issuing special report on any of the important matters and points discovered without waiting till the completion of control and audit.
- d. Final Financial statement of the Republic of Iraq: Pursuant to item (6) of section (11) of financial management and public debt No. (95) for 2004, BSA issues an audit report on the final financial statements of the Republic of Iraq, in which it states observations, qualifications and its final opinion on the final financial statements its correctness, clarity and fairness as they reflect the whole status of the Republic of Iraq's rights and commitments for the specific year.
- e. Various reports

In addition to the aforementioned, BSA follows up audit reports of DFI (Development Fund for Iraq). Also, it audits and controls reconstruction projects executed by US contracting office funded by Iraqi money. Moreover, BSA audited the donors' projects approved by reconstruction strategic body through which many observations on contracting methods, advertising, execution, quality of services rendered were recorded and referring the reports to the Ministry of Planning and the concerned ministry in addition to auditing projects of US grant on the level of the ministries and governorates on which reports were issued.

2. The Reports' Follow Up Procedures

Through the aforementioned reports, many phenomena that negatively affect public fund or abusing it are diagnosed; thus, out of BSA legal

responsibility and duty, it follows up these reports and takes necessary procedures to clear irregularities and correct deficiencies reflected by these reports. BSA has set a specific mechanism to follow up them and is represented by the following:

- a. Presenting the report that specifically includes audit results to the concerned administration which was previously discussed with it before its issuance setting up a specific period of time for the administration to clear and overcome the observation.
- b. Briefing the concerned Minister with the most important observations requesting him to instruct the related administration to dedicate efforts to clarify these observations within the specified period.
- c- In case of the specified period stated in the report expired, and no reply has been received related to the observations, BSA reiterates its request, then it refers the report to higher authorities to which the administration subject of the report is related, reaching to the General Secretary of the Council of Ministers.
- d- Follow up the correctness of clearing the observations stated in BSA's reports, the integrity of corrective procedures, and mentioning this matter within consequent reports.

3- BSA's role in administrative development

SAIs' laws and executive declarations all over the world include provisions of follow up the implementation of laws, declarations and administrative decisions issued to organize the auditees work. Moreover, follow up executing state's plan; audit its performance in a way that complies with modern era and concepts for administrative methods. Consequently, SAIs should be acquainted with these methods, to be capable of referring their audit reports to the legislative and executive institutions appropriately and executing them.

BSA's essential duties to achieve administrative development can be summarized as follows:

- a- Analyzing the role, functions, work systems and financial resources of state's institutions and tasks assigned for.

- b- Reviewing legal aspects that determine institutions' authorities and evaluating appropriateness to perform their duties.
- c- Evaluating effectiveness of institutions comparing with their adopted laws, responsible officials and limit of independence of political pressure.
- d- Developing the skills of the SAI and state institutions' staff through educational and training courses.
- e- Reviewing governmental units' framework, their administrative practices and preparing necessary recommendations to be introduced to these frameworks.

4- BSA's role in raising performance of state institutions

BSA's role and its effective contribution in administrative development could be summarized by raising organizing level of auditees, simplifying work procedures and methods and improving quality in an essential field which is human resources development, as follows:

- a- Contribution in developing laws and regulations, reviewing their application and current circumstances in order to renew and pertain these laws and regulations for achieving efficiency and sufficiency of the general organizing of those units.

Through the results of audit and control work, BSA has indicated a number of observations that specified the following aspects:

- Specifying the lack of laws that organize the work of some state entities.
- Irregularities in applying financial management law No. (95) of 2004 and instructions of annual budget execution.
- Indicating encroachment cases on state property.
- During the recent years, BSA has studied the valid laws, regulations and instructions, specified many loopholes and defects which could be used in passing corruption cases, suggesting appropriate solutions to be referred to the executive and legislative bodies to take the necessary procedures. Moreover, BSA has given opinion on draft laws, regulations and instructions referred to it in the recent years, especially those which are related to the financial and accounting aspects.
- b- Contribution in developing organizational charts of auditees and clarifying the extent of availability of main elements of management within these charts, as a study of this matter has showed that a number of ministries and other administrations made changes on their administrative charts represented by creating new managements or amending some

managements to be General Directorates instead of General companies without getting formal approvals of higher authorities or ministry of finance being the authorized body which enact these amendments, this led to the existence of unplanned and uncalculated employments.

- c- The Board of Supreme Audit contributed in developing the job description of state through consideration adopted description, clarifying the extent to which it is connected with organizational charts and determining the required qualifications to occupy them, this aspect is considered important in facing job inflation, a base of planning labor forces and ensuring stability of the conditions of workers which leads to rise production rates.
- d- In the field of simplifying work's procedures and methods, and improving its environment:

This aspect depends on findings of studies concerning the analysis of administrative work to know in detail its stages, procedures and methods adopted to perform the activity and achieving its goals in order to simplify the procedures, developing the adopted methods, improving level of performance and saving efforts and cost. it is possible to determine the most important two aspects that BSA focused on during the last period in this respect in addition to its tasks which include control, financial and performance audit, as follows:

First _ The Role the Board of Supreme Audit in evaluating the internal control systems

Launching from commitment of Board of Supreme Audit to present technical assistant for state administrations, BSA prepared a guideline for internal audit units aiming to assist these bodies to perform their tasks efficiently and effectively to avoid abusing resources and properties. Moreover, BSA examined and evaluated the internal control systems in the ministries and administrations not related to a ministry. The findings of examination and evaluation have produced a number of significant observations which have an influence on effectiveness of the system and they have been reported to offices of ministers according to detailed reports and all reports have been discussed through holding separate meetings for these bodies attended by the inspector General

and officials of internal control, the detailed report about this respect has been sent to General Secretariat of the Cabinet.

Second: considering costs system in self- financing administrations

Due to the effective role of this system in providing the management with information and analytic detailed data about all the productive departments in the company which enables it to evaluating the performance of these departments and know the participation of each one as a result of its activity, BSA examined and audited the nature of these regulations and for sample of self- financing administrations from different sectors like agriculture, industry, transportation and communication, buildings, services and education. The findings of examination have produced a number of defects which were showed in a detailed report including observation and recommendations required to develop these regulations.

- Promotion human resources

Providing scientifically and practically, qualified human abilities, is considered a main component to rise performance level of state units, and we cannot loss them even though the state bodies was provided with techniques, technological means and new administrations, BSA realized this fact and organized training courses for state employees in different area, upon the request of ministries and other bodies, as well as preparing plans for annual training courses, which include programs and axes as needed by state bodies and according to functions and specialties, aiming to qualify and train employees, and they are informed by these plans to assist directly in developing public sector and to progress performance and improve the quality of rendered services.

5- Setting up and developing adopted accounting systems of self and central financed units:

a- Updating the Unified Accounting System:

BSA has formed a committee to study and update the unified accounting system adopted by economic activities units according to comprehensive view of economic situation, developments in accounting function and international

accounting standards. The committee has depended in its work on suggestions and opinions of academics and staff at economic units in the public sector. It has applied most of suggestions received as appropriate to Iraqi accounting environment.

b- Creating accounting system for municipalities:

In order to organize and unify the accounting work among several formations of municipal offices, BSA has formed specialized committee of BSA staff with experience and speciality. The committee has prepared an accounting system related to municipalities that set up a plan to apply it and to train state offices employees on application mechanism.

c- Costs systems:

Due to the importance of ensuring good and effective costs system under accounting system adopted by all self financed companies and administrations in such a way that contributes in reaching to costs' reports which enable the management and other parties to make administrative decisions related to production, pricing, selling and profit margins according to scientific and objective bases, the Board of Supreme Audit has prepared a study concerning the cost system in self financed administrations. An audit program, with questionnaire form, has been prepared and applied in economic units which are subject of BSA audit. Recently, BSA coordinates with auditees to update cost system as appropriate with their activities' nature and specification.

d- Studying the financial information management system and its divisions:

The financial information management system was, its divisions and accounting guideline was studied by BSA. It has also been studied the method of financial statements presentation according to state's new accounts guideline and the proposed model. The financial statements of the Ministry of Education Head quarters for 2007 have been chosen as a sample to apply the model. The Ministry of Finance has been informed with the findings of application and specified observations concerning the system.

6- Adopting standards and indicators of performance evaluation of state institutions:

a- Indicators of performance audit of state institutions

Due to the importance of units' performance measurement of different kinds and to identify the activities' efficiency, effectiveness and economy, BSA has prepared a guideline that included indicators and standards of performance audit including joint and professional indicators according to activities and was circulated to all state entities. A committee headed by BSA and membership of two representatives from the Ministry of High Education and Scientific Research and the Ministry of planning has been formed to undertake the study of indicators of specialized sectors performance audit. The committee has submitted several recommendations to the Secretariat General of the Cabinet/ the Directorate of committees' affairs.

In the light of that, the general secretariat of Cabinet / Directorate of Committees Affairs issued circulation to all ministries and authorities not related to a ministry to form central committees at the Headquarters of each entity which undertake preparing indicators and standards of specialized performance audit and according to the nature of each entity's activity, or managing and naming representative in order to discuss the indicators which are prepared by the main committee formalized pursuant to the order mentioned – above ; the committee still holding meetings to discuss the indicators prepared by central committees to determine their conformity with it's activities and appropriateness for the nature of it's works .

b- Performance audit of Inspectors General Offices

The quality of performance of inspectors general offices have impact on the quality of work inside concerned ministry. In order to determine on the targets and tasks of office and it's clarity, requirements of administrative and financial organizing and appropriateness for the office activity, in addition to the utilizing of available powers and effectiveness of achieving office targets a program was prepared specialized in testing the work quality of these offices, moreover were set a group of indicators specialized in measuring the offices performance applied by specialized auditing bodies in BSA to evaluate the performance of these offices and reporting on evaluation findings, in addition to form committee for study and evaluate the reports related to findings of quality

control procedures and performance of inspectors general offices in the ministries and non-ministerial authorities and providing the final conclusions concerning it to issue them in final copy.

7- Contribution in coping with latest developments and

requirements of accounting work:

a- Partnership contracts:

BSA has studied the partnership cases and the mechanism of transfer the factories of Iraqi Cement Company to the private sector in order to rehabilitate its production lines, and entries required to be registered in the records of Ministry Of Industry And Minerals according to the partnership principle and obtaining full manufactured quotas in favor of ministry's companies concerning the received quantities of cement at the cost price and company's quota of production free of charge, also the entries of the fixed assets of these factories. The Ministry Of Industry And Minerals was addressed concerning these entries.

b- Treatment of War Damages

As a result of great damages that occurred for most of operating companies and damages of their assets whether in whole or in part, the BSA endeavors to set up a mechanism to treat or write off those damages in the records. In the light of BSA's suggestions, a central committee was formed that undertook auditing of statements submitted by different ministries and administrations concerning the damages and approving the proper statement which are prepared by ministries, administrations not related to a ministry and governorates. According to the findings of the committee; the Cabinet issued decision which include authorizing the concerned minister, Minister of Finance and central committee to write off assets in specified limits for each one.

c- Requirements of Financial Statements Preparation :

In order to unify bases, policies and disclosure of information in correct and unified way within financial statements prepared by all state units and in such a way that ensures applying proper methods in preparing financial statements, the ministries and administrations not related to a ministry are informed annually before the beginning of the fiscal year with the requirements of preparation and

at the level of each account of the statements' accounts, in addition to the requirement of preparing management report and letter.

8. Activating the contributions of BSA in support and develop the educational system:

- a. Preparing a study in order to equate the highest degree in the specialized field, whether from the Arab Institute inside Iraq or outside, or from universities and other foreign institutes officially recognized with the certificate granted by the Higher Institute for Accounting and Financial Studies and submitted several proposals for the purpose of the equation to the Ministry of Higher Education and Scientific Research.
- b. Contribution in the meetings of specialized sectors committees to develop the curriculums for the students of the Management and Economic College and the curriculums of Vocational Education Institutes.
- c. Financial and technical support for the conferences, workshops, and seminars held by the specialized colleges, and institutes in Baghdad and the governorates.
- d. Training the students of charter accounting department in four stages of the Higher institute of financial and accounting studies annually within the audit teams for six months in order to increase their experiences and field skills in the control and audit field.

9. The role of media to disclose the irregularities

BSA seeks to provide its services as councilor and adviser in order not to avoid any mistakes in the concerned institution. BSA adopted the preventive control approach as a basic method in its work as shown in the above paragraphs, without neglecting to give hints to the offenders on the possibilities of using the media as one of the maximum mechanism for the transparency of the statements. BSA has a website, it publishes some results of audit that reveals some aspects of defect and irregularities that took place in the entities subject to its audit that is discovered, the reports of specialized performance audit that represents the performance audit of specific activity related to (health and educational) services, and some of the reports of overall performance audit, in

addition to the disseminate of all the issued evidences and programs. BSA also publishes some of its activities through the newspapers and satellites channels.

The Conclusion

The legal and constitutional enhancement of SAIs independence and impartiality is the main pillar in the implementation of its tasks and work. This is confirmed in the Lima's declaration that the SAIs can fulfill their specializations effectively and satisfactory if they were independent from the entities subject to their audit, have protection from the external influences surrounding, and that is stated in the state constitution. This is confirmed by the Board of Supreme Audit during its work with entities subject to its audit through preparing the clear and simplified evidences, procedures, instructions, and standards that covers all the activities and areas of work and finds a mechanism to transfer the knowledge and development in the work to those entities that contributes in raising and improving the work efficiency continuously to serve them and the other entities.

L'interaction entre les Institutions Supérieures de Contrôle et les citoyens en vue d'améliorer la reddition des comptes publics.

COUR DES COMPTES DE LA REPUBLIQUE DEMOCRATIQUE DU CONGO.

La reddition des comptes devient une obligation démocratique dans la mesure où les ressources nationales sont publiques.

Les citoyens ont ainsi le droit de savoir si ces ressources sont bien utilisées par ceux qui ont la charge de les gérer.

En RD Congo, cette obligation est constitutionnelle.

L'article 173 de la Constitution stipule à ce sujet : et je cite ; « Le compte général de la République est soumis chaque année au Parlement par la Cour des comptes avec ses observations le compte général est arrêté par la loi ».

La Constitution a ainsi déterminé expressément le rôle que doit la Cour des comptes dans ce processus.

Pour permettre à l'Institution Supérieure de Contrôle de préparer les observations destinées Parlement, l'article 3 de l'Ordonnance -Loi no 87-031 du 22 juillet 1987, relative à la procédure devant la Cour des comptes stipule que « Les comptes doivent être produits au plus tard le 30 juin de l'année suivant celle à laquelle ils se rapportent ».

Bien que l'échéance du dépôt du projet de loi à la Cour des comptes n'a jamais été respectée, le Gouvernement s'acquitte chaque année de cette obligation ; ainsi les observations relatives à l'exercice 2009 sont en voie d'être déposées au Parlement.

Les observations de la Cour des comptes, Institution Supérieure de Contrôle, sont transmises au Parlement et publiées dans le Journal Officiel de la RD Congo pour être ainsi à la portée des citoyens.

Mais il faut reconnaître qu'au stade actuel de notre démocratie naissante, les citoyens n'ont pas la conscience politique suffisante pour s'intéresser aux problèmes de gestion de cet ordre.

La reddition des comptes publics reste, dans ces conditions, la préoccupation de la classe politique et d'une certaine élite.

Des actions spécifiques s'avèrent indispensables pour favoriser des rôles interactifs des citoyens dans la gestion de l'Etat et des ressources publiques.

Les efforts actuels de la Cour des comptes tendent à :

1. Demander au Parlement de jouer un rôle prépondérant ;

La Cour des comptes rappelle, avec insistance en premier lieu, au Parlement, constitué des représentants élus démocratiquement et tenu responsable en tant qu'autorité budgétaire, d'assurer la promotion des rapports de la Cour des comptes en général et de ses observations sur le projet de loi de reddition des comptes publics en particulier.

La Cour des comptes est convaincue que les débats parlementaires sur ses rapports permettront aux citoyens, habitués à les suivre avec attention, d'améliorer leur jugement s'agissant de la gestion de l'Etat en général et de la reddition des comptes de la gestion des ressources publiques en particulier.

2. Corriger ses propres déficits de communication et d'information ;

Au cours d'un sondage médiatique ayant ciblé l'homme de la rue dans la capitale congolaise, deux groupes ont semblé traduire l'opinion générale sur la Cour des comptes:

- Le premier est celui des citoyens qui ignorent l'existence de la Cour des comptes et son rôle véritable.
- Le deuxième est celui des citoyens informés de l'existence de l'Institution, mais qui estiment pour la plus part que la Cour des comptes n'agit pas assez pour envoyer les délinquants financiers

en prison et résoudre les problèmes de détournements des deniers publics ainsi que celui de la corruption.

Ces graves lacunes résultant de l'ignorance sont en voie d'être corrigées. En effet, la Cour des comptes s'ouvre de plus en plus aux médias par des interviews en langues nationales pour informer et sensibiliser les citoyens sur ces activités et sur ce qu'elle attend des citoyens notamment pour renforcer la lutte contre la corruption.

Par ailleurs dans le cadre des actions pour la mise à exécution de son Plan Stratégique de Développement à Moyen Terme 2010-2012, réalisé avec l'appui du Programme des Nations Unies pour le Développement (PNUD), un programme de sensibilisation des acteurs des Institutions politiques et administratives des Provinces et des Entités Territoriales Décentralisées, est en cours d'exécution. Les résultats sont très positifs pour la visibilité et l'image de l'Institution vis-à-vis des citoyens.

D'autres actions ont été entreprises en direction des organisations de la Société civile, plus à même de former des citoyens responsables, apolitiques et conscients que les ressources mieux gérées contribueront à l'amélioration du niveau du bien-être des citoyens.

Grâce à l'appui des partenaires, le Programme des Nations Unies pour le Développement (PNUD) et la Coopération Britannique (DFID), le Journal Officiel de la RDC imprime les rapports de la Cour des comptes rapidement et en quantité suffisante (jusqu'à 5000 exemplaires) ce qui permet à l'Institution d'assurer une distribution gratuite et une large diffusion des rapports de contrôle et des observations sur les redditions des comptes.

Ainsi outre les Parlementaires nationaux et provinciaux, les corporations professionnelles, les Universités, les confessions religieuses et les syndicats reçoivent nos rapports, à charge pour ces structures de sensibiliser leurs membres sur la gestion des finances publiques et sur l'importance de la reddition des comptes.

Ces actions sont décisives bien que récentes.

La Cour des comptes a ainsi entrepris d'exiger un rôle plus conséquent du Parlement pour la promotion de ses rapports d'activité et d'intégrer les citoyens dans son travail par ses actions de sensibilisation.

Elle espère vivement que les citoyens sensibilisés par ses actions s'impliqueront pour influencer sur ses activités et participeront à l'amélioration de la reddition des comptes.

Le chemin est encore long. Il faut encore beaucoup de volonté politique et des moyens pour que la Cour des comptes puisse agir de façon autonome et en toute indépendance.

Je vous remercie.

Interaction between the SAI and Citizens
INTOSAI SYMPOSIUM
Country Paper
July 13-15, 2011
By: Haser Hainrick

Background:

The Federated States of Micronesia (FSM) has a population of 110,000 spread out across 3 million square miles of the Pacific Ocean, just north of the equator. The political institutions of FSM are built upon US models. FSM is an independent country in free association with the U.S. The country consists of four states, Kosrae, Pohnpei, Chuuk and Yap. Travel among the states, one must travel by plane or go on a ship to get to the other states. FSM is Independent Sovereign Nation and a permanent sitting member of the United Nations. FSM receives majority of its funding from the government of United States of America through the agreement of the Compact of Free Association between U.S and FSM and uses the U.S dollar as currency. The Compact was started in 1986 and lasted for 15 years, now being amended for another 20 years after renegotiations between the two countries.

FSM Office of National Public Auditor (SAI)

Under the (1979) FSM Constitution Article XII Finance Section 3. (a) The Public Auditor is appointed by the President with the advice and consent of Congress. He serves for a term of 4 years and until a successor is confirmed. (b) The Public Auditor shall inspect and audit accounts in every branch, department, agency or statutory authority of the national government and in other public legal entities or nonprofit organizations receiving public funds from the national government. Additional duties may be prescribed by statute. (c) The Public Auditor shall be independent of administrative control except that he shall report at least once a year to Congress (d) The Congress may remove the Public Auditor from office for cause by 2/3 vote. In that event the Chief Justice shall appoint an Acting Public Auditor until a successor is confirmed.

The National Public Auditor oversees two divisions and they are the Audit Division and the Compliance Investigation Division (CID). The Office has two different locations, the main headquarters situated in the State of Pohnpei and a satellite office in the State of Chuuk. SAI's mission states that "We conduct audits and investigations to recommend improvement in government operations, efficiency and accountability for the public's benefit." Our audits and investigations are prioritizing within the public's interest.

Interaction between SAI and Citizens:

1. Reports and Publication

One of the means of interacting with citizens is through our SAI's reports and publications. This is where our Audit Division distributed audits reports which highlighted the audit findings and recommendations and the corresponding positive results in operations as a result. Our audit reports are directed to the citizens, media, office website, and through our report distribution list. For example, we are monitoring the conversation about our office in the media arena. We keep our audit reports simple and easy to read and understand. We also hold exit conferences with the Auditees where we discuss the draft findings and recommendations to ensure that all is understood by providing their corrective action plans on how to resolve the weaknesses reported in the audit.

Our Investigation Reports are referred to the FSM Department of Justice (DOJ) based on case referrals which resulted to filing at the court system for conviction and sentencing. Some of our investigative findings are administrative which resulted to restitution and adverse action. Our Investigation Reports are not disclosed to the public, only when it is filed in court.

SAI's Annual Report highlighted the value, contributions, services which our office contributes to the public through audits and investigation. The Annual Report basically highlighted yearly activities of the offices which are also provided to the public and citizens.

Our hotline program is managed by our CID where we receive tips and complaints on a 24/7 basis. We advertise widely throughout the FSM so citizens can report suspected fraud activities either anonymously or openly. The hotline program provides us a great number of complaints that we can initiate investigations and audits. Additionally, we have a web-page where citizens can also submit their complaints online.

2. Assistance and Collaboration:

Our SAI also provides and receive assistance and collaborations both on a regional and international scale. We are assisting all the other SAI's in our country for capacity building and information sharing. We are a permanent and strong member of the Association of Pacific Islands Public Auditors (APIPA). APIPA is established as an organized body to act as one voice in support of the goal of promoting efficiency and accountability in the use of public resources of member jurisdictions and a forum to share ideas, experiences, and concerns and identifying solutions. We provide assistance and collaboration with our donor agencies (US Office of

Inspector General) which are very vital so they know how we are spending the money, especially sharing of information and capacity building. Our CID division has a Memorandum of Understanding with the FSM DOJ to support criminal investigation and litigation on financial fraud. Our CID is also a member of the Joint Law Enforcement Association or Head of Law Enforcement Association. The Association's purpose is to provide more effective coordination and communication among all law enforcement agencies of the four states and National Government of FSM.

3. Fraud Awareness Program:

Our latest instrument of interaction with our citizens is from our newly launched Fraud Awareness Program (FAP). The FAP aims and objective is basically to promote fraud awareness and preventive outreach in the FSM. This is also part of doing proactive work instead of reactive. A presentation type forum conducted by the CID to go out and do public education to government officials and employees, students and the general public about the roles and responsibilities of our office and the manner in which we perform our duties and responsibilities, in addition to educating them about the magnitude of fraud and its impact on government operations and where to report these suspected activities they may witness. The program also includes disseminating of promotional tools such as brochures, hotline cards, banners, key-chains, pens, t-shirts which are distributed to the participants during the presentation. There is also a question/answer session after each presentation where the participants were given the chance or time to question the program and provide feedback to CID by completing an evaluation form.

The FAP was launched back in 2009 where our SAI was able to capture around 1300 participants from all the four states. The feedbacks from the participants were very positive toward the program. Majority of the participants stated that the presentation was beneficial and should be conducted annually. Some of them claimed it's an eye opener and the first time for them to hear about it and very worthwhile. The feedbacks from the participants assist us to measure and track how the public and our stakeholders perceive us and what they want from our organization. One of the objectives is to also educate students in high school and college so they can be aware of what's going on within the government, as they will be the future leaders of our Nation. This is part of our preventative work to cultivate a culture against fraud.

Conclusion:

In the end, all three methods of reporting and publications, assistance and collaboration and the fraud awareness program are ways of interacting with public and government whom are the citizens which is an essential part of our role to promote good governance, transparency and accountability in government operations and activities. It is also enhancing public confidence and trust in government. The FAP interaction is an instrument for the government and the citizen's to work together to control and prevent fraud in government. Lastly, these activities will encourage or inform legislative change.



REPUBLIC of PALAU

Office of the Public Auditor

P.O. BOX 850
KOROR, PALAU 96940
TEL: (680) 488-2889
FAX: (680) 488-2194
HOTLINE: (680) 488-5687
E-MAIL: palauopa@palaunet.com

21st UN/INTOSAI Symposium, Vienna, Austria

Palau SAI Country Paper on “Effective Practices of Co-operation between SAI and Citizens to Enhance Public Accountability”

On behalf of the Pacific Association of Supreme Audit Institutions (PASAI), I want to thank you for the invitation to participate in the 21st UN/INTOSAI Symposium on the Theme “Effective Practices of Co-operation between SAI’s and Citizens to Enhance Public Accountability”.

The Republic of Palau is an independent island nation located in the south-western Pacific Ocean. The Republic exercises the democratic principles of government with an elected president and members of a bi-cameral legislature. Palau has a land area of 171 square miles (444 square kilometers) with total population of 20,796 (2009 estimate). Presently, Palau’s political status is covered under a Compact of Free Association with the United States of America. Majority (70%) of Palau’s population reside in Koror, the main commercial and business district. The country has two (2) main print media (newspapers) and two local cable news networks that broadcast local and international news, in addition to major cable news international networks (i.e. CNN, BBC, etc.).

While the Republic of Palau's Office of the Public Auditor (OPA) has not established a process to build cooperation directly with citizens in dealing with audit issues, it does publish its audit reports in local newspapers (2 media outlets), which provide citizens access to audit issues and related information. Although audit reports are not published verbatim, the title of the report is usually published together with the major findings and recommendations in the report. One of the downside to this approach is the potential for the author to misquote the report or misinterpret the data and information. Another shortcoming is that the report is not published in its entirety and therefore the issues that are published are those the author thinks are important, not necessarily the reader. The local cable news networks also broadcasts audit issues when they arise, especially when issues stir local debates.

The other outlet where citizens can access the audit information is the Public Library, which the OPA provides copies of audit reports to. Again, the limitation with this process is that only those who hold a library card can have access to audit reports. In addition, the OPA provides copies of its audit reports to a government agency, Bureau of Domestic Affairs, which should be availing to the public access to the audit reports. The OPA also provides copies of its audit reports to local Non-Government Organizations (NGOs. i.e. Palau Chamber of Commerce). The Public Auditor has previously worked with the Palau Chamber of Commerce to discuss audit issues dealing with government procurements. The OPA is presently working with the Chamber of Commerce to devise a working

relationship that can be used to address government procurement issues (audit findings) that affect local businesses.

At the time of drafting of this paper, Palau's Office of Public Auditor is negotiating with a computer company for the design and creation of an OPA's Website. The OPA plans to use the Website to publish its audit reports, which the public will be able to access. The Website also will be used to host a Hotline for the public to report suspected illegal activities and other issues. The Website will also serve as a host for information regarding regional and international best practices on fiscal matters, policies and procedures, technology updates, training opportunities, etc. For the time being, citizens interested in a particular audit report can request a copy of the report from the OPA for a fee (duplication).


In recent months, the Office of the Public Auditor received a grant from the United States Department of the Interior to conduct a Fraud Awareness Outreach Program. The Office of the Public Auditor of the Federated States of Micronesia (FSM) conducted the initial pilot program, which involved citizens (and students in local schools) from all facets of FSM community, and proved quite successful. The Palau OPA plans to conduct a similar fraud awareness program in the Republic of Palau to educate the public (citizens) on the effects of fraud on government.

The Office of the Public Auditor is very interested to learn of new ways to involve citizens in the dissemination and cooperation on audit issues which will lead toward

increased transparency and accountability in government. In this context, we look towards the 21st UN/INTOSAI Symposium for guidance, assistance, and partnership in improving effective practices of cooperation between SAI and citizens to enhance public accountability.

In closing, I would like to, once again, thank the INTOSAI for the invitation to participate in this year's symposium and all the delegates for sharing the information and the discussions.

Respectfully submitted by,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Satrunino Tewid', is written over a large, light-colored oval shape.

Satrunino Tewid
Acting Public Auditor
Office of the Public Auditor
Republic of Palau

COMMUNICATING PUBLIC MONEY

Nina Furman, Court of Audit
Republic of Slovenia

OUTLINE

Constitution: the highest body for supervising all public spending

Independency

Regularity and performance audits (any user of public funds)

Over 4000 potential audited bodies

The reputation of public sector is in close connection with sound financial management

Rising media interest of audit findings

WATCHING OVER PUBLIC MONEY

Mission: inform the public about important audit findings

Were the public funds appropriately protected?

Was the use of funds by Government, local authorities and public enterprises regular and effective?

WATCHDOG

CoA is responsible for auditing government income and expenditure, act as a watchdog over financial integrity and the credibility of reported information.



MEDIA AND PUBLIC ARE THE CoA'S STRONGEST ALLIES

Building media trust on openness,
transparency and visibility

All audit reports are public – published on the
Website

Preparing short easy reading abstracts on
audit findings for all audit reports

Web-publishing: best practices, opinions on
public finance issues, news

PR tools: You-tube channel, referring sites

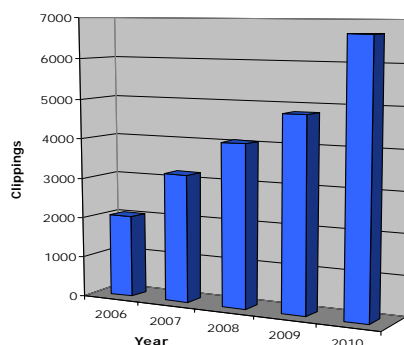
COMMUNICATING THE SAVINGS

2006 CoA started communicating savings:
3 CASE STUDIES

From 2006: the rise of media clippings

2007 CoA started prevention campaign in local
communities, further rise of media clippings in
regional media

EVALUATING OUR COMMUNICATION IN MEDIA



*2011 (until the beginning of July over 5000)

EVALUATING PUBLIC RESPONSE – REFERRING SITES



EVALUATING PUBLIC RESPONSE – REFERRING SITES

Referring Sites

Jun 1, 2011 - Jul 1, 2011



Referring sites sent 823 visits via 90 sources

Site Usage		Goal Set 1		Views	
Visits	Pages/Visit	Avg. Time on Site	% New Visits	Bounce Rate	
823	3.13	00:02:03	52.73%	60.02%	
% of Site Total: 5.75%	Site Avg: 3.11 (0.51%)	Site Avg: 00:01:29 (38.30%)	Site Avg: 58.13% (-9.28%)	Site Avg: 61.68% (-2.69%)	
Source	Visits	Pages/Visit	Avg. Time on Site	% New Visits	Bounce Rate
1. web.vecer.com	262	1.94	00:01:19	73.81%	62.30%
2. google.si	68	3.54	00:02:38	60.29%	60.29%
3. facebook.com	61	2.80	00:01:50	9.84%	73.77%
4. portal.zag.si	61	1.82	00:01:04	57.38%	73.77%
5. google.com	43	4.93	00:06:53	23.26%	37.21%
6. gov.si	29	5.00	00:01:14	17.24%	48.28%
7. istaknik.gov.si	29	3.38	00:02:52	72.41%	65.52%
8. mf.gov.si	27	6.33	00:03:48	22.22%	37.04%
9. forum.racunovodja.com	19	6.58	00:03:32	76.95%	31.58%
10. onko-lsi	18	2.17	00:00:55	44.44%	44.44%

SWAZILAND

OFFICE of the AUDITOR GENERAL

COUNTRY PAPER on COMMUNICATION between the SAI and CITIZENS

COUNTRY HISTORY BACKGROUND

Swaziland, officially the Kingdom of Swaziland (*Umbuso weSwatini*), and sometimes called Ngwane or Swatini, is a landlocked country in Southern Africa, bordered to the north, south and west by South Africa, and to the east by Mozambique. The nation, as well as its people, are named after the nineteenth century king Mswati II.

The Kingdom is a small country, no more than two hundred kilometers north to south and one hundred and thirty kilometers east to west. Today, the population of slightly over a million people is primarily ethnic Swazis whose language is siSwati, though English is spoken as a second language.

The country gained independence in the year 1968. Swaziland is a member of the Southern African Development Community, the African Union, the Commonwealth of Nations and the United Nations. The head of state is the king, who appoints the prime minister and a small number of representatives for both chambers of parliament. Elections are held every five years to determine the majority of members of parliament's House of Assembly who represent fifty five constituencies at national level. The Auditor General obtains mandate from the Audit Act of 2005 and a new constitution which was adopted in the year 2005.

Swaziland's economy is dominated by the service industry, manufacturing and agriculture. Some seventy five percent of the population are employed in subsistence farming, and sixty percent of the population live on less than the equivalent of US\$1.25 per day. Swaziland's main trading partner is South Africa, and her currency is pegged to the South African rand.

INTRODUCTION

The organizations INTOSAI and AFROSAI-E to which the Swaziland SAI is affiliated to emphasize the importance of stakeholder communication. The INTOSAI has come with a standard on communication which states that there must be communication of information to public authorities and the general public through the publication of objective reports. It states that there must be extensive distribution and discussion, and enhances opportunities for enforcing the findings of a SAI. It further states that the reporting should be objective, clear and easily understood. The AFROSAI-E has developed a communication handbook to assist

their SAIs to develop a communication policy, strategy, procedures and plan for internal and external communication. These organizations are emphasizing the importance of strengthening communication with stakeholders. One writer by the name of Sarah Reuben states that “the importance of strengthening communication with stakeholders is no longer a theory, but it is a reality and a challenging issue”.

Hence as an SAI we have realized the importance of communication and we are in the process of formulating a communication policy.

COMMUNICATION WITH PARLIAMENT

The Office of the Auditor General communicates with parliament through meetings, memoranda, e-mail and telephonically whenever there is need for interaction. The law also allows the Auditor General to communicate with the Speaker of parliament’s House of Assembly to request for funding of audit work whenever the funds that are allocated by the Finance Ministry are insufficient. The Auditor General has not so far solicited parliament’s assistance for funding of audit work.

The report of the Auditor General is presented to parliament through the Speaker of parliament’s House of Assembly annually by the Minister of Finance usually in February which is the last but one month of the Swazi government’s financial year. Usually the Auditor General invites all media houses to his office for an overview of the report as well as to avail copies of the audit report to each media house. Other stakeholders such as former members of parliament, former Auditors General and other partners are given copies of the audit report. The document is also published in the government’s website. Members of the media include a government owned radio and television station, two independent daily newspapers and other private owned publications including a monthly magazine .

However, the forum does not scrutinize the details of the audit report but is also used by the Auditor General to encourage the media to attend the ensuing sittings of the Public Accounts Committee which commence once the report has been tabled in parliament. It is worth mentioning that it is common occurrence that news headlines are dominated by extracts from the audit report during this period and the following weeks. Swazi citizens are able to make comments on the audit report through writing to print media editors as well as making telephone calls to the radio station during a program that covers the so called “hot news”.

THE PUBLIC ACCOUNTS COMMITTEE

The report is then debated by a parliamentary sub-committee, the Public Accounts Committee (PAC) after taking into consideration the previous year’s PAC report. The Public Accounts Committee is provided for under Section 209 of the constitution. It is composed of twelve members of parliament’s House of Assembly, the Auditor General and the Accountant General who provides the committee with technical assistance.

Functions of the PAC include, among others, investigating and inquiry into the activities and administration of ministries and departments as parliament may determine. The committee has the powers, rights and privileges of the High Court at trial for:

- ✓ Enforcing the attendance of witnesses and examining them on oath, affirmation or otherwise
- ✓ Compelling the production of documents
- ✓ Issuing a commission or request to examine witnesses abroad.

Sittings of the committee are open to the public and the PAC may summon any Controlling Officer of government ministries or departments. The Public Accounts Committee's sittings afford an opportunity to all media houses to cover the debates of the sub-committee. Over the years, deliberations of the PAC have enjoyed wide coverage on daily basis in our newspapers, radio station as well as on television.

An important role of the PAC is to produce a report and make recommendations based on their findings during the committee's sittings and table it before the national House of Assembly for its approval. The exercise intends to facilitate better use of public funds, ensuring that policies and programs of government are implemented in an effective, efficient and economic manner. It is also to ensure that the PAC and the Auditor General work together to achieve maximum accountability to the legislature and to play an oversight role in the use and administration of public resources.

COMMUNICATION WITH THE MEDIA

Looking back over the years it can be concluded that the Swazi SAI has had a healthy and fruitful working relationship with all in the country. This good relationship has been the direct link with the general public as members of the public have been able to get information contained in the annual audit report. Likewise the SAI has been able to get feedback on the work done by the SAI through their (the public) comments either on radio or in newspapers. An example of such feedback is that of a former Senator of the Upper House of Parliament, who wrote in his weekly column in one of our daily newspapers about the "good work" that the Office of Auditor General has consistently done over the decades since the country's indecency.

CONCLUSION

Our SAI's communication with the public has mostly been through the media. The fact that there is no official political parliamentary opposition to government since our political system does not allow for elections through the multi-party system, increases the Auditor General's role in promoting accountability and proper financial management by government. To a large extent, the Swazi citizenry relies on the competence of public audits in order to ensure good governance.

In summary the role of the Auditor General and the PAC is to ensure integrity, accountability, transparency and improving efficiency of Public Finance management as a basis of socio economic development.

21ST UN/INTOSAI SYMPOSIUM

EFFECTIVE PRACTICES OF COOPERATION BETWEEN SAIS AND CITIZENS TO ENHANCE PUBLIC ACCOUNTABILITY

PAPER PREPARED BY THE SAI OF TRINIDAD AND TOBAGO

The Supreme Auditing Institution (SAI) of the Republic of Trinidad and Tobago interacts directly with citizens to a very limited extent. The need to take action to remedy this situation and seek greater involvement by the members of the public in the role and responsibility of the SAI is recognised. Our recently developed Strategic Plan 2011 - 2015, which is to be submitted to the Cabinet shortly, includes this issue under Stakeholder Analysis and is one of the many areas of vital concern to us.

2. The Auditor General is responsible for the audit of the public accounts of the Country and the accounts of regional corporations, regional health authorities, the Tobago House of Assembly and other statutory boards and similar bodies where the legislation so specifies.

3. The Report of the Auditor General on the Public Accounts of the Republic of Trinidad and Tobago is one of the major reports issued by the Auditor General. As the situation exists, once the Report is laid in Parliament, it can be made public. However, more often than not, only small portions that may be regarded as newsworthy are reproduced in the press on an *ad hoc* basis. The Report on the Public Accounts is however placed on the Department's website (www.auditorgeneral.gov.tt).

4. Additionally, a few of our Audit Reports are presented at Annual General Meetings to which the entity's Stakeholders are invited. Stakeholders range from shareholders to depositors to employees. Statistical data defining individuals' reasons for attendance, whether to follow the entity's performance or the Auditor General's input at the meetings is not available.

5. The Audit Report is usually made available to the public prior to the holding of the Annual General meeting. Usually, following the end of the presentation of corporate performance by the entity's officials, the Audit Report is presented and then there is a period

for questions and comments by those present. Historically, even when our Audit Reports contain contentious matters, some readers appear oblivious to its potential implications to the stakeholders and the entity. From this standpoint therefore, it may be necessary to commence a Public Awareness Programme to sensitise the Public of the role and responsibilities of the SAI.

6. With respect to the Public Accounts, there is a team that reviews comments to be included in the Audit Report to ensure that the report is clear and unambiguous. With respect to other entities, draft Reports are prepared by senior officers and reviewed by the Auditor General. In addition, before the Report is issued a “Courtesy Call “ is held with officials of the entity and any comments made are referred to the Auditor General for her consideration.

7. In the past, this SAI had a program where senior students were invited to attend sessions explaining the roles and responsibilities of the Auditor General. The impact of this initiative was never assessed however and the exercise was discontinued.

8. Over a period of time our SAI has recognised that there have been drawbacks in keeping out of the public eye. Certainly, the majority of the public does not have a fair understanding of the role and function of the SAI and its responsibilities to them. This has resulted in a wide expectation gap in the eyes of the public as they may use inappropriate criteria to gauge the performance of the SAI.

9. No formal mechanism exists to receive citizens’ complaints. The Auditor General receives letters, sometimes anonymously, sometimes from members of Parliament (usually from the Opposition) asking for certain matters to be investigated. Therefore, an element of independence is present in considering areas for examination.

10. Citizens are not usually included in the planning process. As we expand our foray into Value for Money audits, it is expected that the input of citizens will be harnessed where applicable, both in planning the audit and monitoring the implementation of recommendations made.

11. These interventions as limited as they are, can also be viewed as a feedback mechanism. Our SAI needs to be able to determine if it is satisfying the needs of our stakeholders, including the public, and also to determine if we are performing our duties optimally.

12. This SAI recognises the importance and value of the need for citizens' involvement in and understanding of our activities. Our Strategic Plan, previously mentioned, makes provision for a communications unit that will be used to mitigate the disadvantages of excluding the public in our activities and reinforce the advantages of engaging the public in our work. It is envisaged that the discussions at the 21st UN/INTOSAI Symposium and the recommendations emanating therefrom will also assist us in developing a system to deliver the relevant information to the appropriate target audience.